

Ingo Matuschek, Uwe Krähnke,
Frank Kleemann, Frank Ernst

Politische Praxen und Orientierungen in linksaffinen Alltagsmilieus



Projekt
„Analysen zur politischen Meinungsbildung in Deutschland
Studien zu Zielgruppen linker Bildung“

im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Ingo Matuschek, Uwe Krähnke, Frank Kleemann, Frank Ernst

Politische Praxen und Orientierungen
in linksaffinen Alltagsmilieus

Chemnitz, Mai 2008

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
1. Einleitung	7
2. Konzeptioneller Rahmen	9
2.1 Milieu als Bezugskategorie	9
2.2 Fokus auf soziale Alltagsmilieus	16
2.3 Prekarisierung als gesellschaftliche Rahmenbedingung	17
3. Methodisches Vorgehen und Samplestruktur der Qualitativen Erhebung	21
4. Empirische Befunde	23
4.1 Zusammenfassende Darstellung nach Aggregatgruppen	23
4.2 Systematisierungen des Samples	48
4.3 Bezüge zur Sekundärliteratur	60
4.3.1 Gesellschaftsbezogene Grundorientierungen	60
4.3.2 Politische Praxen: Formen der politischen Einflussnahme	66
5. Resümee und Ausblick	73
6. Literaturverzeichnis	77

Vorwort

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hatte in den Jahre 1999 bis 2004 das Sozialwissenschaftliche Institut FOKUS mit einem langfristigen Forschungsprojekt unter dem Titel „Politische Meinungsbildung in Deutschland“ beauftragt. Das Projekt wurde durch Dr. Michael Chrapa († 2003) und Dr. Dietmar Wittich realisiert. Die dabei erzielten bemerkenswerten Ergebnisse sind umfangreich publiziert worden.¹ Auf dieser Basis war es möglich, den grundlegenden Wandel von Einstellungen der Bevölkerung in Deutschland zu analysieren und politische Veränderungen, wie sie sich in den Demonstrationen gegen den Irak-Krieg, gegen die Hartz-Reformen oder das G-8-Treffen in Rostock 2007 zu prognostizieren. Es wurde nachgewiesen, dass es ein Potential für eine starke linke Partei links von der SPD gibt.² Der Tod von Dr. Michael Chrapa führte zur Einstellung dieses Projekt.

2007 wurde durch die RLS ein neues Forschungsprojekt „Analysen zur politischen Meinungsbildung in Deutschland. Studien zu Zielgruppen linker Bildung“ öffentliches ausgeschrieben. Eine Jury wählte das Chemnitzer Institut für Arbeit und Gesellschaft als Auftragnehmer für dieses neue Forschungsprojekt aus. Jetzt können erste Ergebnisse vorgelegt werden. Im Mittelpunkt steht vor allem die Frage nach den Einstellungen und Handlungsoptionen linksaffiner Gruppen. Es werden lebensweltliche Handlungszusammenhänge rekonstruiert, in denen sich die widersprüchlichen Potentiale von emanzipatorischem und solidarischem Handeln bilden.

Entgegen verbreiteter Stereotype sind es konkrete sozialen Gruppen, geprägt durch starke oder auch schwache Formen der Interaktion, in denen sich letztlich Bürgerinnen und Bürger ihre Deutungsmuster

gesellschaftlicher Prozesse, ihre Motivationen, die Praxen sozialen Eingreifens bilden. Die Institutionen der Gesellschaft wirken nicht direkt. Ihre Einflüsse werden gebrochen durch Prozesse, die sich innerhalb von Kommunikations- und Interaktionsgemeinschaften vollziehen. Nicht das einsame Individuum einer Massengesellschaft, sondern die oder der in lebensweltlich sehr bedeutsamen, oftmals eigenständig erzeugten Sinnzusammenhängen agierende Bürgerin oder Bürger ist das eigentliche Subjekt.

Für das Verständnis von linker Politik fundamental ist das in dieser Studie formulierte „Regenbogen-Modell“ (S. 51.). Es weist nach, in welchen tiefen Spannungen die verschiedenen linksaffinen Gruppen zueinander stehen. Sie alle beziehen sich auf ein und dasselbe Modell sozialer Integration – die Erwerbsarbeit. Die einen positiv, die anderen negativ. Sie alle haben ein Verhältnis gegebenen Gesellschaft entwickelt – eher positiv als Gestaltungsraum oder eher negativ (resignativ oder als zu überwindender Gesellschaftszustand). Ihr Verhältnis zur kapitalistisch geprägten Gesellschaft reicht von negativer Akzeptanz bis zum Antikapitalismus.

Linke Politik braucht Gesellschaftsanalyse. Strategie kann nicht im Blindflug entwickelt werden. Verantwortliches Eingreifen braucht reflektiertes Wissen. Dazu trägt diese Studie bei. Die RLS beabsichtigt, das Projekt auch 2009 weiter fortzusetzen.

Berlin, 25. August 2008

¹ Die Ergebnisse dieser Forschung sind unter www.rosalux.de abrufbar.

² André Brie; Michael Brie, Michael Chrapa: Für eine moderne sozialistische Partei in Deutschland. Grundprobleme der Erneuerung der PDS. Standpunkt der RLS 7/2002.

1. Einleitung

Ziel der vorliegenden Untersuchung ist es, politische und proto-politische Praxen und Zugangsweisen zu politischer bzw. gesellschaftsbezogener Aktivität sowie zu Grunde liegende Wertorientierungen und Wahrnehmungen der Gesellschaft in unterschiedlichen „linksaffinen“ sozialen Gruppen im erweiterten Umfeld der Rosa-Luxemburg-Stiftung bzw. der Linkspartei – d.h. jenseits der parteipolitisch Aktiven – zu untersuchen. Die Studie versteht sich als eine Fortführung der vorliegenden Forschung zum Thema politischer Partizipation von Michael Chrapa und Kollegen (u.a. Chrapa 2001, Chrapa / Wittich 2004). In diesen Arbeiten wurde nach den allgemeinen Bedingungen von politischer Handlungsbereitschaft und den Merkmalen „erschließbarer Handlungspotenziale“ gefragt sowie den Formen politischer Handlungen nachgegangen. Diese grundlegenden Fragen nehmen auch in der vorliegenden Studie eine zentrale Stellung ein: Da nach wie vor ein Großteil der Beiträge aus der politischen Sozialwissenschaft vor allem auf Einstellungsfragen und mehr oder weniger formalisiertes politisches Handeln (Wählen, Mitgliedschaft in Parteien oder Bürgerinitiativen, usw.) rekurriert, ist vergleichsweise wenig darüber bekannt, was alltägliche politische Praxis im Eigentlichen ausmacht. Daher fokussiert die vorliegende Studie die lebensweltlich verankerte politische Praxis von in unterschiedlicher Weise gesellschaftlich Handelnden in linksaffinen Milieuzusammenhängen. Dazu werden exemplarisch ausgewählte Personengruppen anhand intensiver Gruppendiskussionen erfasst, um ihr individuelles und kollektives Verhalten und damit korrespondierende gesellschaftliche und politische Grundorientierungen zu analysieren.

Allgemeine Bezugspunkte der Studie sind Analysen zu gesellschaftlichen Großmilieus unterschiedlicher politikbezogener Reichweite, mit deren Hilfe sich politische Lager anhand von Merkmalen wie Bildung, Einkommen, Beruf und Habitus beschreiben lassen. Gesellschaftliche Milieus ver-

körpern auf der Basis spezifischer sozio-ökonomischer Lagen und Bedürfnisse latente politische Werthaltungen. Aus ihnen lassen sich aber weder konkrete Bewusstseinslagen Einzelner noch politische Praxen unmittelbar ableiten. Diese sind vielmehr von der fortlaufenden Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Prozessen vor dem Hintergrund der eigenen Lebensumstände und Lebensweisen geprägt.

Um konkrete politische Praxen und damit korrespondierende Wirklichkeitswahrnehmungen zu erfassen, muss die Ebene von Alltagsmilieus im Sinne realer lebensweltlicher Handlungszusammenhänge analysiert werden. Den Umfang der Studie eingrenzend, wurden politisch linksaffine Milieus ausgewählt, in denen politisch interessierte bzw. gesellschaftlich aktive Gruppen als Spiegelbild spezifischer Alltagsmilieus angenommen werden konnten. Im Hinblick auf die politischen Orientierungen und Praxen von Zielgruppen linker Bildung geht die vorliegende Studie anhand von Primärdaten der qualitativen Untersuchung und unter Rückgriff auf ergänzende Überblicksdaten aus der relevanten politik- und sozialwissenschaftlichen Forschung folgenden Fragestellungen nach:

- *Welche Formen gesellschaftlichen Engagements und politischer Praxen sind identifizierbar? Wie sind diese alltagsweltlich verankert?*
- *Welche Gesellschaftsbilder und politischen Wertorientierungen liegen dem zu Grunde? Wie wirken sich diese auf die politische Praxis aus?*
- *Wie werden gesellschaftsrelevante Probleme und Konfliktfelder in linksaffinen Milieus wahrgenommen.*
- *Welche typischen Muster der politischen Sozialisation lassen sich identifizieren?*
- *Welche Handlungsressourcen sind für politische Aktivität relevant?*
- *Welche Zugänge zu politischer Bildung werden in den Milieus bzw. sozialen Gruppen präferiert und genutzt? Was*

sind typische Bedürfnisse und Themenorientierungen sowie Erwartungshaltungen an Anbieter für politische Bildung?

Die empirischen Befunde werden nach einer einführenden Darstellung des konzeptionellen Rahmens (Kap. 2) und der empirischen Vorgehensweise (Kap. 3) im vierten Kapitel präsentiert (4.1) und systematisiert (4.2). Ergänzend werden aktuelle Befunde aus der Sekundärliteratur referiert (4.3). Der Bericht schließt mit einem kurzen Ausblick (5).

2. Konzeptioneller Rahmen

Politische Orientierungen und Praxen von Individuen und sozialen Gruppen werden von der materiellen Lage und von soziokulturellen Faktoren geprägt. Als Ausgangspunkt ihrer Analyse ist daher ein nach Soziallagen und soziokulturellen Basisprägungen differenziertes Modell der Sozialstruktur erforderlich. Dazu nimmt die hier vorliegende Studie Bezug auf sozialstrukturelle Milieu-Modelle. Insbesondere die an Bourdieu angelehnte differenzierte, auf soziale „Alltagsmilieus“ fokussierende Konzeption der Arbeitsgruppe um Michael Vester et al. (2001, 2007) bietet einen geeigneten Ausgangspunkt für die eigenen Analysen.

Die nachfolgend (in 2.1) dargestellten, in dieser Form auf die Kartographierung der Gesamtbevölkerung bezogenen Milieu-Typologien geben Einblick in die Einstellungen und dauerhaften politischen Orientierungen in der Gesellschaft. Sie erlauben es aber nur eingeschränkt, Erkenntnisse zu den konkreten politischen Praxen der Subjekte zu gewinnen, wie es das Ziel der vorliegenden Untersuchung ist. Dies hat im Wesentlichen zwei Gründe:

Zum einen stellen sowohl die Milieus selbst als auch die in ihnen vorfindlichen gesellschaftspolitischen Grundorientierungen – die, wie die diesbezüglichen Analysen von Vester et al. (s.u. 2.1.2) verdeutlichen, teils quer zu den sozialen Milieus liegen – keine geschlossen gleichartigen Entitäten dar, sondern sind in sich differenziert. Zudem bilden sich politische Orientierungen und Praxen nicht in einem abstrakten „sozialen Raum“ heraus, wie ihn die Sozialstrukturanalyse erfasst, sondern in konkreten (sozialstrukturell und soziokulturell geprägten) alltagsweltlichen Interaktionszusammenhängen. Für ihre Analyse ist daher eine entsprechend konkretere Analyseebene zu wählen (2.2).

Zum anderen sind politische Praxen in weit höheren Maß von aktuellen sozialen Umwälzungen beeinflusst, als dies für

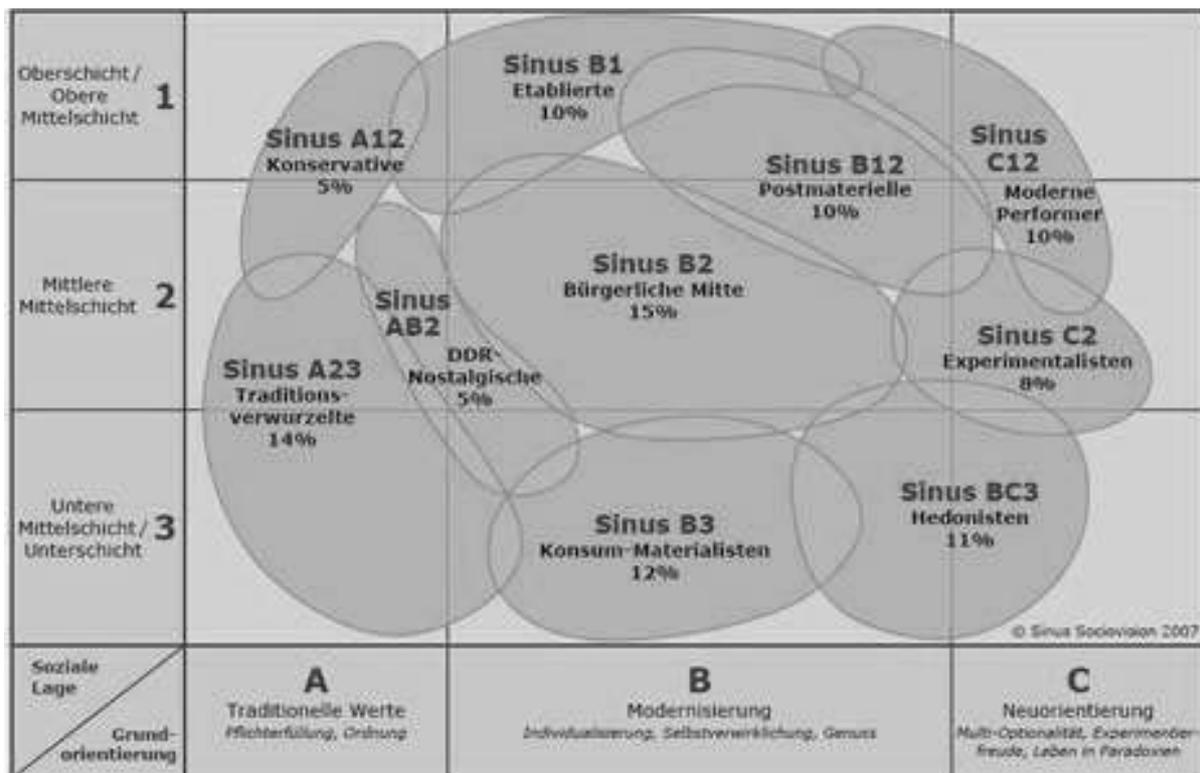
soziale Lagerungen und politische Grundorientierungen gilt. Für die eigene Untersuchung erscheint es bedeutsam, insbesondere den Prozess der Prekarisierung von Arbeit und Lebensverhältnissen als Rahmenbedingung politischer Praxis und Partizipation zu berücksichtigen (2.3).

2.1 Milieu als Bezugskategorie

Während herkömmliche sozialstrukturelle Klassen- und Schichtmodelle allein auf die – durch Erwerbstätigkeit und Besitz begründete – materielle Lage (und Schichtmodelle zudem auf den damit jeweils verbundenen sozialen Status) fokussieren, erfassen Milieumodelle neben der ‚vertikalen‘ Dimension der materiellen Lage zur Differenzierung der Sozialstruktur in Großgruppen auch die ‚horizontale‘ Dimension grundlegender soziokultureller Prägungen.

Theoretischer Ausgangspunkt von Milieumodellen ist die Annahme einer relativen Eigenständigkeit lebensweltlich verankerter und reproduzierter soziokultureller Faktoren bei der gesellschaftlichen Bewusstseinsbildung. (Oder in Paraphrase des Marx’schen Diktums: Das Sein *prägt* zwar das Bewusstsein, *bestimmt* es aber nicht.)

Milieu-Modelle hielten in der 1980er Jahren mit dem (zunächst im Kontext der Marktforschung entwickelten, gleichwohl an der Sozialstrukturanalyse orientierten) Konstrukt des SINUS-Instituts Einzug in die Sozialstrukturanalyse. Das fortlaufend aktualisierte SINUS-Milieu-Modell basiert auf der vertikalen Dimension „soziale Lage“ und der horizontalen Dimension (soziokulturelle) „Grundorientierungen“, die nach Kriterien des gesellschaftlichen Wertewandels (grundlegend: Inglehart 1979; vgl. Klages 1984, Klages /Kmieciak 1979, Klages u.a. 1992) bestimmt werden. Das aktuelle, erstmals für Gesamtdeutschland aussagekräftige SINUS-Modell sieht in seiner Fassung von 2007 wie folgt aus:



Die mit dem SINUS-Modell abgebildeten Milieus sind insbesondere auf die Erfassung expressiver „Lebensstile“ gerichtet, die sich erkennbar in distinkten Alltags- und Konsumpraxen niederschlagen und die auf unterscheidbaren Soziallagen und „Grundorientierungen“ basieren.

2.1.1 Soziale Milieus

Das Milieu-Modell von Michael Vester et al. (2001, 2007, für Ostdeutschland vgl. 1994) knüpft empirisch an die SINUS-Milieus an, ist aber theoretisch vor allem an der kulturalistisch unterfütterten agonistischen „Klassen-Theorie“ von Pierre Bourdieu (1982) und dessen Modell des sozialen Raumes orientiert. Das Vester-Modell fokussiert auf „Alltagsmilieus“ und damit verknüpfte soziale und gesellschaftspolitische Identitäten. Die – vor allem über die Kategorie Beruf vermittelte – materielle Lage und soziokulturelle Lagerungen verknüpfen sich, so die Grundannahme, zu kohärenten Mustern der „Lebensführung“ (Max Weber) bzw. „Lebensweise“ (Raymond Williams) auf der Grundlage

eines vorbewusst einverlebten „Habitus“ (Pierre Bourdieu), der für die Generierung milieuspezifisch distinkter Handlungsorientierungen und Praxen verantwortlich zeichnet. Lebensweise und Habitusformen werden durch primäre Sozialisation, milieubasierte Alltagserfahrungen sowie mittels vom Elternhaus angebahnte Bildungsverläufe tendenziell von einer Generation zur nächsten tradiert.

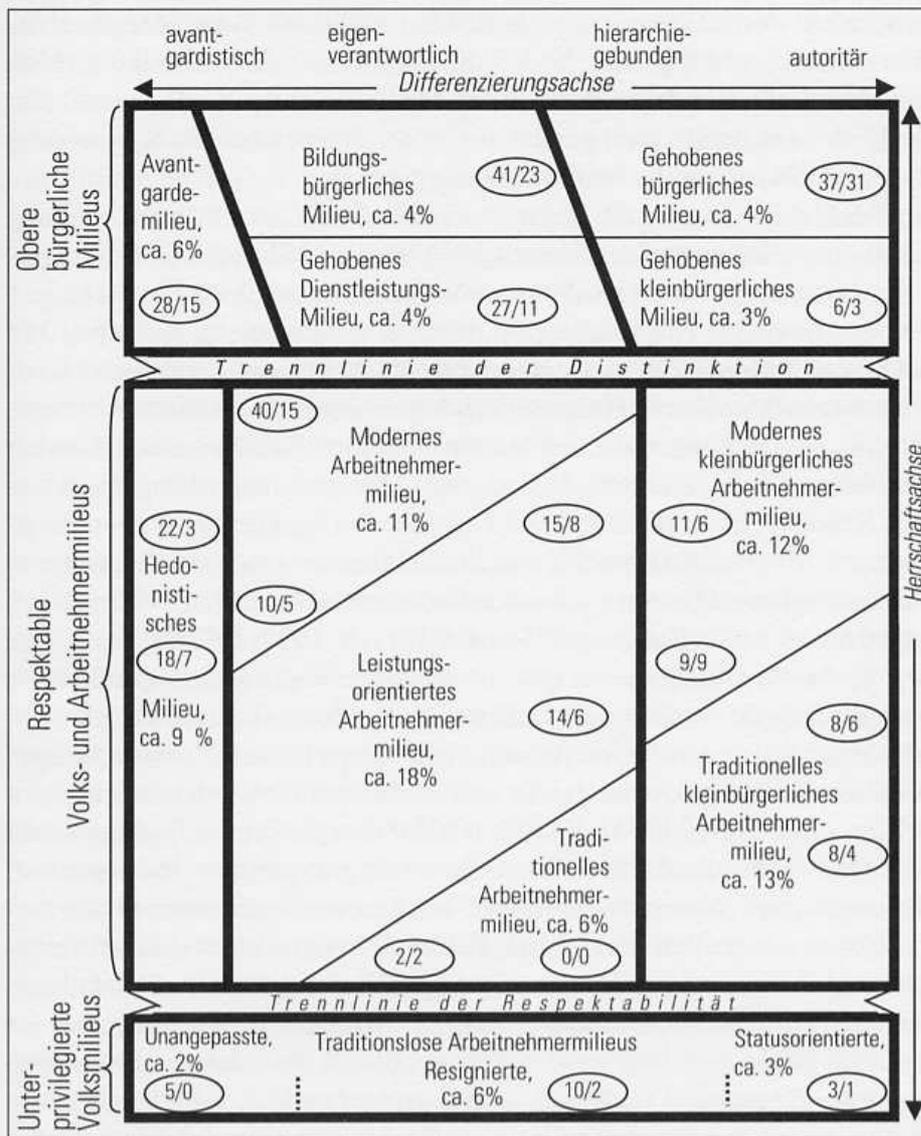
Der milieuspezifische Habitus wird sowohl von der materiellen Lage – oder in den Begrifflichkeiten von Bourdieu: vom ökonomischen Kapital – als auch von der Bildung und sozialisatorisch vermittelten sozialmoralischen Orientierungen – vom kulturellen Kapital – beeinflusst. Im Hinblick auf die Handlungsfähigkeit und die soziale Mobilität – und damit für die Erfassung zeitlicher Dynamiken des Auf- und Abstiegs einzelner Klassenfraktionen – spielt zusätzlich das soziale Kapital eine wichtige Rolle, d.h. der Grad und die Qualität sozialer „Vernetzungen“ innerhalb des eigenen und mit statushöheren Milieus.

Die empirische Verortung der Alltagsmilieus und ihrer spezifischen Lebensweisen und Habitusformen durch Vester et al. erfolgte zunächst auf der Grundlage qualitativer Einzelfallstudien und wurde anschließend mittels einer standardisierten Befragung quantifiziert. Umfassend erhoben wurden Aspekte der alltäglichen Lebensführung, gesellschaftspolitische Orientierungen, Vergemeinschaftungs- und

Vergesellschaftungsweisen (vgl. Vester et al. 2001: 221-250). Im Hinblick auf gesellschaftliche Großgruppen ergibt sich für Westdeutschland auf der Basis des Erhebungsjahrs 1991 folgende Milieugliederung (Vester et al. 2007: 37), in der die horizontale „Differenzierungsachse“ die Art der Bezugnahme zur Autorität erfasst:

Abb. 3: Soziale Milieus in Westdeutschland 2003

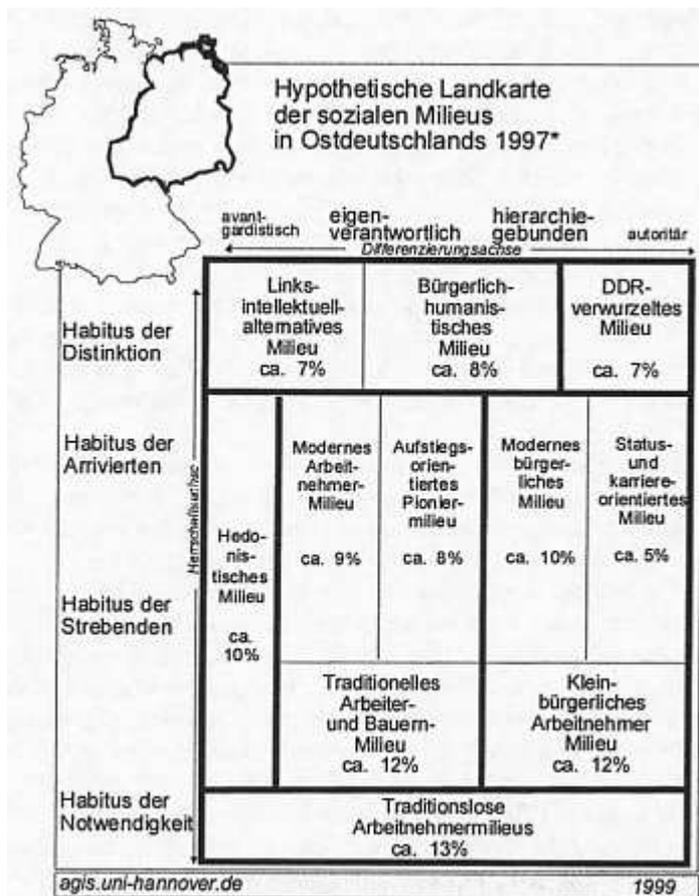
Die ständische Stufung der Bildungswege



(A/H) Bildungskennziffern: Abitur (einschl. Fachabitur)/Hochschulabschluss (einschl. Fachhochschulen) je 100 Milieugehörige in Westdeutschland 1991 [Durchschnitt 15,1%/ 7,7%]. Abbrecher(innen) Gymnasien und Realschulen 8,8% (1991). Lesebeispiel: In der oberen Teilgruppe des Modernen Arbeitnehmermilieus haben ca. 40% ein Abitur oder Fachabitur und ca. 15% einen Hochschul- oder Fachhochschulabschluss.

Statistische Grundlage der Milieuprofile und der Bildungskennziffern: Repräsentative Erhebung (n = 2.699) der deutschsprachigen Wohnbevölkerung ab 14 Jahre 1991 (nach: M. Vester u. a., Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel, Frankfurt a.M. 2001); Neuformulierung der früheren Milieubezeichnungen aufgrund einer differenzierenden Neuauswertung dieser Erhebung (in: W. Vögele u.a. (Hg.), Soziale Milieus und Kirche, Würzburg 2002); Hochrechnung auf die Milieugrößen von 2003 (nach: Sigma – Sozialwissenschaftliches Institut für Gegenwartsfragen, Die sozialen Milieus in der Verbraucherauswertung, www.sigma.online.de v. 22.9.2003).

M. Vester (Konzept)/D. Gardemin (Grafik) – agis Universität Hannover – 2004



be. Inwieweit diese Milieutypik in der letzten Dekade durch die sozioökonomischen Bedingungen Umbrüche und Verlagerungen erfahren hat, kann an dieser Stelle nicht geklärt werden. Zudem existieren keine vertiefenden Fragestellungen, wie sie Vester et al. für das westdeutsche Sample im Hinblick auf gesellschaftspolitische Orientierungen vorgenommen haben.

2.1.2 Gesellschaftspolitische Orientierungen

Vester et al. (2001, 2007) unterschieden für Westdeutschland (Datenbasis: 1991) sechs gesellschaftspolitische Lager, die sich in Bezug auf ihre Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit und der gewünschten gesellschaftlichen Ordnung deutlich voneinander unterscheiden und die nicht deckungsgleich mit den sozialen Milieu-Lagerungen sind (Vester et al. 2007: 50):

Für Ostdeutschland liegt von der Arbeitsgruppe um Michael Vester keine entsprechende Untersuchung auf der Grundlage von Umfragedaten vor. Auf Sekundäranalysen (Stand 1997) beruhend wurde gleichwohl eine „hypothetische“ Gliederung (vgl. Vester et al. 2007: 265) erarbeitet, die hier zur Orientierung wiedergegeben, nachfolgend aber nicht als dezidiertes Analyserahmen verwendet wird:

In der horizontalen Differenzierungsachse werden dieselben Kategorisierungen wie im westdeutschen Sample angelegt, hinsichtlich der in der Vertikalen abgebildeten sozialen Schichtung (Herrschaftsachse) unterscheidet sich die ostdeutsche Struktur auf Grund der historisch gewachsenen unterschiedlichen Entwicklungspfade ganz wesentlich von der westdeutschen Stichpro-

Ausweislich der Tabelle orientiert ein Viertel der Bevölkerung an Elitemodellen entweder progressiv-liberaler bzw. konservativ-fürsorglicher Natur. Radikaldemokraten vertreten postmaterielle Anschauungen und sind gegenüber materiellen Belangen eher desensibilisiert. Das traditionell-konservative Lager gewährt paternalistisch motivierte Solidarität in jeweils abgestufter

Abb. 5: Gesellschaftspolitische Lager und soziale Ordnungsmodelle in der Bundesrepublik

Elitemodelle (ca. 25%)		
(1)	Radikaldemokratisches Lager (RAD): <i>progressiv-liberales Elitemodell</i>	ca. 11%
(2)	Traditionell-konservatives Lager (TKO): <i>konservatives Fürsorgemodell</i>	ca. 14%
Solidaritätsmodelle (ca. 49%)		
(3)	Gemäßigt-konservatives Lager (GKO): <i>konservatives Solidaritätsmodell</i>	ca. 18%
(4)	Sozialintegratives Lager (SOZ): <i>progressiv-solidarisches Modell</i>	ca. 13%
(5)	Skeptisch-Distanziertes Lager (SKED): <i>Modell der Gegenseitigkeit</i>	ca. 18%
Protektionistische Modelle (ca. 27%)		
(6)	Enttäuscht-Autoritäres Lager (EA): <i>populistisches Anspruchsmodell</i>	ca. 27%

Repräsentativbefragung »Gesellschaftlich-politische Milieus in Westdeutschland« 1991: n = 2.684; deutschsprachige Wohnbevölkerung ab 14 Jahren in Privathaushalten; Cluster- und Faktorenanalyse (M. Vester u.a., Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel, Frankfurt a.M. 2001, Kap. 12)

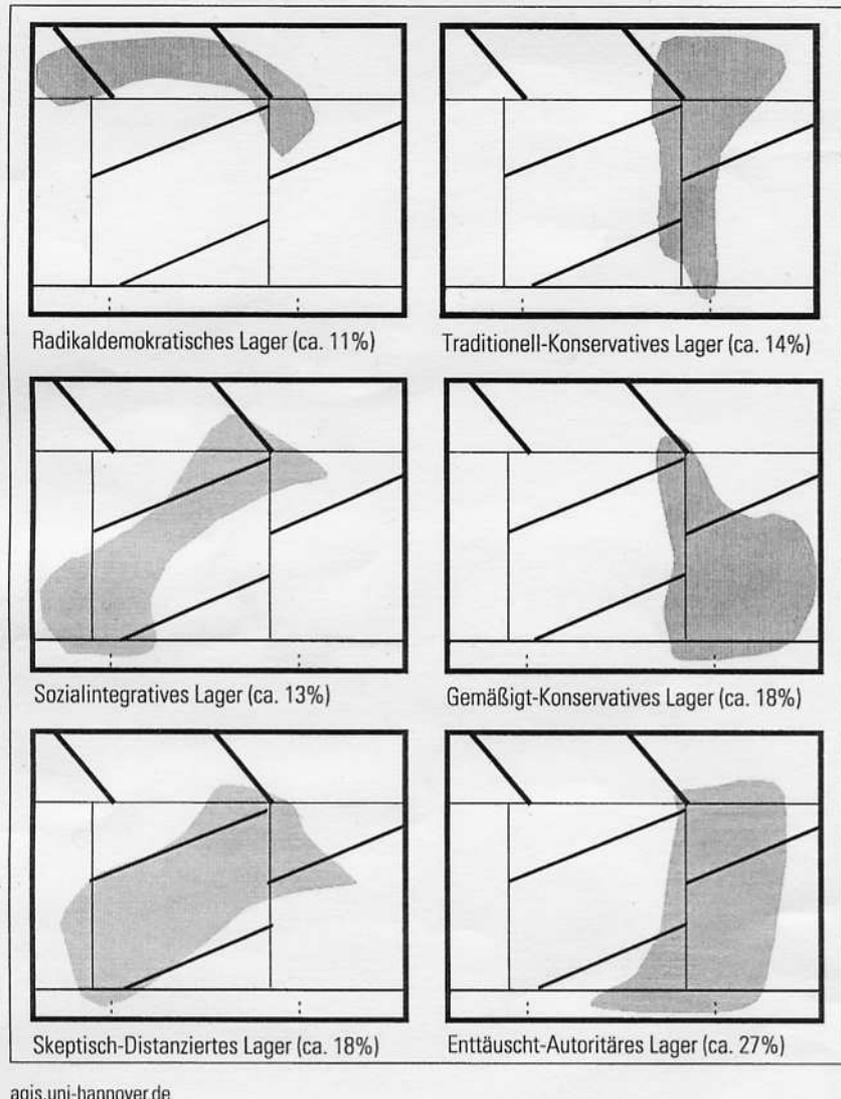
Form nach Kriterien wie sozialer Herkunft, Besitz, Bildung Geschlecht und Ethnie: bei berechtigtem Anliegen und Wohlverhalten wird Unterstützung zuerkannt.

Im Hinblick auf grundlegende politischen Orientierungen (cleavages) resümiert Vester eine auch angesichts ausgewiesener Verschiebungen relative Stabilität der

Nahezu die Hälfte der Wohnbevölkerung ab 14 Jahren tendiert zu 3 voneinander abgegrenzten Modellen der Solidarität: jeweils ein knappes Fünftel hängt einem konservativem bzw. einem auf gegenseitige Solidarität bauenden Unterstützungsmodell an; weitere 13 Prozent präferieren ein progressiv-solidarisches Modell. Gemäßigt Konservative vertreten ebenfalls eine paternalistische Solidaritätsideologie, die aber gleichsam den Anspruch umkehrt: Bei verletzter Fürsorgepflicht ist es gestattet, Solidarität durch drastische Maßnahmen (z.B. Streik) zu erzwingen. Das skeptisch-distanzierte Lager rekrutiert sich aus Facharbeitern, die aus der Arbeitsleistung eine Berechtigung zum Erhalt von Solidarität bei (unverschuldeten) Notlagen ableiten. Das sozialintegrative Lager setzt auf das prinzipiell egalitäre Recht aller, Solidarität der Gesellschaft unabhängig von sozialer Kategorisierung zu erfahren und bezieht dies sowohl auf materielle (Verteilungsgerechtigkeit) wie postmaterielle (z. B. Zugangsrechte) Leistungen.

Gut ein Viertel der Befragten orientiert auf ein populistisches Anspruchsmodell. Hier sammeln sich Enttäuscht-Autoritäre, in der Regel Verlierer der sozialstaatlichen und ökonomischen Entwicklung verschiedenen Alters. Als geeignete Mittel einer Verbesserung werden hier beschnittene Rechte von Minderheiten, Zuzugsbegrenzungen und andere rechtspopulistische Maßnahmen gefordert.

Die gesellschaftspolitischen Lager der Bundesrepublik Deutschland im Raum der Milieus



Vorstellungen von Sozialordnung, die sich jeweils mit den klassischen Orientierungen konservativer, liberaler, sozialdemokratischer rechtspopulistischer und jüngeren postmaterialistischer Art decken. Die so nur abstrakt zu kennzeichnenden gesellschaftspolitischen Lager sind nicht auf den Raum einzelner sozialer Milieus zu verorten, sondern verteilen sich über Milieugrenzen hinweg. Insoweit handelt es sich um Milieufaktionen, die hinsichtlich gesellschaftspolitischer Einstellungen und Werte milieuübergreifende Koalitionen bilden. Sie sind wie folgt zu verorten (Vester et al. 2007: 48):

Neben der milieuübergreifenden Zusammensetzung fällt insbesondere die nahezu schichtimmanente Herkunft des Radikaldemokratischen Lagers auf. Alle anderen Lager sind schichtspezifisch wesentlich unklarer positioniert bzw. befinden sich in dem großen Raum der respektablen Volksmilieus mit Ausfransungen nach oben und unten. In parteipolitischer Hinsicht steht das radikaldemokratische Lager eher den Grünen nahe, CDU und der rechte Flügel der SPD gewinnen Anhänger sowohl in den konservativen wie im Enttäuscht-autoritärem Lager. Die arbeiternahen Flügel beider so genannten Volksparteien können im Sozialintegrativen Lager punkten, auch wenn hier wie bei den Skeptisch-Distanzierten Erwartungsenttäuschungen angesichts der konkreten Politik der beiden Parteien zu verzeichnen sind.

Gesellschaftspolitische Grundorientierungen der Bevölkerung fokussiert auch die aktuelle Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung (Neugebauer 2007), die auf vorgängigen qualitativen Interviews sowie einer repräsentativen Studie zur wahlberechtigten Bevölkerung aus dem Jahr 2006 basiert. Theoretischer Ausgangspunkt ist eine konstatierte sinkende Bedeutung der Identifizierung der Bevölkerung mit Klassenfraktionen infolge der seit den fünfziger Jahren zu beobachtenden Aufstiegsmobilität, die zudem eine Relativierung der Wirksamkeit sozioökonomischer Prägungen beinhaltet. Danach wandeln sich nicht nur die Wertorientierungen, sondern es büßen auch klassische Konfliktlinien an Geltung ein und verlieren die Fähigkeit, Wähler eindeutig zu binden. Dieser der „Wertewandelthese“ verpflichtete Perspektive geht Hand in Hand mit der Sicht auf gesellschaftliche Modernisierung als Prozess der Individualisierung. Empirisch lassen sich vor diesem Hintergrund "Partei übergreifende" Wertekonstellationen feststellen. Einzelne konkrete Wertekonflikte sind demnach immer noch Strukturmerkmal, politische Milieus konstituieren sich aber entlang spezifischer Konfliktkonstellationen.

Entlang der in der qualitativen Untersuchung als zentral identifizierter Wertalternativen – "Libertarismus vs. Autoritarismus", "Soziale Gerechtigkeit vs. Marktfrei-

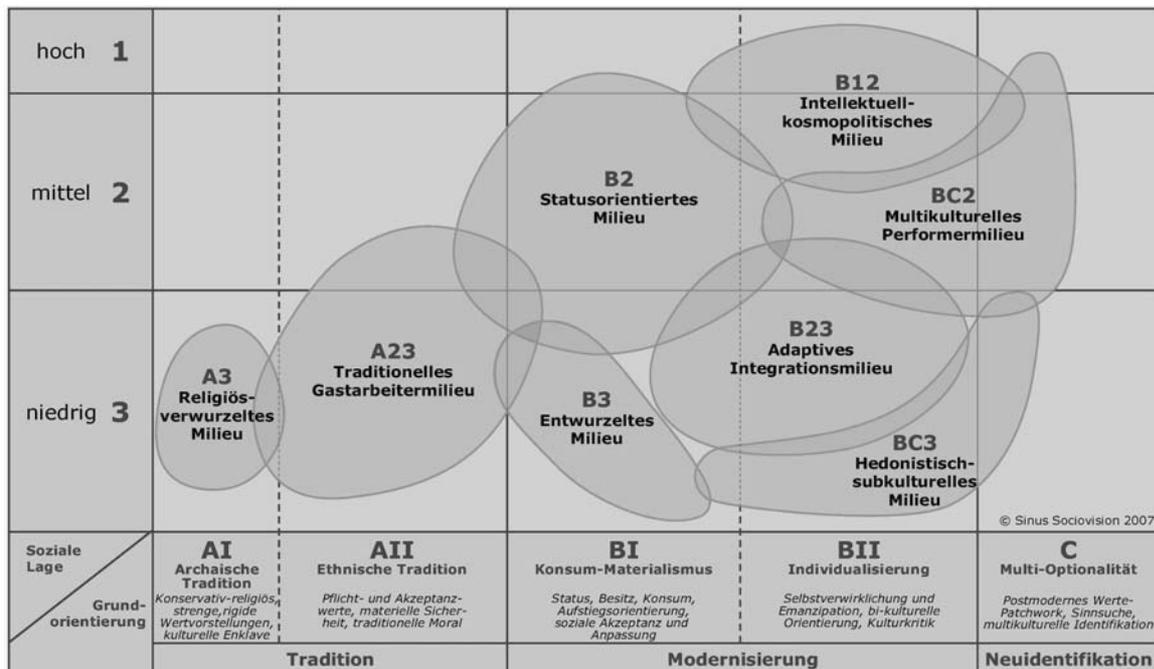
heit" sowie "Religiosität vs. Säkularität" – werden neun große „politische Milieus“ in Deutschland auf der Grundlage von Einstellungen, Wertvorstellungen, dem Bild von der Struktur der Gesellschaft, typischen Reformeinstellungen sowie Lebenslagen identifiziert (ebd.: 22ff). Sie lassen sich in einer Typologie abbilden, die sozialstrukturelle Gesichtspunkte, materielle Faktoren und Bewertungen der beruflichen Situation integriert und unter dem Label der "Drei-Drittel-Gesellschaft" entlang der materiellen Lage vertikal in drei Klassen ordnet (ebd.: 69):

<i>Oberes Drittel</i>	Leistungsindividualisten (11%) Etablierte Leistungsträger (15%) Kritische Bildungseliten (9%) Engagiertes Bürgertum (10%)	45%
<i>Mittleres Drittel</i>	Zufriedene Aufsteiger (13%) Bedrohte Arbeitnehmermitte (16%)	29%
<i>Unteres Drittel</i>	Selbstgenügsame Traditionalisten (11%) Autoritätsorientierte Geringqualifizierte (7%) Abgehängtes Prekariat (8%)	26%

Allgemeine Befunde der Studie sind, dass Werte, die sich auf die Lösung sozialer Probleme und auf die repressionslose und postmaterialistische Gestaltung der Gemeinschaft beziehen, weit verbreitet sind; entsprechend besteht eine hohe Unzufriedenheit mit den ökonomischen wie sozialen Verhältnissen. Pflicht- und Akzeptanzwerte (autoritäre Wertvorstellungen) werden stärker präferiert als (libertäre) Selbstentfaltungswerte. Das korrespondiert mit weitverbreiteten etatistischen Vorstellungen zum Erhalt bzw. Ausbau des Sozialstaates bei gleichzeitig stärkerer Intervention in wirtschaftlichen Belangen. Es wäre jedoch verfehlt, interventionistische Orientierungen als durchgängiges politisches Prinzip anzunehmen; vielmehr

ergeben sich auf der Ebene der Einzelmilieus durchaus unterschiedliche Wertevorstellungen.

beim „Abgehängten Prekariat“ 28% und bei den „Kritischen Bildungseliten“ 20% (Neugebauer 2007, S. 102/103).



So sind die Milieus des unteren gesellschaftlichen Drittels betont sozial und staatsinterventionistisch eingestellt, changieren aber zwischen ethnozentrischen (autoritären) und demokratischen (libertären) Positionen bezüglich der politischen Werthaltungen. Starke Unterschiede bestehen bei den Milieus des mittleren Drittels: Die "Bedrohte Arbeitnehmermitte" orientiert auf soziale, staatsinterventionistische und ethnozentrische Haltungen; die "Zufriedenen Aufsteiger" sind diffus sozial eingestellt: Soziale Gerechtigkeit wird Marktfreiheit ebenso vorgezogen wie Libertarismus dem Autoritarismus. Ähnlich different ist das obere gesellschaftliche Drittel strukturiert: "Leistungsindividualisten" wie "Etablierte Leistungsträger" tragen neoliberale Züge, sind gemäßigt demokratisch und gemäßigt ethnozentrisch. Die "Kritische Bildungselite" und das "Engagierte Bürgertum" präferieren dagegen soziale Einstellung, Staatsintervention, demokratische Partizipation und Multikulturalität.

Die FES-Studie identifiziert zudem drei Milieus, in denen eine überproportionale Parteianhängerschaft für die Linkspartei besteht: In der „Bedrohten Arbeitnehmermitte“ geben 16% an, bei der Bundestagswahl die Linkspartei wählen zu wollen,

2.1.3 Migranten als Sondergruppe

Vergleicht man Vester- und SINUS-Milieus, so zeigen sich trotz der je spezifischen Ausrichtung beider Modelle quantitative Entsprechungen. Zwar sind sie in der vertikalen Dimension der materiellen Lage aufgrund unterschiedlicher Kategorisierungen der drei sozialstrukturellen Lagen nicht unmittelbar vergleichbar; allerdings ist hier davon auszugehen, dass bei repräsentativen Befragungen die schichtspezifischen Soziallagen ungefähr gleich verteilt sein dürften. Interessanter ist der Blick auf die horizontale Dimension der soziokulturellen Grundorientierungen: Jeweils gut ein Sechstel der Bevölkerung weist demnach „experimentierfreudige“ bzw. „avantgardistische“ Orientierungen auf; ca. ein Fünftel „traditionelle“ bzw. „autoritäre“ Orientierungen.

Insofern scheint es auch gerechtfertigt, als grobe Orientierung über die Struktur der Wohnbevölkerung mit Migrationshintergrund, die bislang von Vester et al. nicht gesondert erfasst wurden, die gemäß dem SINUS-Modell mit qualitativen Verfahren erhobenen (und daher noch nicht quantifizierten) Migranten-Milieus (SINUS Sociovision 2007) heranzuziehen:

Die Milieus der Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland 2007

Entlang der Perspektive auf die soziale Lage lassen sich Migranten in drei Statusgruppen unterteilen; entlang der Grundorientierungen bestehen zum Teil Übereinstimmungen/ Anlehnungen, zum anderen Teil deutliche Abweichungen von den Grundorientierungen der westdeutschen Mehrheitsgesellschaft. Im Einzelnen können die migrantischen Milieus wie folgt beschrieben werden:

Sinus A3 (Religiös-verwurzeltes Milieu): Archaisches, bäuerlich geprägtes Milieu, verhaftet in den sozialen und religiösen Traditionen der Herkunftsregion.

Sinus A23 (Traditionelles Gastarbeitermilieu) rationelles Blue Collar-Milieu der Arbeitsmigranten, das den Traum einer Rückkehr in die Heimat aufgegeben hat.

Sinus B2 (Statusorientiertes Milieu) Klassisch aufstiegsorientiertes Milieu, das – aus kleinen Verhältnissen kommend – für sich und seine Kinder etwas Besseres erreichen will.

Sinus B3 (Entwurzeltes Milieu) Sozial und kulturell entwurzelt (traumatisiertes) Flüchtlingsmilieu – stark materialistisch geprägt und ohne Integrationsperspektive.

Sinus B12 (Intellektuell-kosmopolitisches Milieu) Aufgeklärtes, nach Selbstverwirklichung strebendes Bildungsmilieu mit einer weltoffen-toleranten Grundhaltung und vielfältigen intellektuellen Interessen.

Sinus B23 (Adaptives Integrationsmilieu) Die pragmatische moderne Mitte der Migrantenpopulation, die nach sozialer Integration und einem harmonischen Leben in gesicherten Verhältnissen strebt.

Sinus BC2 (Multikulturelles Performermilieu) Junges, flexibles und leistungsorientiertes Milieu mit bi- bzw. multikulturellem Selbstbewusstsein, das nach Autonomie, beruflichem Erfolg und intensivem Leben strebt.

Sinus BC3 (Hedonistisch-subkulturelles Milieu) Die unangepasste zweite Generation mit defizitärer Identität und Perspektive, die Spaß haben will und sich den Erwartungen der Mehrheitsgesellschaft verweigert.

Ohne an dieser Stelle empirisch gesicherte Angaben machen zu können, liegt die Vermutung nahe, dass sich innerhalb der Milieustruktur der Migranten ähnliche milieuübergreifende Lager politischer Grundorientierungen gebildet haben, die über eine relative Stabilität verfügen. Eine Bestätigung dieser Annahme wäre nur über Langzeituntersuchungen zu gewinnen; sie wird aber durch die in den folgenden Kapi-

teln präsentierten Daten zumindest plausibilisiert.

2.2 Fokus auf soziale Alltagsmilieus

Auf die Sozialstruktur insgesamt bezogene Milieu-Modelle beinhalten von Forschenden ‚künstlich‘ geschaffene analytische Kategorien. Die konzeptionell grundsätzliche Multidimensionalität des Milieukonzepts wird reduziert auf einige wenige zentrale „verallgemeinerbare“ Faktoren. Auf die konkrete Handlungspraxis der Subjekte kann allenfalls insoweit rückgeschlossen werden, wie den analytisch bestimmten Großgruppen gemeinsame Merkmale und Orientierungen eigen sind. Jenseits dessen ist für ein umfassendes Bild die Erfassung der Ebene realer sozialer Praxis erforderlich. Peter von Oertzen ist zuzustimmen, der dazu konstatiert (2006: 66): „Wirkliche kollektive Akteure können nicht unmittelbar aus gesellschaftlichen Strukturen abgeleitet werden. Sie werden konstituiert oder besser: konstituieren sich selbst in geschichtlichen (Lern-)Prozessen, in denen überkommene soziale Gegebenheiten und soziales Handeln, Reaktion und Aktion, Führer und Geführte, lebensweltliche Milieus und politische Organisation, Alltagserfahrung und Ideologie, Interessenvertretung und Wertorientierung als Momente eines komplexen dynamischen Zusammenhangs in Erscheinung treten.“

Für eine differenzierte Erfassung von lebensweltlich verankerten (real interagierenden) Untergruppen bzw. ebensolchen Klassenfraktionen (im Sinne Bourdieus) sind dagegen gesonderte Analysen auf dieser desaggregierten empirischen Ebene lebensweltlich interagierender Gruppen aus einzelnen Milieus notwendig.³ Es gilt dann in einem ersten Schritt, deren konkrete Praxen und damit verbundene Orien-

3 Die Arbeiten von Vester et al. insbesondere zu „regionalen Bewegungsmilieus“ (2001: 253-279) und zu „Mentalitäten im Generationenwechsel“ (ebd.: 311-327) zeigen, dass aufbauend auf der Konzeption der Alltagsmilieus gruppen- und regionalspezifische soziale Milieus und Mentalitäten in entsprechender desaggregierter Form untersucht werden können.

tierungen zu erfassen. Erst dann sind Erkenntnisse über die jenseits abstrakter struktureller Verortungen bestehender Zusammenhänge entlang der sich ggf. vermischenden Interessen, Problemlagen oder Teilnehmungsformen zu erhalten. Erklärbar werden dann jenseits der stabilen Grundorientierungen liegende Konstellationen, die sich z.B. entlang konkreter Stadtteilprojekte oder der gemeinsamen Abwehr von Nazi-Aktionen herausbilden. Auch wenn mit Methoden der qualitativen Sozialforschung allenfalls punktuelle Blitzlichter auf solche Praxen geworfen werden können, werden so Perspektiven auf „lebendige Politik“ jenseits abstrakter Lager eröffnet und zugleich die materiellen und ideellen Hintergründe konkreter politischer Praxis beleuchtet.

In diesem Sinne soll der Fokus der eigenen Untersuchung mit explorativer Zielsetzung auf (lokal verankerte) alltagsweltliche Milieukontexte im Sinne einer relativ dauerhaften Assoziation von Subjekten zu kohärenten alltäglichen Interaktionszusammenhängen (auf der Grundlage gemeinsam geteilter materieller Lagen und kultureller Dispositionen) gerichtet werden. Thematisch stehen dabei milieuspezifische politische Orientierungen und Praxen im Zentrum des Interesses.

Grundlage der Untersuchung soll eine selektive Auswahl von Einzelgruppen des linken Spektrums sein, die – wie bereits in Abschnitt 1 ausgeführt – nicht unmittelbar mit der Linkspartei bzw. der Rosa-Luxemburg-Stiftung verbunden sind, aber aufgrund ihrer politischen Grundorientierungen eine klare Affinität aufweisen oder anderweitig politisch bzw. sozial engagiert und im weitesten Sinne linksaffin sind. Die Logik der Fallauswahl wird in Abschnitt 3 genauer dargestellt.

2.3 Prekarisierung als gesellschaftliche Rahmenbedingung

Eine zentrale gesellschaftliche Rahmenbedingung für die Analyse aktueller politischer Orientierungen und Praxen im erweiterten linken Spektrum ist der (u.a. von Vester et al. 2001: 81-88 unter dem Etikett „Destabilisierung der Lebenslagen“ thema-

tisierte) fortschreitende Prozess der „Prekarisierung“ der materiellen Lebensbedingungen Lohnabhängiger.

Ursächlich ist die Erosion der Chancen zur dauerhaften Sicherung des eigenen Lebensunterhalts mittels Erwerbsarbeit sowohl durch die in der Bundesrepublik seit den 1970er Jahren entstandene Massenarbeitslosigkeit als auch durch grundlegende Veränderungen im Tarif- und Beschäftigungssystem: Massenarbeitslosigkeit bewirkt zum einen, vermittelt über Langzeitarbeitslosigkeit, den dauerhaften Ausschluss eines Teils der von Arbeitslosigkeit Betroffenen aus dem Arbeitsmarkt und deren Überstellung ins Sozialhilfesystem und zum anderen die Perforation vieler Erwerbsbiographien durch wiederholte Phasen der Arbeitslosigkeit, die häufig mit einem Sinken des Einkommensniveaus im Falle erneuter Beschäftigung verbunden ist. Zentrale Veränderungen im Tarif- und Beschäftigungssystem seit den 1990er Jahren sind der Anstieg von Beschäftigungsformen, die nicht dem Normalarbeitsverhältnis (im Sinne unbefristeter, tariflich abgesicherter Vollzeitbeschäftigung) entsprechen, und die Entstehung eines Niedriglohnssektors v.a. in Dienstleistungsbranchen.

Zugleich wird politisch an einem Sozialstaatsregime festgehalten, das unverändert vom Leitbild der primären Existenzsicherung durch Erwerbsarbeit ausgeht und die Verantwortlichkeit dafür trotz objektiver struktureller Integrationsdefizite des Beschäftigungssystems bei den Erwerbspersonen verortet (in den letzten Jahren versinnbildlicht im ideologischen Leitbild des „Förderns und Forderns“). Dadurch wird der für die Nachkriegs-Bundesrepublik bis in die 1970er Jahre tragende fordistische Klassenkompromiss brüchig: Dieser basierte auf der Stilllegung des Klassenkonflikts zwischen Arbeit und Kapital vermittelt über eine sozialstaatlich unterfütterte materielle Integration prinzipiell aller Erwerbstätigen durch Erwerbsarbeit (bzw. von nicht erwerbstätigen Ehepartnerinnen durch einen ausreichenden „Ernährerlohn“ des Ehepartners) und eine daran gekoppelte existenzsichernde Altersrente. Wesentliche Prämissen dafür waren der ökonomische Status der „Vollbeschäftigung“ – die als abstraktes politisches

Fernziel in den etablierten Parteien noch immer vorherrschend ist – und die flächendeckende Verbreitung existenzsichernder Löhne.

„Prekarisierung“ als gesellschaftlicher Prozess bedeutet zunächst, dass dieses alte Modell strukturell unterlaufen wird durch den neoliberalen Umbau der Gesellschaft, der neben dem Sozialstaatsrückbau auf eine Fürsorgefunktion im individuellen ‚Notfall‘ insbesondere einen massiven Umbau des Beschäftigungssystems im bereits angedeuteten Sinne beinhaltet: dauerhafte Normalarbeitsverhältnisse werden zunehmend abgelöst durch minder geschützte, prekäre Arbeitsverhältnisse (v.a. befristete Arbeitsverträge, Zeit- und Leiharbeit, Teilzeitarbeit und geringfügige Beschäftigung; vgl. als aktuellen Überblick über Ausmaß und Entwicklung: Fuchs 2006), und der Niedriglohnbereich expandiert: 6,47 Millionen, d.h. 22,2% aller Beschäftigten erhielten im Jahr 2006 Niedriglöhne (definiert nach dem OECD-Standard als jene Stundenlöhne, die unterhalb von zwei Dritteln des Medianlohns liegen); damit ist der Niedriglohnanteil seit 1995 (15% absolut) um gut 43% gestiegen (Kalina / Weinkopf 2008; vgl. Bosch / Weinkopf 2007).

Prekäre Beschäftigung bedeutet nicht nur in synchroner Perspektive eine verschlechterte bzw. ganz unzureichende materielle Absicherung, sondern auch in diachroner Perspektive die Erosion erwerbsbiographischer Sicherheit. In dem Maße, indem prekäre Beschäftigungsmuster zu einer empirischen Normalität werden, verdrängen sie in der öffentlichen Wahrnehmung wie im politischen System allmählich das alte Leitbild des Normalarbeitsverhältnisses und werden somit zu einer neuen „normativen Normalität“. Auf dieser Grundlage wird prekäre Beschäftigung wie auch Arbeitslosigkeit auch für viele der bislang im ‚gesicherten‘ Bereich Tätigen zumindest ‚denkbar‘, wenn nicht gar – allzumal in Zeiten ökonomischer Krisen – zur mehr oder weniger konkreten Bedrohung.

Die Arbeitsgruppe um Klaus Dörre (vgl. Brinkmann u.a. 2006; Dörre 2006, 2007a,b; Dörre et al. 2004; Kraemer / Speidel 2005) hat diese Perspektive in Anlehnung an die Analysen von Robert

Castel (2000) in ihren Arbeiten der letzten Jahre systematisch herausgearbeitet. Die Arbeiten von Dörre et al. basieren auf der Grundannahme, dass Erwerbsarbeit weiterhin *das* zentrale Vehikel gesellschaftlicher Integration darstellt. Prekarität wird im engeren Sinne vor allem durch nicht existenzsichernde Löhne und in einem weitergehenden Sinne durch biographische Unsicherheit über die dauerhafte Fähigkeit zur Sicherung der eigenen Existenz produziert. Eine Implikation dieser Perspektive ist, dass eine gelingende gesellschaftliche Integration sich allein über biographisch dauerhafte und angemessen entlohnte Normalarbeitsverhältnisse erreichen lässt („Vollbürger“ in diesem Sinne wären also jene, die dauerhaft sichere Beschäftigungsaussichten mit einer den Lebensstandard sichernden Entlohnung in Aussicht haben.) Die Analysen von Dörre et al. sind vor allem auf die desintegrativen Auswirkungen der Prekarisierung gerichtet (vgl. Kraemer 2006). Die These von Dörre et al. ist insbesondere, dass Prekarität zu einer sinkenden Teilhabe an politischen Prozessen führt und rechtsextremistischen Tendenzen Vorschub leistet.

Untergliedert man mit Castel (2000) die Erwerbstätigen nach der Qualität ihres Beschäftigungsstatus, so ergibt sich zunächst deskriptiv eine dreigeteilte Struktur: Der – erwerbsbiographisch noch abgesichert erscheinenden – „Zone der Inklusion“ diametral gegenüber steht die „Zone der Exklusion“, in der sich die dauerhaft aus dem Erwerbssystem Ausgeschlossenen (Dauerarbeitslose / Sozialhilfeempfänger – in der Diktion von Castel (2000) die „Überzähligen“) befinden. Zwischen beiden existiert die „Zone der Unsicherheit“, in der sich Personen mit prekären Beschäftigungsverhältnissen befinden, denen eine materielle Absicherung durch Erwerbsarbeit (momentan) noch mehr oder weniger gelingt, die aber kaum Aussichten auf einen Übergang in die Zone der Inklusion haben. Von diesem Grundmodell von Castel ausgehend, zeigen Dörre et al. in ihren Arbeiten systematisch auf, dass Prekarisierung über die direkte Wirkung auf unmittelbar davon Betroffene hinaus auch gesamtgesellschaftliche Strahlkraft besitzt, da auch ein nicht geringer Anteil der in der Zone der Inklusion

Befindlichen potenziell von Prekarität bedroht *ist* und sich auch davon bedroht *fühlt*. Sowohl das Faktum der Bedrohtheit als auch die subjektive Wahrnehmung einer Bedrohung führen dazu, dass Prekarität als Existenzform zunehmend zu einer ‚allgemeinen‘ Bedrohung wird, zu einer mehr und mehr gesellschaftlich akzeptierten Normalität und zum Bezugspunkt individueller Weltansichten.

Dörre et al. haben auf der Grundlage einer eigenen qualitativen Untersuchung eine

Binnendifferenzierung der drei Castel'schen „Zonen“ in Deutschland vorgenommen (siehe die linke Spalte der nachfolgenden Abbildung). Außerdem hat darauf bezogen das INIFES Stadtbergen auf der Grundlage einer eigenen Erhebung eine quantitative Abschätzung der aktuellen empirischen Verteilung der Erwerbstätigen auf die drei „Zonen“ durchgeführt (rechte Spalte der nachfolgenden Abbildung - Quelle: Brinkmann et al. 2006: 57):

Der Analyserahmen von Dörre et al. ist

(Des-)Integrationspotenziale von Erwerbsarbeit – eine Typologie Basis: Rund 70 halbstrukturierte Interviews (Klaus Dörre, Klaus Krämer, Frederic Speidel, 2005)	Verbreitung von (Des-)Integrationspotenzialen in der Erwerbsarbeit Basis: Repräsentative Befragung „Was ist gute Arbeit? – Anforderungen aus der Sicht von Erwerbstätigen“ (Tatjana Fuchs)	%
Zone der Integration		
1. Gesicherte Integration („Die Gesicherten“)	Unbefristet Beschäftigte (VZ/TZ); Bruttomonatseinkommen 2.000 € und mehr; kaum belastende Beschäftigungsunsicherheit	31,5
2. Atypische Integration („Die Unkonventionellen“ / „Selbstmanager“)	Atypisch Beschäftigte; Bruttomonatseinkommen 2.000 € und mehr; Positives Arbeitserleben, Einfluss-/Entwicklungsmöglichkeiten bei der Arbeit.	3,1
3. Unsichere Integration („Die Verunsicherten“)	Unbefristet Beschäftigte (VZ/TZ); Bruttomonatseinkommen 2.000 € und mehr; stark belastende Beschäftigungsunsicherheit; Atypisch Beschäftigte; Bruttomonatseinkommen 2.000 € und mehr; stark belastende Beschäftigungsunsicherheit, Positives Arbeitserleben, Einfluss-/Entwicklungsmöglichkeiten bei der Arbeit.	12,9
4. Gefährdete Integration („Die Abstiegsbedrohten“)	Unbefristet Beschäftigte (VZ/TZ); Bruttomonatseinkommen bis 2.000 €	33,1
Zone der Prekarität		
5. Prekäre Beschäftigung als Chance / temporäre Integration („Die Hoffenden“)	Atypisch Beschäftigte; Bruttomonatseinkommen bis 2.000 €; positives Arbeitserleben, keine anhaltenden Frustrationsgefühle.	3,1
6. Prekäre Beschäftigung als dauerhaftes Arrangement („Die Realistischen“)	Atypisch Beschäftigte; Bruttomonatseinkommen bis 2.000 €; längere Arbeitslosigkeitsphasen oder/und Phasen prekärerer Beschäftigung, Frustrationsgefühle	4,8
7. Entschärfte Prekarität („Die Zufriedenen“)	Atypisch Beschäftigte; Bruttomonatseinkommen bis 2.000 €; hauptsächliche Statusbeschreibung: Hausfrau/mann, in Erziehungsurlaub, Rentner/in; positives Arbeitserleben, keine anhaltenden Frustrationsgefühle	5,9
Zone der Entkoppelung		
8. Überwindbare Ausgrenzung („Die Veränderungswilligen“)	Erwerbstätige, längere Arbeitslosigkeitsphasen oder/und Phasen prekärerer Beschäftigung, hauptsächliche Statusbeschreibung: arbeitslos	1,7
9. Kontrollierte Ausgrenzung / inszenierte Integration („Die Abgehängten“)		
	Nicht zuzuordnen (fehlende Angaben)	3,9
	Alle Erwerbstätigen (ohne Azubis und ohne Selbständige mit weiteren Beschäftigten)	100,0

primär auf Fragen der Sozialstruktur, des Sozialstaats und des Arbeitsmarktes, und letzten Endes auf Prozesse sozialer Exklusion und Gefährdung ausgerichtet. Prekarität wird eng definiert als Gefährdung der eigenen materiellen Existenzsicherung durch zu geringes oder ausbleibendes Arbeitseinkommen. Dagegen fasst der auf die tendenzielle Auflösung des Normalarbeitsverhältnisses gerichtete arbeits- und arbeitsmarktsoziologische Diskurs „prekäre Beschäftigungsverhältnisse“ in umfassenderer Weise als all jene „atypischen“ Arbeitsvertragsformen, die arbeitsvertragliche und sozialpolitische Bedingungen in für die Beschäftigten nachteiliger Weise festlegen, ohne dass damit notwendigerweise schon eine Gefährdung der materiellen Existenz verbunden ist (vgl. Keller / Seifert 2006, 2007). Zudem fokussiert die neuere Arbeits- und Industriosozologie unter dem Schlagwort der „neuen Selbständigkeit“ von „Solo-Selbständigen“ über abhängige Beschäftigung hinaus auch materiell wie biographisch häufig im Sinne von Dörre et al. ‚prekäre‘ freiberufliche bzw. selbständige Erwerbsarbeit (vgl. Betzelt 2006, Manske 2007).

Mit diesen Perspektiverweiterungen wird erkennbar, dass prekär beschäftigte Hochqualifizierte im Analyserahmen von Dörre et al. eine relative Ausblendung erfahren. Sie sind aber im Kontext der vorliegenden Untersuchung zu politischen Orientierungen und politischer Praxis aus mehreren Gründen von besonderem Interesse: Zum einen, weil sich hier – aufgrund spezifischer Markt- und Beschäftigungsbedingungen in ‚neuen‘ Arbeitsmarktfeldern insbesondere der Kultur-, Medien- und IT-Berufe – eine ‚Sondergruppe‘ prekär Beschäftigter (bestehend v.a. aus Akademikern und Personen mit nichtakademisch [teils in Jugendszenen] erworbenem Spezialwissen mit hohem Vermarktungspotenzial) herausbildet. Sie verfügen über hohe kulturelle und soziale Kapitalausstattung im Sinne Bourdieus (und habituell daran gebundene persönliche Ressourcen wie z.B. Selbstvertrauen und Selbstbewusstsein) und empfinden den formal prekären Beschäftigungsstatus subjektiv nicht automatisch als defizitär, da er eine empirische Normalität zumindest

für den Eintritt in diese Beschäftigungsfelder darstellt. Dem Zugang zu einer Tätigkeit in diesen ‚kreativen‘ Branchen wird von den Subjekten Vorrang eingeräumt vor der Option auf eine ‚sichere‘ Beschäftigung. Diese auf individuelle Selbstverwirklichung und „Spaß“ bei der Arbeit orientierte Personengruppe kann daher mit ihrem formal prekären Status ‚ganz gut leben‘ und nutzt, sich in diesem Rahmen ergebende individuelle Freiheitsgrade konstruktiv. Zum Teil stellt „Prekarität“ eine bewusst gewählte Existenzform dar, wenn man ‚alternative‘ bzw. subkulturelle Lebensentwürfe verfolgt, die mit einem ‚normalen‘ Erwerbsleben nur schwer zu vereinbaren scheinen. Diese Subkulturen haben aber häufig einen dezidiert politischen Impetus, und auch bei prekär Beschäftigten Hochqualifizierten liegt es aufgrund ihrer Ausstattung mit kulturellem und sozialem Kapital nahe zu vermuten, dass sie überdurchschnittlich häufig politisch aktiv sind.

Insgesamt resultiert aus den obigen Ausführungen für die eigene Untersuchung, dass prekär Beschäftigte und von Prekarisierung Bedrohte – einschließlich der erwerbsbiographisch prekären Hochqualifizierten, auch wenn diese sozialstrukturell nur einen geringen Anteil haben –, besonders zu fokussieren sind.

3. Methodisches Vorgehen und Samplestruktur der Qualitativen Erhebung

Empirisch wurde im Rahmen des Projektes auf dreierlei Weise vorgegangen: zum einen wurde die hinsichtlich der Frage nach politischer Meinung relevante *Literatur der Jahrgänge 2003 – 2008 gesichtet und selektiv ausgewertet*. Das diente dazu, ein Überblickwissen über aktuelle Prozesse, Argumentationsmuster und politische Einschätzungen zu gewinnen. Ein zweiter Schritt mit Auswertungen aus öffentlich zugänglichen Datenquellen, insbesondere der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage Sozialwissenschaft (Allbus), ergänzte dies. Der zentrale dritte Teil des empirischen Vorgehens war eine qualitativ erhobene Studie zu politischen Praxen, Anschauungen und Motiven. Dabei handelte es sich um darauf bezogene Gruppendiskussionen und Fokusgruppeninterviews mit proto-, semi- und politischen Akteuren. Zur Beleuchtung von Hintergründen wurden ergänzende Experteninterviews geführt.

Mit der Erhebung fokussiert das Projekt die Analyse (semi-)politischer Praxen und der lebensweltlichen Verankerung der Befragten ebenso wie die Bedeutung linker Kernthemen und die Erwartungen an Anbieter linker Bildung. Als erster Schritt der Selektion möglicher Zielgruppen wurde auf die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung (Neugebauer 2007) zu "politischen Milieus" in Deutschland zurückgegriffen (s.o. 2.1.2). Ein Auswahlkriterium für die Bestimmung zu untersuchender Personengruppen für die eigene Untersuchung war, dass diese möglichst aus den drei relativ deutlich ‚linksaffinen‘ Milieus der FES-Studie ("abgehängtes Prekariat", "bedrohte Arbeitnehmermitte" und "kritische Bildungseliten") stammen sollten.⁴ "Quer" dazu wurden zudem Migranten und politisch interessierte sowie engagierte Schü-

ler und Studenten als zwei weitere Untersuchungsgruppen gewählt, die sich noch nicht oder nur teilweise in sozialstrukturellen Milieuklassifikationen der erwerbstätigen Mehrheitsgesellschaft erfassen lassen. In theoretischer Perspektive erschien insbesondere die Scheidung nach Lebensalter, Bildung und beruflicher Situation als adäquate Strategie des Samplings: Schüler und Studenten gehören traditionell zu den politisch besonders gut Aktivierbaren; Sozial Engagierte bewegen sich häufig in der Grauzone zwischen sozialem und politischem Engagement; Migranten sind ob ihres rechtlichen Status von bestimmten politischen Handlungsformen ausgeschlossen und orientieren auf andere Solidarstrukturen als Deutsche. Die gesellschaftsweite Tendenz zur Prekarisierung (s.o. 2.3) ist in unterschiedlichen Soziallagen angekommen und trifft dort auf vermutlich unterschiedliche Bearbeitungen. Fokussiert wurde daher beim Sampling auf prekär Beschäftigte bzw. (Dauer-)Arbeitslose einerseits und prekäre Akademiker andererseits: Insgesamt ergaben sich damit fünf Samplingkategorien: Schüler / Studenten, prekäre Akademiker, prekär Beschäftigte, Migranten und sozial Engagierte.

Mit dieser Strukturierung sollte eine hinreichende Bandbreite an milieutypischen Soziallagen und politischen Aktionsformen erfasst werden. Naturgemäß sind Erkenntnisse, die mittels qualitativer Sozialforschung gewonnen werden, nicht repräsentativ und aufgrund forschungspragmatischer Festlegungen auf nur wenige exemplarisch ausgewählte Gruppen immer mit Lücken behaftet. Diese sind im Laufe der Ergebnisdarstellung im Zuge methodischer Kontrastierung theoretisch zu schließen. Folgende Gruppen, sortiert nach den fünf Samplingkategorien – nachfolgend mit anonymisierten Bezeichnungen wiedergegeben – konnten für Interviews gewonnen werden:

⁴ Dies ist jedoch im Einzelfall vor Durchführung des Interviews nicht zielgenau zu garantieren. Für die vorliegende Studie bedeutet dies, dass das empirische Sample vom theoretischen abweicht.

Studenten/ Schüler	Prekäre A- kademiker	Prekär Be- schäftigte	Migranten	Sozial En- gagierte
Antifa-Szene	Politikwissen- schaftlerInnen	Auszubildende Mechatronik	Ausländerbeirat	Familienarbeit
Antifa-Aktion	Umweltschutz- initiative	Werksbeset- zung	Osteuropäische Migranten	Netzwerk Ju- gend
Fachschaft	Freie Akade- mi-ker in politi- scher Bildung	Arbeitslosen- initiative	Interkulturelle Arbeit	Selbst- organisierte Lebensweise
Schülervertre- tung	Autonome A- kademiker	Stadtteil- zentrum		
Praktikanten Politik (zwei Grup- pen- diskussionen)	Überwa- chungs- kritische			

Wie bei explorativen qualitativen Verfahren üblich, ergaben sich nach der Fallauswertung zum Teil andere Gruppierungen der erhobenen Einzelfälle nach teilweise veränderten Kriterien der Einteilung. In Abschnitt 4.1 werden diese empirischen *Aggregatgruppen* ausführlich dargestellt.

Die Bandbreite politischer und sozialer, dauerhafter oder gegebenenfalls nur temporärer Aktivitäten spiegelt die gewünschte Kontrastierung politischer Praxen horizontal wie vertikal ebenso wieder wie die Zugehörigkeit oder Distanz zu politischen Institutionen (z.B. Parteien, Organisationen oder Bürgerinitiativen). Innerhalb der fünf Samplekategorien finden sich unterschiedliche Grade politischer Aktivität sowie differente Intensitäten hinsichtlich der alltagskulturelle Relevanz politischer Aktivität.

Als Erhebungsinstrumente kamen leitfadengestützte Gruppendiskussionen und Fokusgruppeninterviews zum Einsatz. In der Regel haben zwei Interviewende an den Gesprächen teilgenommen. Methodologisch orientiert sich die Auswertung an dem Weg *empirisch begründeter Theoriebildung* (Glaser/ Strauss 1998; Kelle 1994) in Verbindung mit dem in der *rekonstruktiven*

Sozialforschung geläufigen Interpretationsverfahren der Dokumentarischen Methode (Bohnsack 1999). Darin wird dem Sinnhorizont der Interviewten ein möglichst breiter Raum gewährt, indem ihre Darstellungen, inhaltlichen Aussagen etc. jeweils den Verlauf des Interviews prägen. Ergänzende Experteninterviews wurden ebenfalls mit den in Bezug auf Leitfadenterviews spezifizierten Mitteln der Dokumentarischen Methode ausgewertet (Nohl 2006). Insgesamt wurden mittels des erhebungsmethodischen Instrumentariums 96 Personen befragt.

Der eingangs skizzierte empirische Zugang diente zum einen der Vertiefung der Befunde der Sekundärliteratur und der kritischen Reflexion der Resultate der quantitativen politischen Sozialforschung. Andererseits dienen Sekundärdaten als Spiegelbild für die natürlicherweise begrenzte Verallgemeinerbarkeit der Ergebnisse der qualitativen Erhebung. In der folgenden Darstellung der empirischen Ergebnisse wird der einander ergänzende Charakter der Resultate der jeweiligen Einzelschritte an passender Stelle aufeinander bezogen.

4. Empirische Befunde

4.1 Zusammenfassende Darstellung nach Aggregatgruppen

Das Sample wurde wie oben beschrieben entlang von fünf formalen Samplingkategorien erhoben: Schüler / Studenten, Prekäre Akademiker, Prekär Beschäftigte, Migranten und Sozial Engagierte. Die Auswertung der Gruppendiskussionen mit Fokus auf politische Praxen und Grundorientierungen zeigte, dass sowohl Unterteilungen einzelner Samplekategorien als auch Regruppierungen nach anderen für die Gruppen konstitutiven Kriterien sinnvoll sind. Im Resultat ergibt sich daraus eine Unterteilung in neun Gruppen, die nach ihren Praxisformen und Orientierungen zu unterscheiden sind:

- Die Samplekategorie der Schüler/Studenten wurde in die drei Gruppen „*Jugendliche: Antifa*“, „*Jugendliche: institutionalisierte Interessenvertretung im Bildungssystem*“ und „*Jugendliche: politische Praktikanten*“ überführt.
- Die Prekären Akademiker wurden in die Gruppen „*latent politische Akademiker*“ und „*Linke Gegenkultur*“ unterteilt; zudem wurde der Fall „selbstorganisierte Lebensweise“ aus der Kategorie „sozial Engagierte“ der Gruppe „Linke Gegenkultur“ zugerechnet.
- Die Kategorie „Prekär Beschäftigte“ wurde in die beiden Gruppen „*Prekäre: akut von Arbeitslosigkeit Bedrohte*“ und „*Prekäre: Dauerarbeitslose*“ unterteilt.
- Die Kategorie Migranten wurde trotz gewisser Varianzen zwischen den Einzelfällen in der Auswertungsgruppe „*Beruflich integrierte Migranten*“ zusammengefasst.
- Die Gruppe „*Sozial Engagierte*“ besteht aus den zwei verbleibenden Fällen der Samplingkategorie.

In Relation zu den für die Erhebung gewählten Samplingkategorien ergibt sich folgende Ordnung:

Jugendliche: Antifa	latent politische Akademiker	Prekäre: akut von Arbeitslosigkeit Bedrohte
Antifa-Szene Antifa-Aktion	PolitikwissenschaftlerInnen Umweltschutz-initiative	Auszubildende Mechantronik Werksbesetzung
Jugendliche: institutionalisierte Interessenvertretung im Bildungssystem	Linke Gegenkultur	Prekäre: Dauerarbeitslose
Fachschaft Schülervertretung	Freie Akademiker in politischer Bildung Autonome Akademiker Überwachungskritische Selbstorganisierte Lebensweise	Arbeitsloseninitiative Stadtteilzentrum
Jugendliche: politische Praktikanten	Beruflich integrierte Migranten	Sozial Engagierte
Praktikanten Politik I Praktikanten Politik II	Ausländerbeirat Osteuropäische Migranten Interkulturelle Arbeit	Familienarbeit Netzwerk Jugend

Die nachfolgende Darstellung der Aggregatgruppen folgt einem einheitlichen Ordnungsraster: Nach einer Verortung nach Milieus und Kapitalienausstattung werden die praktische Verankerung in der sozialen Nahwelt, die gesellschaftlichen Grundorientierungen, die politischen Praxen, das *Verhältnis zur linken Bewegung* sowie schließlich die Bedürfnisse und Erwartungen an politische Bildung analysiert. Um die Anonymität der (z.T. im linken Spektrum auch überregional bekannten) Fallgruppen zu wahren, wird eine relativ stark abstrahierende Form der Darstellung gewählt.

4.1.1 Jugendliche: Antifa

Die Gruppe umfasst zum einen AbiturientInnen, die sich vor einem Jahr als linkes antifaschistisches Bündnis zusammengeschlossen haben (Fallgruppe „Antifa-Aktion“), und zum anderen eine Fokusgruppe von AbiturientInnen, die in der lokalen Antifa-Szene seit mehreren Jahren aktiv sind (Fallgruppe „Antifa-Szene“). Eine latent linke politische Orientierung, verknüpft mit dem Bestreben, gegen neonazistische Erscheinungen und ‚rechte Tendenzen‘ in der Gesellschaft vorzugehen und andere Jugendliche politisch aufzuklären, bilden eine zentrale Motivlage für den Einstieg in die ‚linke Szene‘. Die Jugendlichen sind auf der Suche nach Gelegenheiten, um das vorhandene (aber durch Schule, Elternhaus etc. nicht befriedigte) politische Interesse zu kanalisieren und zu befriedigen.

Beide untersuchten Gruppen zeigen ein typisches Merkmal der politischen Sozialisation von Jugendlichen auf: Die Jugendlichen treten bewusst nicht in schon bestehende linke Jugendorganisationen bzw. Parteien ein. Stattdessen schaffen sie sich ihre eigenen Strukturen. Das politische Motiv, gegen „Rechte“ aufzutreten, ist eng mit einem sozialen Motiv verknüpft. Man will enge Beziehungen und Netzwerke zu Gleichaltrigen „mit gleicher Wellenlänge“ knüpfen. In der Regel kommen die Jugendlichen über Freunde und Bekannte zu den Gruppen. In diesem Sinne kann man im Fall der „Antifa-Jugend“ von „politisierten Peer-Groups“ sprechen.

Milieuverortung / Kapitalienausstattung

Die Interviewten der Gruppe „Antifa-Jugend“ können nach ihrem Herkunftsmilieu überwiegend den oberen bürgerlichen Milieus zugeordnet werden. Da sie sich noch in der Adoleszenzphase befinden und erst in ein paar Jahren ins Berufsleben einsteigen, lässt sich nicht eindeutig sagen, ob es bei den einzelnen zu ‚Milieuwanderungen‘ kommen wird. Demzufolge sind momentan allenfalls Prognosen über ihre zukünftige Position innerhalb der bundesdeutschen Sozialstruktur möglich. Bei erfolgreichen Abitur- und Universitätsabschlüssen, die alle Interviewten anstreben, ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass sie im Herkunftsmilieu verbleiben. Allerdings bieten gute Bildung und Ausbildung keine ausreichende Garantie mehr dafür, dass sie dem Herkunftsmilieu verhaftet bleiben.

Bei den Jugendlichen ist bereits ein distinktiver Habitus mit antiautoritären, avantgardistischen Zügen ausgeprägt. Gruppenaktivitäten sind zudem die durch ein hohes Maß an Intellektualität und rationaler Diskurskultur geprägt.

Im Vergleich zu Gleichaltrigen – insbesondere zu bildungsfernen Jugendlichen – verfügen die „Antifa-Jugendlichen“ über ein hohes Maß an kulturellem und sozialen Kapital. Zum einen setzen sich die Gruppenmitglieder auf einem hohen intellektuellen Niveau mit gesellschaftlichen Strukturen, Weltpolitik, Geschichte auseinander und diskutieren sehr reflektiert über antikapitalistische Optionen. Insofern überrascht es nicht, dass vorrangig AbiturientInnen in diesen Gruppen aktiv sind. Zum anderen sind die untersuchten Jugendlichen (auch außerhalb ihrer politischen Aktivitäten) stark sozial vernetzt und praktizieren bereits routinisierte Strategien des sozialen Kontaktmanagements.

Praktische Verankerung in nahweltlichen Milieus / Gruppen

Der Weg in die linke „Antifa-Szene“ wird von Jugendlichen in der Regel über das soziokulturelle Lebensumfeld beschritten. Hierbei spielen kulturelle Praxen, Erlebnisorientierung und alltagsästhetische Schemata (im Sinne von Gerhard Schulze, 1992) eine nicht zu unterschätzende Rolle. Wichtig für viele Jugendliche ist die eigene Verortung in einer Subkultur, respektive Distinktion gegenüber anderen Subkulturen, die sich etwa im präferierten Musik- und Kleidungsstil manifestieren. Achtet man auf diese „feinen Unterschiede“ (Bourdieu), scheinen vor allem die Punk-Musik und/oder Independent-Music sowie die autonome Subkultur Magneten für Jugendliche zu sein, die „sich links fühlen“ und einen Anschluss an die „Szene“ suchen.

Die Fixierung auf eine politisierte Peer-Group mit einem ausgeprägten „Wir-Gefühl“, das vor allem über die Abgrenzung gegenüber den „Rechten“ etabliert wird, ist für die Milieuverankerung der linken Antifa-Jugend von entscheidender Bedeutung. Die in diesen Gruppen sich ausprägende kollektive Identität geht Hand in Hand mit (sprichwörtlichen) Distinktionskämpfen, die mit (politischen) Gegnern geführt werden. Der typische Mechanismus zu Beginn dieser Gruppenbildungsprozesse ist die negative Definition der eigenen Gruppenidentität. Die Jugendlichen begreifen sich selbst als Widerpart jener politischen Ausrichtung, die man ablehnt. Diese Positionierung ist protopolitischer Natur: die Abgrenzung gegenüber den ‚Anderen‘, den Nazis, ist ein subkultureller Zugang zur auserwählten Gruppe und eine Vergewisserung der Gruppenidentifikation. Das Streben nach innerem Zusammenhalt und Solidarität ist motiviert über die Fixierung auf die zu bekämpfende politisierte Gegengruppe.

Gesellschaftliche Grundorientierungen/Wertorientierungen

Die Gesellschaft, insbesondere die bundesrepublikanische, wird grundsätzlich kritisch betrachtet. Kapitalistische Strukturen werden abgelehnt. Aufhänger ist auch hier die konfrontative Einstellung gegenüber den Neonazis. Ein reflektierter und

politischer Antikapitalismus „ist auf Dauer die Konsequenz ... dass man drüber nachdenkt, dass der Fehler im System liegt ... dass die Nazis nicht der Fehler sind, sondern der schlimmste Auswuchs des Fehlers“. Das politische System wird abgelehnt, weil es der Etablierung rechter Strukturen Vorschub leistet.

Wertorientierungen wie etwa ‚soziale Gerechtigkeit‘, ‚Solidarität‘, ‚Frieden‘ etc. sind nicht primär Motivationsgrundlage für die politische Wahrnehmung und das politische Handeln. Zum Teil werden solche abstrakten Ideen alltagsweltlich reinterpretiert. So wird unter Solidarität etwa der Zusammenhalt im Persönlichen und Privaten innerhalb der Peer-Group verstanden.

Kritik wird von den Jugendlichen als Merkmal der Gruppenzugehörigkeit in den Mittelpunkt gestellt. Es ist sozusagen ein Voraussetzungs- und Abgrenzungsmerkmal in einem. In Abgrenzung zur rechten Szene wird es dem Begriff ‚Heimat‘ gegenüber gestellt. *„Links ist, wo es keine Heimat gibt, wo man die Kritik in den Mittelpunkt stellt“.*

Politische Praxen incl. ‚Politisierungskarrieren‘

Es dominieren interne, von den Beteiligten selbst als oft nicht zielführend erlebte Diskussionen („wir haben uns endlos verheddert“) über die eigene Positionierung innerhalb des linken Spektrums und darüber, was die Gruppe machen will („wir waren das größte Problem“).

Neben den internen Diskussionen werden Info-Abende über rechte Musik und Kleidung etc. organisiert; die Gruppen beteiligen sich an Demonstrationen bzw. bereiten sie vor; angefertigt werden Transparente, Flyer, Broschüren, Internet-Botschaften etc. Je tiefer die inhaltliche Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Strukturen und Kapitalismuskritik erfolgt, umso stärker nehmen die Antifa-Jugendlichen an entsprechenden thematischen Gruppen- und Einzelseminaren bzw. Workshops teil, die von Einrichtungen politischer Bildung angeboten werden.

Vertreter der Kategorie „Antifa-Jugend“ treten mit dem Anspruch auf, andere Jugendliche politisch aufzuklären. Die Intention des Aufklärens ist verbunden

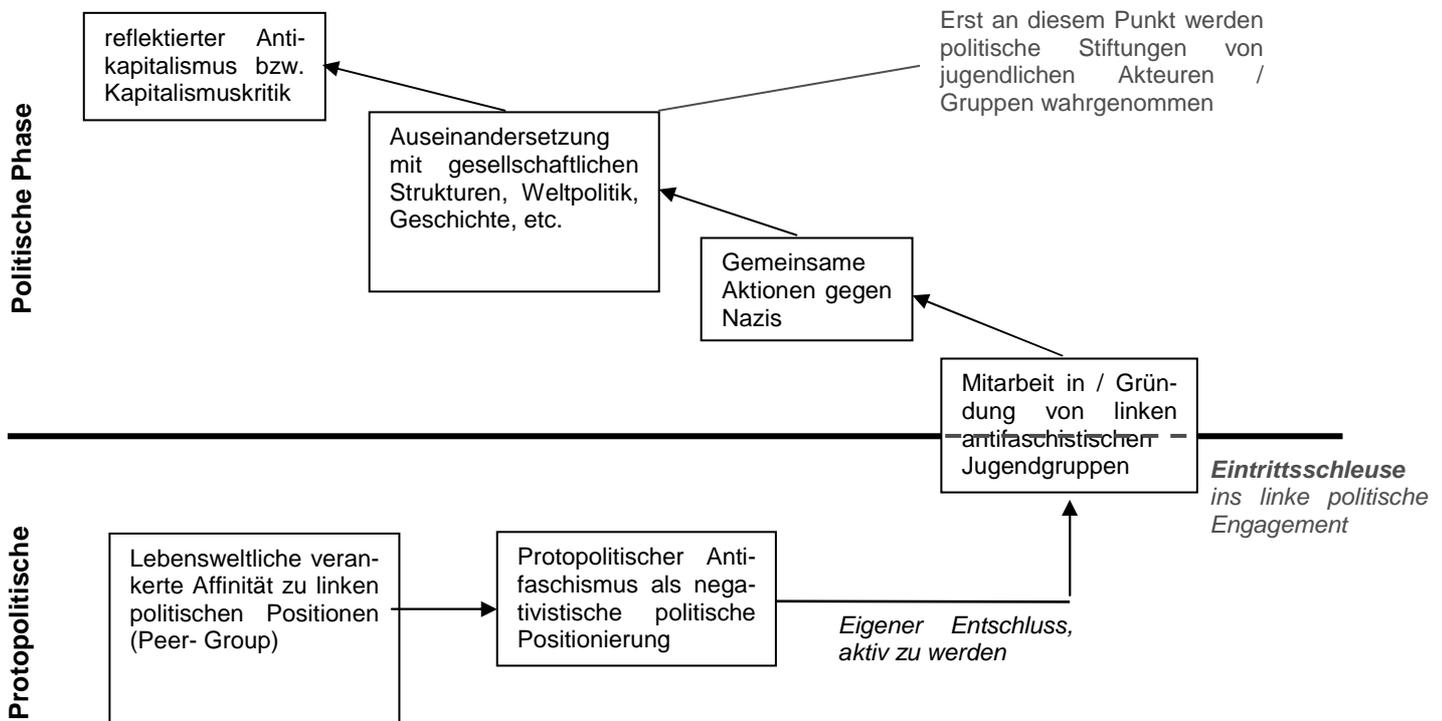
mit einem gewissen Überlegenheitsgefühl gegenüber anderen Jugendlichen. Jene seien – so die unverkennbare Einschätzung der Interviewten – unpolitisch und uninteressiert. Die eigenen bzw. gruppen- und bewegungsspezifischen Deutungsmuster und Wissensbestände werden implizit als absolute Wahrheit gesetzt und sind dadurch nicht hintergebar, geschweige denn kritisierbar. Man tritt Anderen mit dem Bewusstsein gegenüber, über ein „höheres Wissen zu verfügen“. Die latente Funktion dieser performativen Wissenshierarchie deutet auf eine Selbstimmunisierung des eigenen Wissens hin. Folge ist eine zunehmende Abgrenzung und Abschottung nach außen bei gleichzeitiger Stärkung des Gruppenzusammenhalts nach innen.

Das Wissen über Austausch und Diskussion beziehen die Jugendlichen in erster Linie über das Internet und linke Zeitungen. Im Internet sind es spezielle Foren, die zur Informationsbeschaffung herangezogen werden. Wichtig ist den Jugendlichen dabei, dass es sich um Medien handelt, die von ihnen als nichtkommerzielle Berichterstattung wahrgenommen werden. In einem weiteren Sinne sind auch thematische Informationsveranstaltungen für die Jugendlichen von Interesse.

Da unsere interviewten Antifa-Jugendlichen zum Zeitpunkt der Gruppengespräche gewissermaßen mittendrin in den Gruppenbildungsprozessen und am Anfang ihrer politischen Sozialisation in der linken Szene standen, konnte für diese Personengruppe die Politisierungskarriere recht dezidiert herausgearbeitet werden. Unterschieden werden muss eine protopolitische Phase von der rein politischen Phase. Im Verlauf der ersten Phase wer-

den Voraussetzungen geschaffen, die dann den Einstieg ins politische Engagement ermöglichen. Hier dominiert noch eine eher latente linke politische Grundorientierung und Anti-Haltung gegenüber rechten Tendenzen in der Gesellschaft bzw. gegenüber Neonazis. Die Verknüpfung politischer Diskussionsfreude mit einer sozialen Peer-Group-Orientierung bringt die Jugendlichen dazu, aktiv zu werden und in einer linken Jugendgruppe mitzuarbeiten bzw. eine eigene Gruppe zu gründen. „... irgendwann war es zu albern, man wollte in eine Gruppe und kämpfen“. Mit diesem Entschluss und dem darauf aufbauenden politischen Engagement in der Gruppe treten sie in die eigentliche politische Phase ein. Charakteristisch für diese Phase ist, dass zum einen pragmatische Aktionen innerhalb des Netzwerkes der linken Szene geplant und durchgeführt werden und zum anderen eine Auseinandersetzung mit den Ursachen des Neo-Nazismus, mit gesellschaftlichen Strukturen, Weltpolitik und Geschichte erfolgt, die bis zu einem reflektierten Antikapitalismus bzw. Kapitalismuskritik führen kann. Solche theoretischen Diskussionen sind geprägt von einem hohen Intellektualisierungsgrad und Abstraktionsniveau sowie von einer auf rationale Argumente fixierten Diskurskultur. Nur jene Jugendlichen, die in dieser Hinsicht eine Neigung verspüren und entsprechendes kulturelles und soziales Kapital ausgebildet haben, gehen diesen vorgezeichneten Weg der Politisierung. Evident ist, dass Jugendliche aus bildungsfernen Schichten an dieser Stelle in der Regel scheitern und kein Interesse am Verbleib in den Gruppen haben. Mit dieser sozialen Exkludierung erfolgt, ohne dass dies intendiert ist, eine Selbstabschließung der Bildungsschicht.

Der Politisierungsverlauf für die Gruppe „Antifa-Jugend“ lässt sich wie folgt grafisch darstellen:



Verhältnis zur linken Bewegung

Jugendliche Antifas sind Bestandteil der bundesdeutschen linken Bewegung. Hier gibt es eine starke Überschneidung zur Milieuzugehörigkeit. Die Vernetzung erfolgt über persönliche Kontakte, gemeinsame Aktionen und über die bewegungsinternen Medien (Mailinglisten, Chat-Foren und andere spezielle Internetplattformen).

Ein Charakteristikum der linken Bewegung, die lose Netzwerkstruktur, manifestiert sich anhand unserer Interviewgruppen. Die einzelnen Antifa-Gruppen weisen in der Regel eine hohe Fluktuation auf. Das scheint zunächst ein Widerspruch gegenüber der ausgeprägten Peer-Group-Fixierung der Jugendlichen zu sein. Zu begründen ist die Fluktuation mit einer bei ihnen schon habituell angelegten Aversion gegenüber hierarchischen Strukturen und festen Organisationsformen. D.h. in dem Moment, wo sich gruppeninterne klare Führungspositionen herausbilden und/oder die Spontaneität zugunsten programmatischer Leitlinien verloren geht, verlässt ein Teil die Gruppe. Die habituelle Aversion gegenüber Hierarchien und for-

malen Organisationen, die zur relativ hohen Fluktuation innerhalb der Gruppen führt, erklärt u.a. den – im Vergleich etwa zur rechten Jugendszene – losen Netzwerkcharakter der linken Szene.

Ausgeprägt ist bei den untersuchten Gruppen der Sample-Kategorie „Antifa-Jugend“ die Distanz gegenüber etablierten Organisationen und Parteien des linken politischen Spektrums.

Bedürfnisse/ Erwartungen an politische Bildung

Politische Stiftungen oder andere Einrichtungen politischer Bildung sind zum Beginn der Karriere als Linker eher als mögliche finanzielle Unterstützer interessant, zum Beispiel zur Finanzierung des Drucks von Flyern. Mit Beginn inhaltlicher Auseinandersetzung – z.B. mit Themen wie Kapitalismus; Was ist links?; Marx: Das Kapital; Sexismus –, werden entsprechende Einrichtungen wahrgenommen und nachgefragt: Zum Beispiel die Suche nach Referenten oder Seminaren; Lesezirkel zu Themen, die für die Gruppe bzw. Einzelperson als relevant erachtet werden; Anbieten von Seminaren etc.

4.1.2 Jugendliche: institutionalisierte Interessenvertretung im Bildungssystem

Die Gruppe (mit den Fällen „Schülervertretung“ und „Fachschaft“) setzt sich aus Jugendlichen und jungen Erwachsenen in schulischen bzw. berufsqualifizierenden Bildungsgängen an Schulen und Universitäten zusammen. Dort engagieren sie sich innerhalb der formalen Institutionen der Gruppenvertretung (Fachschaft, Schülervertretung), die als Möglichkeit gesetzlich verankert sind, deren reale Existenz und Wirksamkeit aber das Engagement von Freiwilligen erforderlich macht.

Milieuverortung / Kapitalienausstattung

Es handelt sich überwiegend um Angehörige bildungsnaher Schichten, die nach ihrem *Herkunftsmilieu* gemäß dem Vester-Schema überwiegend dem modernen bzw. leistungsorientierten Arbeitnehmer- bzw. den ‚eigenverantwortlichen‘ oberen bürgerlichen Milieus entstammen. Entsprechend dieser Zugehörigkeit tendieren die Jugendlichen zu (jugendtypischem) eigenverantwortlichem Handeln, das bisweilen – und dies insbesondere in der Experimentierfreudigkeit – avantgardistische Züge trägt. Ihr Engagement verlängert nicht selten die Erfahrungen ihrer Eltern, die häufig selbst im akademischen Umfeld entsprechend aktiv waren oder später als Elternvertreter Einfluss genommen haben. Bildungsnaher Jugendliche nehmen die Lehr-Institution als Ort wahr, der sich prinzipiell durch eigenes Engagement entsprechend ihren Vorstellungen (mit)gestalten lässt. Das Engagement in der Bildungsinstitution stellt für sie einen integrativen Bestandteil der aktuellen Lebensphase dar.

Praktische Verankerung in nahweltlichen Milieus / Gruppen

In ihrer lebensweltlichen Verankerung beziehen sich die bildungsnahen Jugendlichen zumeist auf ihre Mitschüler bzw. -studierenden. Zwar sind nach wie vor Bezüge insbesondere zu denjenigen möglich, deren Kreise sie innerhalb ihrer Bildungslaufbahn temporär gekreuzt haben (Mitschüler, Herkunftsort); ihr zentraler Fokus liegt aber im Hier und Jetzt. Diese Gegenwart wird als zwar transitorischer, aber im eigenen Interesse gestaltbarer

Lebensabschnitt gewertet. Ihr praktisches Engagement entsteht aus Wahrnehmungen des Verlustes von vergemeinschaftenden Aktivitäten (Vereinzelung) oder drohender Verschlechterungen der institutionellen Bedingungen (von Gestaltung der Lehre bis hin zu Prüfungsanforderungen) und hat insofern zunächst eine ‚defensive‘ Stoßrichtung. Aus dieser Abwehr (single point) entwickelt sich aber häufig ein breiter gefächertes Engagement, das proaktive Züge der Gestaltung des universitären bzw. schulischen Alltags trägt.

Dennoch gibt es ein Leben außerhalb der Institutionen, das entkoppelt von den Bildungseinrichtungen ausgelebt wird. Dazu nutzen (bzw. strapazieren) die Jugendlichen die Möglichkeiten, die ihnen das Bildungsmoratorium zur Verfügung stellt.

Gesellschaftliche Grundorientierungen

Bildungsnaher Jugendliche sind sich des Privilegs umfassender Bildung mit anschließenden guten Berufsaussichten bewusst und goutieren dies als notwendige Startbedingung zum Erhalt der schichtspezifischen Position in der Gesellschaft. Diese verteilt in ihrer Perspektive solche Zugangschancen ungerecht, was auf einer eher abstrakten Ebene auch beklagt wird und zu entsprechendem z. T. politischem, z. T. ehrenamtlichem Engagement führt.

Neben dieser Position nimmt aber auch die Eigenverantwortung einen breiten Raum ein; beides zusammen vermengt sich zu einem Bild einer *prinzipiell offenen Gesellschaft*, in der Aufstieg auf Grund persönlicher Leistung prinzipiell möglich ist. Zugleich zeigt sich in der Wahrnehmung verstärkter Konkurrenz auch im Bereich hochqualifizierter Arbeit, dass eine gute Bildung noch kein Versprechen auf eine gute Zukunft ist. Die eingeübte solidarische Grundhaltung gerät hier an individualistisch anmutende Grenzen und es stellt sich eine ganz eigene Moralökonomie ein: Nutzen für die Gesellschaft muss immer auch Eigennutzen beinhalten – und sei es, dass im solidarischen Verhalten Kompetenzen erlernt werden, die für das spätere Leben verwertbar erscheinen.

Die Gesellschaft wird als nicht perfekte, aber zu perfektionierende Größe gedacht, für deren Transformation individuelles Engagement allein nicht ausreicht. Der pri-

märe Handlungsmodus hierzu ist die diskursive Auseinandersetzung, mithin eine intellektuelle Bearbeitung politischer Probleme. Die Erstarrung der etablierten politischen Strukturen eröffnet zugleich nur geringen Gestaltungsraum, worauf überwiegend mit Distanz reagiert wird.

Politische Praxen incl. ‚Politisierungskarrieren‘

Teils schon in der Kindheit durch die Eltern an ehrenamtliche oder politische Arbeit herangeführt, teils erst durch Impulse aus ihrer jetzigen Bildungswelt aktiviert, verstehen sich die Jugendlichen als Träger eigener, vor allem kollektiver Handlungsmacht. Dabei schützt gemeinsames Handeln nicht nur vor Restriktionen des institutionell sich im Vorteil befindlichen Gegenübers, sondern erzeugt zwischen Individuen in einer gemeinsam geteilten Lebensphase Vergemeinschaftung. Diese besitzt eine ganz eigene Qualität der Selbstverortung, ist damit auch Teil des Prozesses der politischen Bewusstseinsbildung und dient dem gemeinschaftlichen Einüben von politischer Praxis in einem relativ geschützten und überschaubaren Raum. So sind Politisierungen einerseits problemorientiert, andererseits werden sie häufig nur temporär mit aller Ernsthaftigkeit verfolgt – Aktivierungswellen und Themen lösen einander ab.

Diffus gewünscht wird eine Gegenkultur, die den eigenen Belangen gerecht wird, einen – auch quer zu parteipolitischen Fraktionierungen – gemeinsamen Rahmen herstellt und den politischen Horizont (der bisher auf den Bildungsbereich beschränkt ist) erweitert. Darin sollen emotionale Effekte durchaus ihren Platz haben, wie mit dem Verweis auf entsprechende, als erfolgreich wahrgenommene Aktivitäten der rechten Szene bemerkt wird.

Verhältnis zur linken Bewegung

Der politischen Linken in der Bandbreite von Sozialdemokratie, Grünen und Linkspartei gegenüber wird zurückhaltende Sympathie bekundet. Bemängelt wird die wenig attraktive Form linker Politik, die als kopflastig, kaum emotional mitreißend und institutionell zu verregelt empfunden wird. Daraus speist sich eine Distanz zu etablierten Strukturen, die als zu wenig jugendnah empfunden werden. Zugleich

herrscht ein realpolitisch-pragmatisches Kalkül vor: Von allzu radikalen Forderungen will man angesichts unwahrscheinlicher Durchsetzungschancen wenig wissen; die Teilnahme an möglicherweise sich radikalierenden Ereignissen (z.B. G8-Gipfel) wird deshalb unterlassen. Demo- und/oder Bewegungstourismus früherer Zeiten (wie zum Teil bei ihren Eltern) ist den Jugendlichen überwiegend fremd.

Die traditionellen Themen der breiten Linken werden in aller Abstraktheit mitgetragen, haben aber für das Engagement vor Ort so gut wie keine Bedeutung.

Grundsätzliche politische Statements werden als inhaltsleere Worthülsen gesehen, deren Formulierung nur angesichts des Status als Oppositionspartei möglich ist. Diese ‚realpolitische‘ Grundeinstellung spricht linken Organisationen die manchmal selbst beanspruchte moralische Hoheit ab – im politischen Alltag sind politische Institutionen in den Augen der Jugendlichen allemal korrumpierbar. Diese Abgeklärtheit führt allerdings auch dazu, längerfristiges politisches Engagement zu direkt betreffende Themen zu unterlassen.

Bedürfnisse/ Erwartungen an politische Bildung

Bildungsnahe Jugendliche sehen sich in der Lage, unter Zurhilfenahme Neuer Medien, konventionellen Informationsmedien und ggf. der Aktivierung sozialer Beziehungen (generationenübergreifend) politische Themen zu analysieren, zu bewerten und daraus eigene Konsequenzen zu ziehen. Mit diesem Selbstbewusstsein reduziert sich die Erwartung an politische Bildung auf den Ausweis eines bestimmten politischen Standpunktes anhand nachvollziehbarer Fakten. Weitergehende Zumutungen wie etwa die Rekrutierung für Aktivitäten seitens der Anbieter werden als Eingriff in die Privatsphäre zurückgewiesen; man ist zur Aktivität zwar prinzipiell, aber nicht immer und überall willens. Gewünscht wird eher die zurückhaltende Dienstleistung auf Anfrage.

4.1.3 Jugendliche: politische Praktikanten

Die Gruppe umfasst junge Frauen und Männer, die überwiegend gerade Abitur gemacht haben und im Anschluss halb- bis einjährige Praktika in diversen politischen Institutionen bzw. in Verbänden absolvieren. (Es wurden zwei Gruppendiskussionen mit jeweils fünf bzw. sechs Personen geführt.)

Milieuverortung / Kapitalienausstattung

Ähnlich wie bei der Gruppe der „Antifa-Jugend“ kann keine eindeutige Milieuzuordnung nach Vester vorgenommen werden. Die Herkunftsmilieus variieren, allerdings entstammen die Praktikanten überwiegend bildungsnahen Elternhäusern. Politisch verorten sich die interviewten Jugendlichen eher links bis Mitte. Zwei der Befragten gaben an, Mitglieder der Linkspartei zu sein, ein weiterer ist bei den Grünen; ein Jugendlicher ist in einem christlichen Verein aktiv.

Praktische Verankerung in nahweltlichen Milieus/Gruppen

Ein politisches Interesse ist generell bei allen Jugendlichen vorhanden, wobei sie sich eher mit „großen Themen“ als mit Problemen regionaler und lokaler Politik beschäftigen. Das ausgeprägte politische Interesse ist ein Faktor, um ein längeres Praktikum in einer politischen Organisation zu machen. Biografisch stellt das Praktikum für viele eine günstige Gelegenheitsstruktur dar. Es wird als Bestandteil der Ausbildung angesehen bzw. als Berufsorientierung genutzt; Einige überbrücken damit ein „Wartesemester“ für einen Studienplatz. Nur von einem kleinen Teil wird als Motivation für das Praktikum explizit angegeben, politisch aktiv sein zu wollen.

Während des Praktikums sind die Jugendlichen in feste Arbeitszusammenhänge integriert. Das politische Interesse, das alle Teilnehmer von Hause aus mitbringen, wird zum Teil durch ergänzende Workshops der Praktikumsträger befriedigt und kann sich im Rahmen der jeweiligen Institution weiter entfalten.

Gesellschaftliche Grundorientierungen

Allgemein wird Befremdung und Enttäuschung über die Praxis realer regionaler

Politik geäußert. Diese sei parteiinternen Interessen unterworfen und strategisch, auch wenn sie sich nach außen offen gebe. Parteipolitik wird pauschal als zu eng, populistisch und zu strategisch abgelehnt. NGOs werden als ein Gegenmodell dazu angesehen, da sie „*sich nicht so von der Parteipolitik instrumentalisieren*“ ließen. Die Skepsis gegenüber Parteien wird auch auf andere, den Parteien nahe stehende Akteure, wie z.B. Stiftungen, übertragen. Diese seien nicht „*grundsätzlich unabhängig*“. Erstaunlicherweise können sich dennoch einige der Jugendlichen vorstellen, selbst in der Politik zu arbeiten.

Wird einerseits die Instrumentalisierung durch Parteien abgelehnt, sind es andererseits antistaatliche Positionen, wie sie etwa bei extremen Linken oder Rechten zu finden sind. Vorbehaltlos bekennen sich die Befragten zur Demokratie und rechtsstaatlichen Ordnung.

Die Jugendlichen reflektieren umfassend ihre eigenen staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten. Ein wichtiges Thema hierbei ist das allgemeine Wahlrecht. Bevor sie (aufgrund ihres Alters) überhaupt an einer Bundestagswahl teilnehmen, definiert sich bereits ein Großteil von ihnen als „*demokratische Wechselwähler*“. Erkennbar wird an dieser Selbstdefinition zum einen, dass die Wahlmöglichkeit (im Sinne einer *Wahlverpflichtung*) ernst genommen wird. Die Begründung lautet unisono: wir leben in einem Rechtsstaat, der die demokratische Wahl garantiert, und von diesem Recht sollten die Bürger Gebrauch machen. Zum anderen wird mit der Selbstdefinition als „*demokratische Wechselwähler*“ deutlich, dass die konkrete Wahlentscheidung an der Relevanz der Sachthemen festgemacht wird: „*Es kommt auf das Thema an und nicht auf die Partei, also wie man zu einem Sachverhalt steht*“. Diese klare Positionierung könnte den Eindruck erwecken, dass die Jugendlichen über keine enge Parteienbindung bzw. keine „politische Heimat“ verfügen. Vorsichtiger interpretiert: ausschlaggebend für die konkrete Wahlentscheidung ist weniger die jeweilige Partei an und für sich, sondern vielmehr eine eigene (noch in der Entwicklung befindliche) politische Werteorientierung ohne parteipolitische Bindung („Partei-treue“).

Ein weiteres zentrales Thema, mit dem sich die politischen Praktikanten beschäftigen, ist der Rechtsextremismus. Einig sind sich alle in der Ablehnung dieser politischen Strömung, mit der sie in ihrem Alltag bereits konfrontiert wurden. Ebenso wird (kognitiv, da nicht auf praktischen Erfahrungen basierend) auch Linksradikalismus abgelehnt, sobald er die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit und der Freiheit verletzt.

Eine hohe Relevanz hinsichtlich der Beschäftigung mit gesellschaftlichen Problemfeldern nehmen Umwelt- und Friedenthemen ein. Kriegseinsätze in der Welt, wie etwa in Afghanistan, werden als tragbar angesehen, solange sie auf einem UN-Mandat beruhen. Erstaunlich an dieser affirmativen Haltung ist, dass gleichzeitig die eigene Inkompetenz bei der sachlichen Situationseinschätzung betont wird. Den verantwortlichen Politikern wird letztlich ein Vertrauensvorschuss gewährt – nicht ohne in Aussicht zu stellen, dass die eigene Bewertung (etwa des Afghanistaneinsatzes) auch anders ausfallen könnte, wenn man andere (zusätzliche) Informationen hätte.

Politische Praxen inklusive ‚Politisierungskarrieren‘

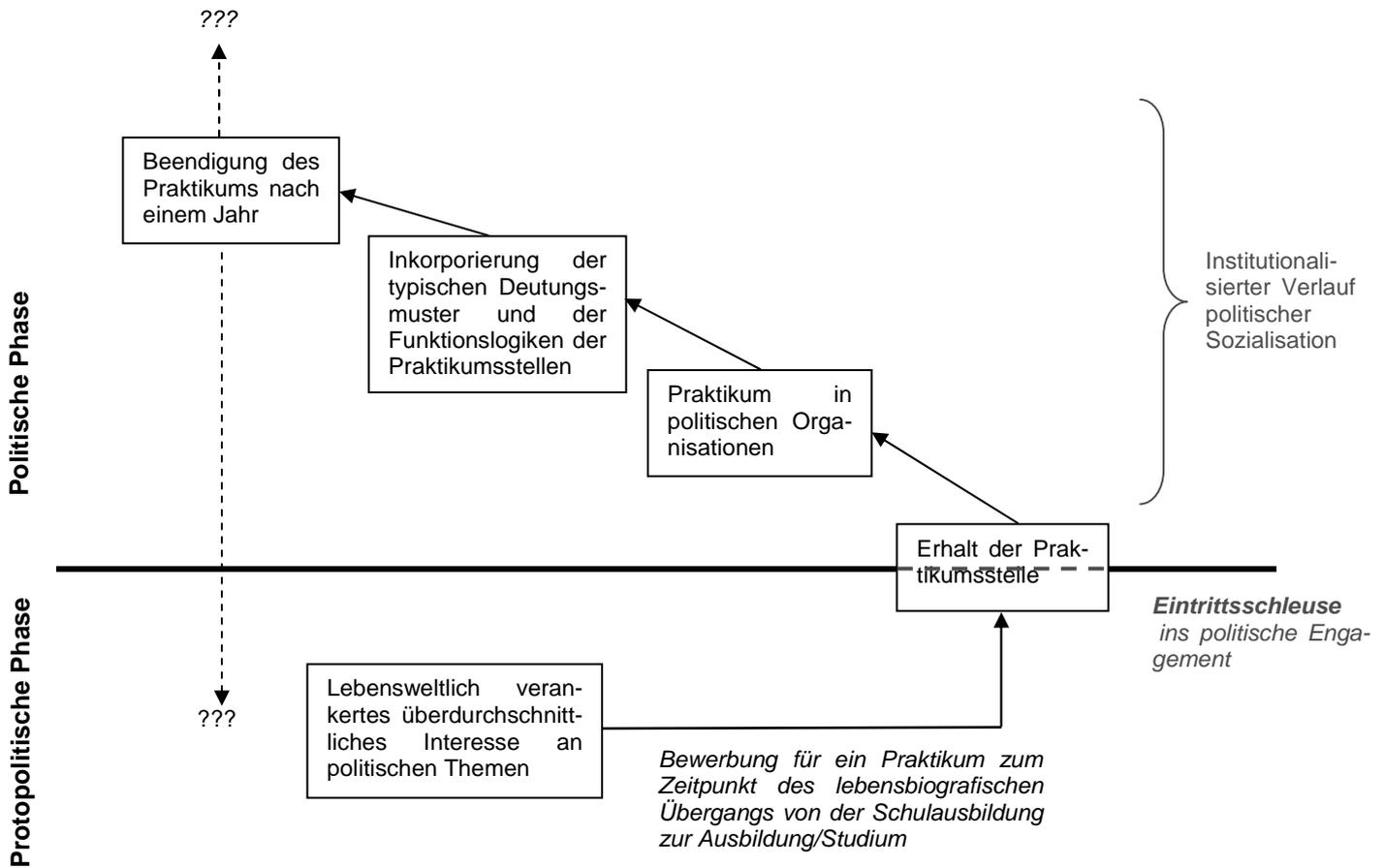
Im Praktikum arbeiten die Teilnehmenden in politischen Einrichtungen, Vereinen oder anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen. Insofern handelt es sich um ein soziales bzw. politisches Engagement, wobei die Bezahlung der hier geleisteten Arbeit verhältnismäßig gering ausfällt. Wie bereits erwähnt, markiert das Praktikum eine lebensbiografische Zäsur und stellt zugleich ein Moratorium her: Anschließend sind Studium, Berufsausbildung oder ggf. der Wehr- oder Zivildienst in Angriff zu nehmen.

Die Bewerbung stellt eine bewusste, zumeist strategische Entscheidung der Jugendlichen dar. Die erfolgreiche Bewerbung um einen Praktikumsplatz (z.T. in recht kompetitiven Auswahlverfahren) interpretieren sie als persönlichen Erfolg. Der Einstieg in das politische Engagement erfolgt in diesem Sinne über das Leistungsprinzip. Anders als die Jugendlichen der Antifa, die ihre eigenen Strukturen schaffen, sind die Praktikanten auf die

Ressourcen der Praktikumseinrichtungen angewiesen. Ihre politische Sozialisation verläuft demzufolge in etablierten Politikstrukturen stark institutionalisiert.

Die befragten Jugendlichen fühlen sich von den Praktikumsträgern keineswegs fremdbestimmt oder gar diszipliniert, sondern nutzen das Praktikum souverän als Chance, aus der fatalistisch anmutenden Bewertung von Politik durch eigenes aktives Handeln herauszukommen.

Die spezifische Politisierungskarriere, die mit der Praktikumsbewerbung eröffnet wird, lässt sich wie folgt veranschaulichen:



Verhältnis zur linken Bewegung

Bis auf die drei Parteimitglieder gibt es keine nennenswerten Kontakte zur politischen Linken. Eine Interviewte erwähnt ihr biografisch bedingtes Engagement in der Gewerkschaftsarbeit: Bereits vor dem Praktikum war sie gewerkschaftlich aktiv. Eine Wahlverwandtschaft der Gruppe der politischen Praktikanten mit linken Parteien besteht aber in Hinblick auf die vorherrschende Orientierung gegen Rechts-extremismus.

Bedürfnisse/ Erwartungen an politische Bildung

Aufgrund der eingangs erwähnten Parteiendistanz wird generell parteinahen politischen Stiftungen eine gewisse Skepsis entgegen gebracht. Da Fördermittel parteipolitisch gebunden seien, verhielten sich – so die Meinung unter den interviewten Jugendlichen – die Geförderten auch so. Es besteht offensichtlich kein konkre-

tes Wissen über die Finanzierung von Stiftungen und der Nähe bzw. der Abhängigkeit zu Parteien. Generell gilt also eine Art Ideologieverdacht gegenüber diesen Anbietern politischer Bildung.

Die für die eigene politische Bildung erforderlichen Informationen werden vorrangig über das Internet (insbesondere Mainstream-Anbieter wie z.B. tageschau.de) und Fernsehen aufgenommen. Teilweise werden auch das Radio und Zeitungen als Informationsquelle benutzt.

4.1.4 Latent politische Akademiker

Die Gruppe (mit den Fällen „Umweltschutzinitiative“ bzw. „PolitikwissenschaftlerInnen“) umfasst junge AkademikerInnen, die momentan ohne dauerhafte Anstellung beruflich tätig sind und ein Interesse daran äußern, sich politisch zu engagieren. In der Gemeinsamkeit des politischen Interesses manifestiert sich allerdings ein Un-

terschied. Während die Mitglieder der „Umweltschutzinitiative“ im Rahmen ihrer derzeitigen projektgebundenen Erwerbstätigkeit in einem Umweltverband und daran angebunden teils auch in ehrenamtlicher Funktion im weitesten Sinne politisch aktiv sind, finden die Interviewten der zweiten Gruppe momentan wegen ihrer befristeten Erwerbsarbeit im universitären Kontext keine Gelegenheit zu aktivem politischem Engagement.

Milieuverortung / Kapitalienausstattung

Die Interviewten stammen entsprechend dem Vester-Milieu-Schema aus dem modernen Arbeitnehmer- sowie dem bürgerlich-humanistischen Milieu. Das erworbene kulturelle Kapital wird als zentrale Ressource für die sozialstrukturelle Stellung innerhalb der Gesellschaft angesehen und dementsprechend ständig aktualisiert. Ausgeprägt ist die Kompetenz zum eigenständigen Handeln sowie zur Initiierung und Durchführung von Projekten. Die erworbenen Fähigkeiten und Wissensbestände werden beruflich wie außerberuflich entfaltet.

Neben dem hohen kulturellen Kapital verfügen die prekären Akademiker der untersuchten Gruppen über eine eigenverantwortliche Grundorientierung entsprechend der horizontalen Differenzierungsachse des Milieumodells von Vester. Ihnen ist eine Orientierung auf Eigenverantwortung sowie die Tendenz zur sozialen Gruppenbildung im Sinne der Akkumulation sozialen Kapitals eigen. Dieses Muster auf Gemeinschaftsorientierung findet allerdings eine eigentümliche Grenze bei den im universitären System Beschäftigten. Hier ist nämlich – so das artikulierte Selbstverständnis der Befragten – nur erfolgreich, wer sich als „Einzelkämpfer“ gegenüber den Konkurrenten im Wettbewerb um die raren Stellen behaupten kann. Es zählen primär Erfolge, die direkt auf die Einzelperson zurückgeführt werden können (eigene Publikationen und eingeworbene Drittmittel, Vorträge auf Kongressen, Evaluationsergebnisse der Lehre, etc.). Das universitäre System wird von einigen der Interviewten als entsolidarisiertes soziales Geflecht angesehen.

Die Prekarität der eigenen Erwerbsbiografie zeigt sich in unterschiedlicher Ausprä-

gung: Entweder man befindet sich in akut prekären Lebensverhältnissen (projektgebundene, nicht oder unterbezahlte Teilzeitarbeit) oder man lebt aufgrund unsicherer (v.a. universitär-akademischer) Karriereaussichten mit einer als existenziell wahrgenommenen Abstiegsangst.

Praktische Verankerung in nahweltlichen Milieus/Gruppen

Begünstigend für die nur lose Verankerung der im universitären System Beschäftigten wirkt, dass die einzelnen Stadien der akademischen Karriere in relativ kurzer Zeit durchschritten werden. Im Gegensatz etwa zur politisierten Antifa-Jugend bzw. den VertreterInnen der linken Gegenkultur fehlt das Bemühen, eigene, selbstbestimmte Strukturen auf der Grundlage des solidarischen Umgangs miteinander zu schaffen. In vorgegebene Strukturen, z.B. Gremien der universitären demokratischen Selbstverwaltung, bringt man sich vorrangig aus Karrieregründen ein.

Bei den akut Prekären außerhalb des universitären Systems stehen dagegen eher Probleme des finanziellen Lebensunterhalts, der Absicherung und Planbarkeit der eigenen Familie im Vordergrund. Die Einbindung in das Umfeld der eigenen Berufstätigkeit absorbiert und kanalisiert das politische Engagement der einzelnen und stellt auf der Grundlage (umwelt)politischer Themen Verbindungen zu anderen Milieus her.

Gesellschaftliche Grundorientierungen

In der Untersuchungsgruppe, die politisch im erweiterten linken Spektrum zu verorten ist, werden *Grundmodelle einer aufgeklärten Zivilgesellschaft mit Potenzial für die persönliche Selbstverwirklichung* präferiert. Charakteristisch sind ausgeprägt postmaterialistische Wertorientierungen (Streben nach Selbstentfaltung, demokratische Partizipation, Sorge um die Umwelt). Vor dem Hintergrund der zivilgesellschaftlich-postmaterialistischen Grundorientierung grenzen sich die Interviewten überwiegend von den etablierten Parteien ab. Diese werden als zu restriktiv und zu stark fixiert auf die Organisationsdisziplin und programmatische Leitlinien wahrgenommen. Es ist geradezu Ausdruck der vorherrschenden postmaterialistischen Grundori-

entierung, dass (insbesondere bei den interviewten WissenschaftlerInnen) auf ein konkretes Thema fixierte politische Aktionsformen bewusst jenseits der etablierten Organisationsstrukturen gewählt werden (z.B. Aktion „Stolpersteine“ für verfolgte Juden im Nationalsozialismus; Mitgliedschaft im Chor, der Entwicklungshilfe unterstützt). Betont wird, „...dass es einfach viel befriedigender ist, ... wo man [die Strukturen] selber wählt, dass man viel besser selber gestalten kann ... nicht auf länger bestehende alte Hierarchien Rücksicht nehmen muss“. Aufgrund der starken Orientierung auf Eigenverantwortlichkeit und Selbständigkeit fällt es den Interviewten schwer, die Rolle des klassischen „Verbandsmenschen“ zu übernehmen. „Es graut mich davor, zu irgendeiner Sitzung zu gehen ... was ich gern mache, ist alleine arbeiten zu Hause. Deshalb ist auch diese Einzelkämpferrolle für mich manchmal ganz befriedigend“.

Die Untersuchungsgruppe verfolgt sehr aufmerksam gesellschaftliche Entwicklungen der globalen Gesellschaft. Auffällig ist, dass die in den Blick genommenen Themenfelder und Probleme vielfältig und disparat sind. Sie reichen – um die Spanne wenigstens anzudeuten – von der kollektiven Erinnerung an die Opfer des Nazi-Regimes über Ausländerfeindlichkeit, demokratisch-partizipatives Handeln als Bildungsauftrag in den Schulen bis hin zu zentralen Konfliktlinien der Weltgesellschaft. Charakteristisch ist zudem, dass Themen zuweilen sehr abstrakt vor dem Hintergrund der eigenen professionstypischen Deutungs- und Erklärungsmuster diskutiert werden. Als AkademikerInnen sind sie in der Lage, Sinnzusammenhänge zwischen den Themen herzustellen sowie die scharfe Grenzziehung zwischen post-materialistischen und materialistischen Betrachtungsweisen zu durchbrechen.

So verbinden die „umweltbewegten“ AkademikerInnen das Thema ‚Nachhaltigkeit‘ durchaus mit sozialen Problemfeldern der Gesellschaft. Hier erfolgt keine – etwa für Grüne aus dem „Lager der Radikaldemokraten“ (Vester) typische – Ausblendung materieller Ungleichheiten und daraus erwachsender Benachteiligung. Argumentiert wird, dass die Themen ‚Nachhaltigkeit‘ und ‚soziale Gerechtigkeit‘ untrennbar mit-

einander verbunden seien. Entsprechend dieser Betrachtungsweise wird soziale Gerechtigkeit in einem allgemeineren Verständnis als Ausgleich verstanden, der über eine nachhaltige Politik durchgesetzt wird. Es geht aber auch darum, den Zusammenhang zu verdeutlichen, dass „*Ungerechtigkeit einen Ursprung im billigen Konsum der Verbraucher*“ hat. Im engeren Sinne, d.h. in der unmittelbaren Lebenswelt wird soziale Gerechtigkeit über erfahrbare Ausgrenzungstendenzen definiert. Fehlt eine Erwerbsarbeit bzw. muss der geringe Lohn einer Erwerbsarbeit durch staatliche Unterstützung ausgeglichen werden, führe dies zur sozio-kulturellen Ausgrenzung der Betroffenen. Argumentativ werden andere Ausgrenzungsmechanismen – etwa die Verweigerung ganztätiger Kindergartenbetreuung für Kinder von Arbeitslosen – ebenso als ungerecht gebrandmarkt.

Ein weiteres relevantes politisches Thema ist das der „Partizipation“. Gesellschaftliche Teilhabe wird „*das eigentlich zentrale Thema der Demokratie*“ eingeschätzt. Die Untersuchten konstatieren ein gesellschaftliches Partizipationsdefizit. Partizipation interpretieren sie als Anrecht und Möglichkeit, eigene Interessen und Anliegen durchzusetzen. Strategisch setzen sie auf eine Vernetzung und Solidarisierung mit anderen aktiven Gruppen – um „*andere ins gemeinsame Boot zu holen*“.

Kriegseinsätze, als (ein) drittes gesellschaftsrelevantes Thema, werden in einer abstrakten Form abgelehnt. Durch die Differenzierung militärischer Einsätze gelingt es ihnen jedoch, diese positiv zu interpretieren, wenn sie z.B. demokratischen Verhältnissen zum Durchbruch verhelfen, Durchsetzung von Gleichberechtigung zum Ziel haben und ähnlichem. Um aber die Berechtigung von Kriegseinsätzen, wie beispielsweise in Afghanistan, wirklich beurteilen zu können, fehle es an Kompetenz.

Politische Praxen inklusive ‚Politisierungskarrieren‘

Die berufliche Arbeit ist das zentrale Betätigungsfeld, in dem die angestrebte Selbstverwirklichung bzw. -entfaltung realisiert wird. Auf Grund der manifest oder perspektivisch prekären Verfasstheit der

eigenen Erwerbsarbeit droht die Umsetzung der postmaterialistischen Lebensmaxime permanent zu scheitern. Die Betroffenen müssen Strategien wie Praxen entwickeln, um angesichts der existenziell erlebten Zukunftsunsicherheit und der Angewiesenheit auf berufliche Erfolge souverän und gleichermaßen produktiv handeln zu können. Da die berufliche Karriere unter diesen Strukturbedingungen viel Energie, Zeit und andere Ressourcen verschlingt, droht ein darüber hinausgehendes politisches oder soziales Engagement, das eigentlich Teil der persönlichen Lebensplanung ist, ins Hintertreffen zu geraten, bzw. scheint nur im Verbund mit einer entsprechend ‚politischen‘ Erwerbstätigkeit möglich.

Es können verschiedene typische Strategien identifiziert werden, um mit diesem Problem der Vereinbarkeit von beruflicher Arbeit, ehrenamtlicher Arbeit und privater Familienarbeit umzugehen:

a) Redefinieren der beruflichen Tätigkeit als politische Arbeit: Die eigene Politisierung und Aktivierung zum Engagement wird über die Schleuse der Berufsarbeit (oft zunächst ehrenamtliche Tätigkeit, die dann in ein bezahltes Teilarbeitsverhältnis übergeht) realisiert. Ihre Berufsarbeit verstehen die Betroffenen nicht als „Job“ im klassischen Sinne, sondern eher als bezahltes Engagement. Vermittelt über Projektarbeit werden Gleichgesinnte gesucht und entsprechende Netzwerke aufgebaut. Auf einer professionellen Netzwerkarbeit basierend wird auch ein Engagement außerhalb dieses Bereiches angestrebt. Hierbei entstehen Synergieeffekte für die berufliche Arbeit (z.B. Überschneidung der Themen innerhalb des Umweltverband-Engagements und Engagement in der Freizeit). Über das berufliche und das darüber hinaus gehende Engagement sammeln sie Erfahrungen für den jetzigen bzw. späteren Beruf. Die Befragten rechnen sich dadurch bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu. Es ist also ein Engagement, das gesellschaftspolitisches Interesse mit einer beruflichen Orientierung verbindet und die Resultate aus dieser Kanalisierung den einzelnen als Bildungs- und Erfahrungspotential für den Arbeitsmarkt an die Hand gibt. Trotz und zugleich angesichts der prekären Beschäftigungslage

gelingt es bei dieser Strategie, dass sich die Betroffenen sowohl beruflich als auch ehrenamtlich selbst entfalten – zumindest problematisieren sie die Vereinbarkeit von beruflicher und ehrenamtlicher Tätigkeit sowie die Gestaltung des Familienlebens nicht als Konflikt. Redefinitionen der beruflichen Tätigkeit erfolgen auch innerhalb der Gruppe der interviewten UniversitätsmitarbeiterInnen, etwa, wenn ein Dozent meint, er leiste mit seinen Lehrveranstaltungen politische Arbeit, da „Bildung natürlich eine politische Angelegenheit“ sei oder eine Dozentin ihre Tätigkeit in der Studienkommission entsprechend definiert, da es um die Frage gehe „wie kann man Stellen beschaffen und entfristen“.

b) Anbieten des (fachspezifischen) Expertenwissens für nachfragende Organisationen, Einrichtungen etc: Das eigene, im Verlauf der Ausbildung und des Berufslebens akkumulierte Fachwissen (z.B. politikwissenschaftliche Kenntnisse) wird interessierten Parteien und Organisationen zur Verfügung gestellt. Ähnlich wie bei den Interviewten aus der Aggregatgruppe „linke Gegenkultur“ sind damit keine rein kommerziellen Ambitionen verbunden. Dennoch wird durchaus die Option in Erwägung gezogen, sich bei den nachfragenden Einrichtungen einen Expertenstatus zu erarbeiten, der sich bei einem Abbruch der universitären Laufbahn in bezahlte Auftragsarbeit konvertieren lässt. Dem liegt eine Redefinition zu Grunde: Das Anbieten des professionellen Fachwissens wird als politische Arbeit verstanden und dadurch legitimiert.

c) Konzentration des ehrenamtlichen Engagements auf ein die Familie(nmitglieder) unmittelbar betreffendes Betätigungsfeld: Eine weit verbreitete Variante dieser Strategie ist etwa die aktive Mitarbeit im Schulförderverein des/der Kind/er bzw. das Amt des Elternsprechers in der KITA. Das Engagement in solchen Gremien geschieht einerseits in dem Bewusstsein, dass man etwas für das eigene Kind tut (etwa Unterstützung der Lehrerschaft bei der Durchsetzung alternativer Pädagogiken gegenüber den Behörden, die auch dem eigenen Kind zugute kämen). Andererseits wird ein solches Ehrenamt vom Betroffenen selbst als politisches Engagement definiert, da es nicht (primär) um ein rein privates

Interesses geht, sondern um ein öffentliches Anliegen (z.B. Verbesserung der schulischen Bildungsangebote).

Verhältnis zur linken Bewegung

Die Untersuchungsgruppe verortet sich im linksliberalen bzw. linken politischen Spektrum. Als links wird unspezifisch eine Einstellung definiert, die sich an Werten wie „demokratisch, sozial, gerecht, friedlich“ festmachen lässt. Den Strukturen von Parteien, Verbänden und NGOs stehen die WissenschaftlerInnen eher skeptisch gegenüber. Die Interviewten der Umweltinitiative sind Parteien gegenüber sehr distanziert, weil sich differenzierende Meinungen zu unterschiedlichen Themen dem parteipolitischen Interesse und der Parteidisziplin unterordnen müssten.

Bedürfnisse/ Erwartungen an politische Bildung

Politische Bildung wird als Selbstbildung betrieben; insofern besteht kein dezidiertes Bedarf nach institutionalisierten Angeboten. Als wichtigstes Informationsmedium benennen die Befragten das Internet. Informationen werden nach relevanten Themen gezielt ausgewählt. Zur Information über das tagesaktuelle politische Geschehen werden in erster Linie die klassischen Medien wie Tageszeitungen und Radio genutzt. Die manifest aktiven Akademiker unterstellen größeren Zeitungen/Zeitschriften (z.B. Spiegel) eine thematische und sprachliche Entfernung. Die verwendete „politische Sprache“ werde von einem Großteil der Bevölkerung gar nicht mehr verstanden.

4.1.5 Linke Gegenkultur

In der Kategorie „linke Gegenkultur“ sind (mit den Untersuchungsgruppen „Autonome Akademiker“, „selbstorganisierte Lebensweise“, „Überwachungskritische“ und „Freie Akademiker in politischer Bildung“) Personengruppen erfasst, die jeweils fest in einem (links-alternativen, anarchistischen, autonomen) politisierten lokalen Milieu bzw. einer Subkultur verankert sind und themen- bzw. aktionsbezogene politische Arbeit betreiben. Charakteristisch für diese Gruppen ist eine starke Distanz zum etablierten Parteien- und Institutionensystem und eine grundlegenden Kritik ge-

genüber der kapitalistischen Gesellschaft. Der eigene Lebensentwurf ist durch die Vorstellung von einem möglichst weitgehend selbstbestimmten Leben jenseits der sozialen Normen einer bürgerlichen Mainstream-Gesellschaft geprägt. Darin eingeschlossen sind Versuche, Gegenmodelle zum bürgerlichen Erwerbs- (und ggf. Familien-) Leben praktisch umzusetzen.

Milieuverortung / Kapitalienausstattung

Der Erwerbsstatus von Personen aus der „linken Gegenkultur“ ist in einem weiten Sinne „prekär“. Die Prekarität lässt sich daran festmachen, dass die Personen die zum Leben nötigen materiellen Ressourcen über multiple Einzeltätigkeiten, wechselnde Jobs, befristete Projektarbeit bzw. eigene Unternehmungen in der Alternativökonomie erwerben, ohne aber über das nötige Maß hinaus im Erwerbssystem tätig zu sein. Zum Teil dienen die Aktivitäten, die mit der eigenen politischen Arbeit verbunden sind (z.B. Vorträge) auch als Einkommensquelle. Die Untersuchungsgruppen haben überwiegend einen studentischen bzw. akademischen Hintergrund, so dass Möglichkeiten eines weitergehenden Einstiegs ins Erwerbssystem mit Karrierechancen durchaus gegeben wären, aber bewusst nicht genutzt werden. Insofern ist hier von einer „selbst gewählten Prekarität“ zu sprechen.

Eine Milieuverortung der Personengruppen, die unter die Kategorie „linke Gegenkultur“ fallen, ist entlang des Schemas von Vester nur in der horizontalen Achse (Bezugnahme zu „Autorität“) relativ trennscharf möglich: Konstitutiv für diese Gruppen sind „eigenverantwortliche“ bis „avantgardistische“ Orientierungen. Sie setzen auf die eigene Arbeitsleistung, vorhandenes Bildungskapital und Autonomie. Entlang der vertikalen Achse lassen sich die Gruppen nicht präzise verorten. Grund hierfür ist die teils selbst gewählte materielle Prekarität. Demnach kommen weder die respektablen Volks- und Arbeitermilieus noch die oberen bürgerlichen Milieus in Frage. Nimmt man die mit dieser Achse erfasste Differenzierung nach Habitus-Formen zum Maßstab, so ist ein spezifischer, auf die Realisation eines alternativen Lebensentwurfes gerichteter Habitus der Distinktion zu konstatieren. Wie die

Kategorienbezeichnung „linke Gegenkultur“ nahe legt, grenzen sich die Betroffenen tatsächlich bewusst ab vom gesellschaftlichen Mainstream, insbesondere von ‚bürgerlichen‘ Normalbiographien und Lebensformen.

Über den formalen (akademischen) Bildungsstand hinaus verfügen die Angehörigen der „linken Gegenkultur“ über *spezifisches* kulturelles Kapital, das sich in der subkulturellen und politischen Lebenspraxis fortlaufend vermehrt: Entwickelt wird insbesondere die Kompetenz zu eigenständigem – im metaphorischen Sinne ‚unternehmerischem‘ – Handeln und damit verbunden zur Initiierung von Projekten. Freilich ist dieses unternehmerische Handeln zugeschnitten auf das eigene soziale Milieu. Die erworbenen Fähigkeiten und Wissensbestände sowie das subkulturspezifische soziale Kapital hätten außerhalb der milieuspezifischen Betätigungsfelder (insbesondere politische Bildungsarbeit und Alternativökonomie) begrenzt Relevanz und wären als Kapital nur zum Teil konvertierbar.

Praktische Verankerung in nahweltlichen Milieus / Gruppen

Die feste lebensweltliche Verankerung im lokalen sub- bzw. gegenkulturellen linken Milieu ist für die Untersuchungsgruppe konstitutiv. Gruppen, die alternative Infrastrukturen (z.B. fairer Handel; alternative Bildungseinrichtung) betreiben, stellen dadurch zentrale Knotenpunkte in den milieuspezifischen Netzwerken dar. Darüber hinaus werden in Form von Kooperationen bzw. der Beteiligung an Bündnissen in unterschiedlichem Ausmaß Anschlüsse an den institutionalisierten linken Mainstream gesucht.

In der Regel dient die politische Arbeit dazu, das eigene Ideal bzw. politische Zielvorstellungen zu verwirklichen (z.B. Abschaffung von ausbeuterischen ökonomischen Verhältnissen). Die räumliche und zeitlich stark entbettete Orientierung (gesamtgesellschaftliche und globale Problemsicht) bringt es mit sich, dass die Vertreter der „linken Gegenkultur“ stark im nationalen und internationalen Maßstab mit Gleichgesinnten vernetzt sind. So treten sie in mehr oder weniger großem Umfang auch als (tendenziell) überregionale

‚Anbieter‘ von Vorträgen und Expertenwissen auf. Andererseits existiert eine starke Einbettung des politischen Engagements im subkulturellen Kontext der jeweiligen Nahwelt. Man engagiert sich „vor Ort“ und verfolgt hier die eigenen Projekte. In diesem Zusammenhang ist auch von Bedeutung, dass die Aktivitäten Spaß machen und nicht zur Routine erstarren sollen. Geachtet wird auch darauf „dass wir uns nicht kaputt arbeiten“. Daher ist eine Neigung zu aktivistischen Formen des politischen Engagements ausgeprägt.

Gesellschaftliche Grundorientierungen

Grundlegend für die Untersuchungsgruppe ist eine ‚libertäre‘ Grundorientierung auf die (kapitalistische) Gesellschaft als Zwangsapparat, der kreative Potenziale des Einzelnen einschränkt bzw. zunichte macht. Diese Grundorientierung mündet in eine umfassende Kapitalismuskritik, die allerdings selten stringent politökonomisch unterlegt ist. Dementsprechend ist das eigene politische Handeln auf das (utopische) Ziel der Emanzipation der Subjekte von gesellschaftlichen Zwängen gerichtet. Ein positives Staatsmodell existiert nicht; die Thematisierung des Staates wird weitgehend auf das Ziel der Abschaffung der kapitalistischen Ordnung und staatlicher Bevormundung reduziert, und die politische Orientierung bleibt letztlich ‚partikular‘ und auf Kritik an bestehenden Verhältnissen beschränkt.

Politische Praxen incl. ‚Politisierungskarrieren‘

Die politische Praxis der Untersuchungsgruppe ist fokussiert auf eigene Initiativen bzw. Projekte, deren primärer Adressat die linke Gegenöffentlichkeit ist, die zum Teil aber auch an die allgemeine Öffentlichkeit gerichtet sind. Hauptzielpunkte der eigenen Arbeit sind die Schaffung alternativer Infrastrukturen, die Information der linken Gegenöffentlichkeit sowie die Organisation öffentlicher (teils direkt im öffentlichen Raum, teils vermittelt über die mediale Öffentlichkeit) Aufmerksamkeit erregender Aktionen, die punktuell gesellschaftliche Zustände kritisieren. Die politische Praxis ist fest gekoppelt an die eigene subkulturell-alternative Lebenswelt und hat dadurch überwiegend auch einen konkreten lokalen Bezug. Ein weiteres wichtiges E-

lement ist die eigene Beteiligung an und die Mobilisierung für größere(n) politische(n) Aktionen (Demos, Aktionsbündnisse). Die Fähigkeit zum „spontanen“ Reagieren auf Ereignisse (z.B. Organisation von (Gegen-)Demonstrationen, spontane Unterstützung ‚wilder‘ Streiks) ist hoch und stellt einen wichtigen Bestandteil der eigenen politischen Praxis dar.

Die Politisierung von Vertretern der „linken Gegenkultur“ vollzieht sich ganz überwiegend während der Schule oder dem Studium durch eine allmähliche Integration in lokale großstädtische linke bzw. alternative Subkulturen, in denen eine (bereits ‚latent‘ vorhandene) system- bzw. kapitalismuskritische Grundorientierung nicht nur intellektuell, sondern auch alltagskulturell (etwa durch Musik- und Kleidungsstile) ‚unterfüttert‘, zur Entfaltung gebracht wird. Konkreter ‚Auslöser‘ der Hinwendung ist nicht selten die spontane Beteiligung an einer konkreten Aktion aus dem linksradikalen Umfeld. Auf dieser Grundlage erwächst politisches Handeln entweder durch Beteiligung an bereits bestehenden politischen Projekten/Initiativen oder durch Initiierung eigener Aktionen bzw. Initiativen im lokalen Rahmen unter Einbindung in lokale Subkulturen und unter Vernetzung mit anderen, thematisch ähnlichen überlokalen Projekten bzw. Initiativen. Ausgangspunkt sind häufig zunächst Einzelaktionen, die die Gruppenbildung fördern, woraus wiederum eine Verstärkung der sach- bzw. themenbezogenen politischen Arbeit erwächst. Aufgrund der Dichte der subkulturellen Sozialbeziehungen stehen Vertreter der „linken Gegenkultur“ in einem umfassenden Austausch mit anderen Initiativen/Projekten im lokalen linken bzw. linksradikalen Milieu und arbeiten zum Teil auch stetig in mehreren Kontexten mit. Gleichwohl vollzieht sich jenseits dieser ‚generellen‘ – ideellen wie ideologischen – Zugehörigkeit zu(r) linken Subkultur(en) die ‚primäre Vergemeinschaftung‘ vor allem innerhalb der jeweils eigenen Projekt- bzw. Initiativ-Gruppe.

Hinsichtlich der Kapitalienausstattung der Vertreter der „linken Gegenkultur“ ist anzumerken, dass sie in der Regel über einen Hochschulabschluss verfügen. Die Gruppen weisen einen hohen Intellektualisierungsgrad auf (hohe Diskussionskultur, rational-diskursive Entscheidungsfindun-

gen; Debattieren über politische Geschehnisse). Andererseits ist eine pragmatische Erfolgsorientierung feststellbar. Die Gruppen akquirieren erfolgreich Projekte, gelten als Experten auf ihrem Gebiet und können sich sogar innerhalb der Alternativökonomie etablieren.

Verhältnis zur linken Bewegung

Die Untersuchungsgruppe konstituiert einen tragenden Teil der linken Bewegung, der die politische Beteiligung innerhalb des politischen Systems aufgrund einer staats- und herrschaftskritischen libertären Grundhaltung ablehnt. „Links“ zu sein heißt für die Untersuchungsgruppe insbesondere, alternative Lebensmodelle praktisch umzusetzen und politische Arbeit und eigene Lebensweise eng an einander zu koppeln. Das Verhältnis zu etablierten linken Institutionen innerhalb des politischen Systems ist ambivalent: Einerseits wird aufgrund ihrer – wie auch immer distanzierten – Einbindung in das politische System Distanz zu linken Parteien und Organisationen gehalten. Wenn Verbindungen bestehen, dann primär vermittelt über persönliche Kontakte zu einzelnen „Politikern“. Andererseits wird häufig auf vorhandene Infrastrukturen (v.a. Räumlichkeiten und Fördermittel) linker Institutionen für die eigene Arbeit zurückgegriffen. Was von den Parteien und Organisationen als „breite Bündnispolitik“, um die außerinstitutionelle Linke zu integrieren, und als „Förderung kritischer Initiativen“ interpretiert wird, definieren Gruppen aus der „linken Gegenkultur“ eher als mehr oder weniger „subversive“ Nutzung von Ressourcen des institutionalisierten politischen Systems. Wichtiges Ziel des eigenen Handelns scheint – bei aller partieller „Bündnisbildung“ mit Parteien und Organisationen – insbesondere die Aufrechterhaltung der eigenen Handlungsautonomie zu sein, um die eigenen Anliegen in möglichst unverfälschter Form vorbringen zu können.

Bedürfnisse/ Erwartungen an politische Bildung

Teils wird die materielle Unterstützung der eigenen Arbeit durch Stiftungen für wünschenswert erachtet – allerdings stellen bürokratische Vergabeverfahren und Abwicklungsmodalitäten für „spontan“ agierende Gruppen eine hohe Hemmschwelle dar, überhaupt mit Stiftungen in Kontakt zu

treten. Deren Anforderungen an eine bürokratische Organisationsstruktur des Gegenübers bedeuten aus Sicht der Untersuchungsgruppe bereits einen dezidiert nicht gewollten Schritt in Richtung der Institutionalisierung der eigenen aktionsförmigen politischen Arbeit.

4.1.6 Prekäre: akut von Arbeitslosigkeit Bedrohte

Die Untersuchten (Fallgruppen „Auszubildenden Mechatronik“ und „Werksbesetzung“) stehen an verschiedenen Punkten der beruflichen Laufbahn: zum einen sind es Auszubildende im Fach Mechatronik, deren Werk aktuell die Entlassung eines Drittels der Belegschaft (von mehreren Tausend) bevorsteht, zum anderen sind es Arbeiter in einer Arbeitsamtsmaßnahme, deren Werk gerade geschlossen wurde, und die heftige Kämpfe um eine Wiederaufnahme der Produktion bis hin zur zwischenzeitlichen Werksbesetzung hinter sich haben.

Milieuverortung / Kapitalienausstattung

Die Probanden sind in der vertikalen Dimension des Milieu-Schemas nach Vester im Bereich des leistungsorientierten bzw. traditionellen Arbeitnehmersmilieus einzuordnen. Die „Auszubildenden Mechatronik“ befinden sich im Übergang von der hierarchiegebundenen zur eigenverantwortlichen Umsetzung des beruflichen Bildungsweges; partiell besteht eine aus dieser Tradition gespeiste Leistungsorientierung. So wünscht sich ein Azubi den Verbleib im erlernten Beruf, während ein Anderer explizit ein Fachstudium anstrebt, um den eigenen Berufsweg stärker strukturieren zu können. Die Gruppe „Werksbesetzung“ hat sich durch den Impuls der Werksschließung mit anschließender Besetzung sozusagen im Schnelldurchlauf Kompetenzen in eigenverantwortlichem Handeln angeeignet.

Das Bildungskapital besteht weitgehend aus formal mittleren Bildungsabschlüssen. Bereits erreichte Ausbildungsabschlüsse der Älteren sind faktisch entwertet, da man in anderen Arbeitsbereichen und zum Teil unterhalb der formalen Qualifikation tätig ist. Jüngere haben eine höhere Affinität zu Neuen Medien; sie beschreiten aber rela-

tiv traditionelle Informationswege. Die aktive Suche nach Informationen ist auf wenige Bereiche beschränkt. Das spezifische kulturelle Kapital wirkt insgesamt allenfalls eingeschränkt handlungsbefähigend.

Hinsichtlich ihres Sozialkapitals sind die Befragten in beruflicher Hinsicht auf solidarische Strukturen angewiesen; insoweit delegieren sie überwiegend (zumindest in der näheren Vergangenheit) an etablierte Strukturen: Gewerkschaft, Betriebsräte. Denjenigen, die solche Funktionen im Betrieb ausüben, zollen sie kritische Anerkennung für ihren Einsatz. Hinsichtlich privater Kontakte ist die Milieuprägung bei Älteren verfestigter als bei Jüngeren.

Praktische Verankerung in nahweltlichen Milieus / Gruppen

Auch hinsichtlich der Verankerung ist ein Altersbias dahingehend zu bemerken, dass Jüngere offensichtlich noch über fluidere Beziehungen in benachbarte Milieus hinein verfügen, während dies bei Älteren im Regelfall geschlossener erscheint. Der Kern der sozialen Beziehungen speist sich aus dem engeren Arbeitsumfeld, es sind im Regelfall Kollegen bzw. dem eigenen Milieu ebenfalls Zugehörige, mit denen der Umgang gepflegt wird. Die Zugehörigkeit zum Werk ist dabei ein zentraler Bezugspunkt der Identität, der mit steigender Bedeutung des Arbeitgebers am Ort eine Art „Familienstolz“ erzeugt.

Den alltäglichen Aktivitäten ist ein starker Regionalbezug eigen, der Blick über den lokalen Tellerrand geschieht eher temporär begrenzt (gelegentliche Reisen). Insofern fehlt zum Teil ein Vergleichshorizont, der die „Normalität“ der eigenen Lebenswelt hinterfragt. Es handelt sich um ein – nun durch die Bedrohung der Arbeitslosigkeit fundamental gestörtes – „Eingerichtetsein“ in die Verhältnisse (die allerdings aufgrund der allgemeinen wirtschaftlichen Situation generell als prekär angesehen werden) auf der Grundlage einer Neigung zum Privatismus (mit Ausnahme der gewerkschaftlich Aktiven).

Gesellschaftliche Grundorientierungen

Ob Azubis oder gestandene Arbeiter: beiden ist der Wortsinn des „abhängig Beschäftigten“ in Fleisch und Blut übergegangen: man fühlt sich von nicht zu beein-

flussenden Entscheidungen „von oben“ abhängig und entwickelt daraus im Regelfall einen zwischen Hoffen und Bangen angesiedelten Fatalismus. Dieser wird gleichsam rationalisiert: den objektiven ökonomischen Gegebenheiten – insbesondere „Globalisierung“ – ist kaum etwas entgegenzusetzen, Entlassungen wie Werksschließungen sind damit bei aller persönlichen Betroffenheit nachvollziehbar. Dieser Primat des Ökonomischen schränkt zugleich die Reichweite des Gesellschaftlichen ein: zwar werden Aktionen gegen die drohende Prekarisierung begrüßt, allerdings bestehen starke Zweifel am Erfolg: weder Demonstrationen noch Handeln von lokalen/ überregionalen Politikern vermögen substantielle Änderungen herbeizuführen. Das Ausgeliefertsein begründet die eigene Positionierung als innerhalb der Gesellschaft bedrohte Teilgesellschaft, deren alltagspraktische Umformung sich vollzieht, in dem man sich im kleinen überschaubaren Privatbereich einrichtet (Nischengesellschaft).

Vorherrschend ist eine etatistische Orientierung, die auf einem im traditionellen Arbeitermilieu weiterhin zentralen dichotomen Gesellschaftsbild von „Oben“ und „Unten“ aufruht, in dem man sich selbst „unten“ und ohne Aufstiegsmöglichkeiten oder politische Handlungsmöglichkeiten definiert. Zugleich ist aber das Zutrauen in die aktuellen politischen Akteure grundlegend in Frage gestellt.

Eine arbeitertypische starke Orientierung an „Leistung“ tritt in der Ablehnung eines bedingungslosen Grundeinkommens oder ähnlichen voraussetzungslosen staatlichen Transferleistungen zu Tage: solche Vorstellungen widersprechen dem eigenen Bild von der „gerechten Gesellschaft“ als einer, in der Gratifikationen und soziale Positionierung auf Grund individueller Arbeitsleistungen vergeben werden. Diese traditionelle, an produktiver Schaffenskraft orientierte Vorstellung fordert einen bestimmten Teil der geschaffenen Werte als Restitution verausgabter Arbeitskraft ein, während das kritisierte Sozialmodell einer auf Transferleistungen basierenden Grundfinanzierung der Einzelnen stigmatisiert wird („bezahlte Faulenzerei“ etc.). Implizit wird damit die Gesellschaft als Arbeitsgesellschaft definiert, im traditionel-

len Sinn als Gemeinschaft von Werktätigen, die die Basis für den gesellschaftlichen Wohlstand schaffen.

Politische Praxen incl. ‚Politisierungskarrieren‘

Politisierung ist vielfach auf ganz konkrete, aktuelle Probleme begrenzt. Bis auf manifest rechte politische Strömungen werden alle anderen als generell tragfähig und ggf. für die eigenen Belange im lokalen Rahmen funktional eingeschätzt. Praktischer Solidarität mit der eigenen Situation wird Vorrang vor diffusen Solidaritätsbekundungen Dritter gegeben. Kritik besteht an allem langatmigen, abwägenden und nur partiell durchschaubaren Verhalten von Interessenvertretern, indem der Verdacht der eigenen Interessensverfolgung durch Delegierte als bestätigt angesehen wird. Einer ‚Politik des Kopfes‘ wird die ‚Politik des Handelns‘ (= unmittelbare Akte) vorgezogen. Das hat bedingt mit Anti-Intellektualismus zu tun, trägt aber in sich den Wunsch nach der Unmittelbarkeit sichtbaren Erfolges – und sei er auch nur kurzfristig. Die Wirkmächtigkeit solcher Handlungen wird als individuelle Macht positiv erlebt.

Ein Teil der Befragten geht im Delegationsprinzip an Betriebsrat und Gewerkschaft auf, ohne auf eine Kritik an deren Handeln zu verzichten; ganz überwiegend ist aber nur eine passive Mitgliedschaft vorstellbar, aktive Mitarbeit ist selten. Wie schon vermerkt, wird den Aktiven durchaus Anerkennung gezollt, auch wenn die Ergebnisse des Handelns von Betriebsrat/ Gewerkschaft nicht zu befriedigen vermögen.

Allenfalls punktuell werden unkonventionelle Politikformen – von Demos bis Besetzungen – als Mittel der politischen Praxis wahrgenommen, letztere eher als Akt der Verzweiflung. Eine radikalisierte Überzeugung geschweige denn Strategie kann daraus nicht abgeleitet werden. Gleichwohl besteht verbreitete Kritik an den betrieblich etablierten Strukturen der Interessenswahrnehmung (Betriebsrat, Gewerkschaft), denen entweder Kungelei im Eigeninteresse, Interesselosigkeit gegenüber bestimmten Einzelproblemen oder ganz einfach Machtlosigkeit zugeschrieben wird.

Politik ist ein Thema für Andere und sich selbst schreibt man eine gewisse Inkompetenz gegenüber politischen Fragen wie Aktivitäten zu. Insoweit wird am landläufigen Politikbegriff festgehalten, nach dem Politik ein diskursives, mit Fachexpertise zu untermauerndes und jedenfalls schwieriges Geschäft ist. Partiiell vermögen es die eigenen Erfahrungen dann überraschend, dieses gemeißelte Bild aufzubrechen und sich selbst etwas zuzutrauen. Dabei sind die neuen Erfahrungen in politischer Praxis als Lernschritt verrechnet und es kehrt so etwas wie eine emanzipative Aufbruchstimmung ein, die in dem gemeinsamen Erlebnis des Aufmerksamkeit Erregens fußt.

Verhältnis zur linken Bewegung

Bei klarer Ablehnung manifest rechter Gruppierungen besteht hinsichtlich des übrigen Spektrums in der Entgegennahme konkreter Solidarität wenig Berührungangst. Hier sind Mitglieder der lokalen Parteien willkommen, im geringeren Maß überregionale Politiker, die sich auf Themen draufsetzen. Diese Einstellung des „man nimmt, was man kriegt“ enthält sich parteipolitischer Festlegungen.

Die eigenen Orientierungen sind links im Sinne der Bandbreite der Parteien von Sozialdemokratie bis hin zur Linken. Mitgliedschaften bestehen ebenso wenig wie eine aktive Mitarbeit ausgeübt würde. Die Abgrenzung zum Thema garantiertes Grundeinkommen markiert eine deutliche Grenze zu entsprechenden linken Positionen. Sie werden weniger als visionär und die eigene Abhängigkeit betreffend, denn als unrealistische Träumerei und Ausweis mangelnden wirtschaftlichen Sachverständnisses, allenfalls als ein Projekt „gut gemeinter“ akademischer Blümenträume wahrgenommen. In Bezug auf linke Themen (Gerechtigkeit, Frieden, Nachhaltigkeit) wird allgemein zugestimmt; die Denkfiguren grenzen aber wie beim Thema Grundeinkommen immer vermeintlich realistisch Durchsetzbares von bloßen Wunschträumen ab. Am Beispiel des Afghanistan-Krieges spricht man sich prinzipiell dagegen aus, sieht sich aber aufgrund selbst zugeschriebener Inkompetenz gegenüber ‚großer Politik‘ nicht in der Lage, das faktische Vor-Ort-Sein zu bewerten.

Bedürfnisse/ Erwartungen an politische Bildung

Am deutlichsten tritt der Bedarf nach konkreter, der eigene Situation entsprechender Unterstützung zu Tage. Das kann in der Vermittlung zu kompetenten Personen/ Institutionen (= Wissensaspekt in Inhalt und Form), der allgemeinen Vernetzung mit Personen in ähnlicher Lage und damit dem zur Verfügung stellen entsprechender Foren (= Vernetzungsaspekt) oder in praktischer Solidarität geschehen. Langfristige Partizipation in politischer Aktivität dürfte aber nur partiell geschehen (Delegation). Auf Grund relativer Ferne gegenüber den Strukturen politischer Bildung impliziert das eine aufsuchende Bildungsarbeit, die ohne Erfolgsgarantie vorgeht.

4.1.7 Prekäre: Dauerarbeitslose

Es handelt sich bei den untersuchten Gruppen („Arbeitsloseninitiative“ und „Stadtteilzentrum“) nicht um Dauerarbeitslose schlechthin, sondern um Dauerarbeitslose, die im Rahmen lokaler Angebote von Arbeitslosen- bzw. Stadtteilinitiativen tätig sind, also trotz ihrer prekarierten sozialen Lage ihnen zugängliche Angebote zur sozialen Vernetzung und Aktivität nutzen, um aus ihrer materiellen Deprivation ‚das Beste zu machen‘.

Milieuerortung / Kapitalienausstattung

Dauerarbeitslose bilden gemäß der Kategorisierungen von Castel bzw. Dörre et al. die prototypische Gruppe der „Überflüssigen“, die dauerhaft aus dem Erwerbssystem ausgeschlossen sind. Für sie ist als Effekt ihrer materiellen Lage und damit verbundenen langfristigen gesellschaftlichen Ausgrenzung – mit entsprechenden biographischen Erfahrungen und fehlenden alternativen Zukunftsperspektiven – ein „Habitus der Notwendigkeit“ kennzeichnend, der ihnen eine Bewältigung des Alltagslebens mit geringen materiellen Ressourcen auferlegt. Dauerarbeitslosigkeit wirkt „negativ milieubildend“, indem materielle Deprivation, gesellschaftliche Negativzuschreibungen und alltägliche soziale Diskriminierung ein allmähliches Abdriften in eine ‚Unterklasse‘ isolierter Einzelner befördern. Insofern sind Dauer-

arbeitslose, auch wenn sie unterschiedlichen Herkunftsmilieus entstammen können, im Vester-Milieu-Schema in der Teilgruppe der „traditionslosen Arbeitnehmer/Resignierten“ gemäß dem Milieukonzept von Vester et al. zu verorten. Insoweit vorhandene kulturelle Ressourcen und soziale Netzwerke eines gehobenen Herkunftsmilieus trotz prekärer materieller Lage aufrecht erhalten werden können, nehmen sie Zwischenpositionen zwischen Herkunftsmilieu und traditionslosem Arbeitnehmermilieu ein.

Praktische Verankerung in nahweltlichen Milieus / Gruppen

Dauerarbeitslosigkeit ist jenseits der eigenen Familie ein gesellschaftliches Stigma. Die Beteiligung an lokalen Initiativen gewährt für die Dauerarbeitslosen einen zentralen Zugang zu sozialer Öffentlichkeit. Zugleich stellen die (sozialpädagogisch betreuten) Initiativen einen gesellschaftlichen Sonderraum dar, der – als Alternative zu einer vollständigen sozialen Exklusion – eine Art „Parallelwelt“ für Dauerarbeitslose sowie Frührentner und Rentner in prekärer materieller Lage schafft. Außerhalb dieser sehen sich die Betroffenen als gesellschaftlich fast völlig isoliert von der (Arbeit habenden) Mehrheitsgesellschaft. Die zentrale Motivation für die Beteiligung an entsprechenden Initiativen liegt in der Einsicht, dass es sich um die einzige zugängliche Möglichkeit handelt, sozialer Isolation zu entgehen. Innerhalb der „Parallelwelt“ bieten die Aktiven niedrigschwellige Angebote unterschiedlichster Art „von Arbeitslosen für Arbeitslose“ an, die von der Unterstützung beim Umgang mit Behörden über alltagspraktische Angebote wie Nähkurse und kulturelle Angebote wie Stadtführungen oder Fremdsprachenkurse bis hin zu lokalem Engagement bspw. bei der Stadtteilgestaltung reichen. Die Angebote ersetzen Angebote etwa der Volkshochschule, die für Arbeitslose aufgrund finanzieller (Teilnahmegebühren) und sozialer Barrieren (gefühlte soziale Stigmatisierung) nicht zugänglich sind. Wichtiger Effekt der eigenen ehrenamtlichen Tätigkeit ist ein hoher Gruppenzusammenhalt innerhalb der Initiativen und eine auch ins Private ausstrahlende soziale Vernetzung der Dauerarbeitslosen. Die hier erzeugten „Kapita-

lien“ erscheinen aber nicht konvertierbar in die Währung der erwerbstätigen Mehrheitsgesellschaft. Aktivitäten außerhalb der eigenen ‚Parallelwelt‘ werden daher nicht angestrebt.

Gesellschaftliche Grundorientierungen

Das Wirtschaftssystem der BRD wird aufgrund der von ihm produzierten Massenarbeitslosigkeit als grundlegend fehlerhaft wahrgenommen. Bei den befragten ostdeutschen Gruppen wird auf das in der eigenen biographischen Erfahrung präsente Bild der Vollbeschäftigung in der DDR als positives Gegenmodell verwiesen. Die ökonomische Dimension dominiert die Bewertung des Gesellschaftssystems gegenüber allen anderen politischen oder gesellschaftlichen Faktoren. Das fehlende Gegensteuern des politischen Systems gegenüber den wirtschaftlichen Fehlentwicklungen wird zum Teil als systemimmanente Notwendigkeit der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung interpretiert (in diesem Sinne sieht man sich selbst als ‚Opfer der Verhältnisse‘), zum Teil dem Unwillen der politisch Verantwortlichen zu einer Veränderung der Situation (in diesem Sinne sind die herrschenden Parteien Vertreter wirtschaftlicher oder klientenspezifischer politischer Interessen, die die Situation entweder bewusst herbei führen oder zumindest billigend in Kauf nehmen). In beiden Perspektiven werden die politischen Eliten pauschal als „unehrlich“ oder „korrupt“ eingeschätzt, und dem Parteiensystem wird die moralische Legitimation abgesprochen.

Die Ausgrenzung von Dauerarbeitslosen aus der Erwerbsgesellschaft wird als *die* zentrale gesellschaftliche Konfliktlinie wahrgenommen. Das Leitbild der Erwerbsgesellschaft, in der jeder Einzelne durch eigene Arbeit seinen Lebensunterhalt fristen soll, wird trotz der eigenen materiellen Lage als (ideelles) Grundmodell von Gesellschaft nicht in Frage gestellt. Die schlechte Umsetzung des Leitbildes wird der (untätigen) Politik und den (eigennützig und ohne moralische Verantwortung für die Gesellschaft handelnden) Unternehmen zugeschrieben, ohne dass dies auf einer grundlegend kritischen Position gegenüber dem Kapitalismus schlechthin als Gesellschaftsordnung basiert.

Ursächlich dafür ist eine generelle etatistische Grundorientierung, die sich in gleicher Weise an ein kapitalistisches oder ein sozialistisches Gesellschaftssystem richtet, die sich aus einem im (traditionellen wie im entwurzelten) Arbeitermilieu weiterhin zentralen dichotomen Gesellschaftsbild speist, das die Gesellschaft in „Oben“ und „Unten“ unterscheidet. Sich selbst sieht man (als sprichwörtlichen „kleinen Mann“) als unten stehend (ohne Aufstiegsmöglichkeiten nach „Oben“) und ohne eigene Handlungsmöglichkeiten. Grundlegende Veränderungen werden nur durch handlungsmächtigere gesellschaftliche Gruppen für möglich gehalten. Es herrscht die Orientierung vor, dass andere Akteure – etwa die Intellektuellen – prinzipiell dazu in der Lage sind, reale Veränderungen herbeizuführen, wenn sie nur hinreichend aktiv werden.

Eine ‚gute Gesellschaft‘, im Sinne eines Idealbildes, wird als Erwerbsgesellschaft entworfen, in der alle Arbeit haben und dafür angemessen entlohnt werden.

Politische Praxen incl. ‚Politisierungskarrieren‘

Die Aktivitäten der Dauerarbeitslosen im Rahmen der Initiativen folgen einer Logik ehrenamtlichen Engagements. Zentrale Motivation ist es, selbst aus der sozialen Isolation herauszukommen und zugleich einen Beitrag dafür zu leisten, auch andere Arbeitslose aus dieser Isolation herauszuholen. Dezidiert politische Motivationen sind mit der eigenen Aktivität allenfalls dahingehend verbunden, dass man als Initiative von Arbeitslosen an die lokale Öffentlichkeit treten möchte, um von dieser überhaupt wahrgenommen zu werden. Chancen auf einen Wiedereintritt in den zweiten Arbeitsmarkt werden mit der ehrenamtlichen Aktivität kaum noch verbunden.

Verhältnis zur linken Bewegung

Aufgrund der materiellen Lage und der überwiegenden Herkunft aus dem Arbeitermilieu besteht eine starke Affinität zu ‚traditionellen‘ politischen Positionen der Linkspartei, die auf staatliche Lenkung und wirtschaftliche Umverteilung gerichtet sind.

Bedürfnisse/ Erwartungen an politische Bildung

Aufgrund der gefühlten Ausgrenzung aus dem ‚normalen‘ gesellschaftlichen Leben liegt die Teilnahme an Angeboten politischer Bildung durch Stiftungen außerhalb des eigenen Vorstellungsbereichs.

4.1.8 Beruflich integrierte Migranten

In dieser Kategorie (mit den Untersuchungsgruppen ‚interkulturelle Arbeit‘, ‚Ausländerbeirat‘ und ‚osteuropäische Migranten‘) sind Migranten (sowie ein Deutscher, der mit Migrationsarbeit befasst ist) erfasst, die schon seit längerem und (inzwischen) mit vorläufig oder dauerhaft gesichertem Aufenthaltsstatus (bzw. mit deutscher Staatsbürgerschaft) in Deutschland berufstätig sind.

Milieuverortung / Kapitalienausstattung

Die Untersuchten verfügen ausnahmslos über hohe berufsfachliche Qualifikationen und haben überwiegend eine akademische Ausbildung. Die meisten sind wegen eines Studiums oder zur Aufnahme einer Erwerbsarbeit nach Deutschland gekommen, es handelt sich um Arbeitsmigranten. Entsprechend dem Vester-Milieuschema sind die Untersuchten wegen ihres Migrationshintergrundes nur schwer einordbar. Im Sinne der Sinus-Migrantenmilieus (s.o. 2.1.3) sind sie am ehesten dem intellektuell-kosmopolitischen und dem adaptiven Integrations-Milieu, teils auch dem statusorientierten und dem multikulturellen Performer-Milieu zuzurechnen.

Sie verfügen über hohes (fachspezifisches) kulturelles Kapital, das ihnen gute Erwerbchancen eröffnet, so dass sie auch ökonomisch relativ gut situiert sind. Ihr soziales Kapital besteht zum einen in der guten Verankerung in der jeweiligen ethnischen Community vor Ort (oft verbunden mit einer ‚Sprecher‘-Position in ethnischen Vereinigungen), zum anderen in einer festen Etablierung im sozialen Leben der Mehrheitsgesellschaft.

Politisch ordnen sich die Befragten eher in der Mitte ein, obwohl viele von ihnen thematisch linke Positionen vertreten (vor allem in den Gruppen ‚interkulturelle Arbeit‘ und ‚Ausländerbeirat‘).

Praktische Verankerung in nahweltlichen Milieus / Gruppen

Politisches Interesse wird von allen Migranten angegeben. Hierbei steht Integration als Thema im Vordergrund. Die Gewichtung dieses Themas und die Perspektive zu ihm hängen ganz offensichtlich vom eigenen Migrationsstatus ab. Als zentrale Integrationskapitalien werden Sprache, Bildung und Kultur benannt. Die Ausprägung dieser Kapitalien entscheidet darüber, wie die Integration in die Gesellschaft gelingt. Die Befragten schätzen den Zugang zu diesen Kapitalien für in Deutschland lebende Migranten durchaus schwieriger ein als für Deutsche. Die Beherrschung der Sprache des Einwanderungslandes und eine gute Bildung/ Ausbildung sind Integrationsvoraussetzungen, die die Migranten überhaupt erst befähigen, um mit den Deutschen konkurrieren zu können. Konkurrenzfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt wird als Integrationsschleuse interpretiert. Gelingt die Integration nicht, drohen Rückzug in die eigene Kultur, Isolation, Abhängigkeit und das Verwehren von Verantwortungsübernahme. Die Verankerung in Netzwerken und/oder lebensweltlichen Milieus, die über die der eigenen Kultur hinausgehen, gelingt zunehmend über Arbeitsmarktchancen.

In einem vorläufigen Raster kann man die Migranten insgesamt grob in drei Gruppen einteilen: Die erste Gruppe umfasst diejenigen, bei denen die Integration nicht gelungen ist und/oder die sich als nicht integriert verstehen – einschließlich jener, die dies ablehnen. Eine zweite Gruppe schließt jene ein, bei denen die Integration mehr oder weniger als gelungen angesehen werden kann und die dies auch so empfinden. Als dritte Gruppe lassen sich die zusammenfassen, die integriert sind und eine größere Differenz zu den Migranten der ersten Gruppe äußern als zur deutschen Gesellschaft – einschließlich jener, die für sich eine ‚Austrittsoption‘ aus der deutschen Gesellschaft aufrecht erhalten.

Gesellschaftliche Grundorientierungen

Das politische System wird in Abhängigkeit vom eigenen Integrationsstatus und vom eigenen Arbeits- und Engagementfeld als sehr differenziert wahrgenommen.

Auch hier gilt generell: je integrierter man selbst ist und je weniger direkter Kontakt besteht mit Migranten, denen die Integration nicht oder nur bedingt gelingt, desto positiver wird das System bewertet. Der Migrationsstatus des Einzelnen ist zudem von Bedeutung. Ist der Aufenthalt (als Arbeitsaufenthalt) temporär oder wird die Option eines Wegzugs aufrecht erhalten, so lässt sich eine größere Distanz zum politischen System feststellen (Verharren in einer Beobachterposition).

Es ist also festzuhalten: neben den Integrationskapitalien (Sprache, Bildung, Kultur) sind der Eintrittsmodus (Grund und Art der Migration) und die souveräne Option des Austrittsmodus, vermittelt über den Modus der Erwerbsarbeit, von zentraler Bedeutung. Diese Kapitalien und Modi bestimmen somit nicht nur den eigenen gesellschaftlichen Standort, sondern auch die subjektive Wahrnehmung des politischen Systems. Die Wahrnehmung, die eigene Erfahrung sowie die ständige Aktualisierung des Migrationsthemas in der lebensweltlichen Bezugsgruppe von Migranten spiegelt sich nicht nur in der dem Thema zugeschriebenen Bedeutung, sondern zeigt auch die Trennlinie dieses potentiell konfliktreichen Themas zwischen verschiedenen Migrationsgruppen und die als Schwachstelle der deutschen Gesellschaft zugeschriebene Integrationspolitik (Asylpriorität).

Kritisiert wird von den befragten Migranten die Differenz zwischen der öffentlich geäußerten Meinung von Politikern zu Immigration und Integration und der realen Praxis. Oft schein – gerade bei Kommunalpolitikern – eine Instrumentalisierung des Themas durch sowie eine gewisse Ablehnung: Integration werde nicht wirklich aktiv betrieben. Bei den deutschen Bürgern in (vorwiegend) westdeutschen Großstädten, die sich eine positive Meinung über Migranten und Integration zu eigen gemacht hätten (Linksliberale), falle auf, dass sie gleichwohl Migranten aus ihrem Alltagsleben exkludieren – „...ihre Kinder gehen nicht in gemeinsame Kindergärten oder Schulen, sie wohnen nicht in Vierteln mit hohem Ausländeranteil und sie haben keine Migrantenfreunde“.

Als zentrales gesellschaftsrelevantes Thema bzw. zentrale Konfliktlinie wird In-

tegration / Migration / Multikulturalismus benannt. Im ersten Moment verwundert das nicht, zumal die Befragten aufgrund des eigenen Status als Migranten einen sensibleren Blick auf das Thema haben. Es ist jedoch insofern interessant, dass dieses Thema von *allen* Gruppen, unabhängig vom eigenen Migrationsstatus, als zentrales benannt wurde. Die Gruppe der hoch qualifizierten Akademiker aus Osteuropa bezieht die Brisanz dieses Themas nicht unmittelbar auf sich selbst, sondern allgemein auf die deutsche Gesellschaft.

Alle befragten Migranten, unabhängig vom eigenen Integrationsstatus, kritisieren die deutsche Migrationspolitik. Diese mache es hochqualifizierten Immigranten schwerer, in Deutschland einzureisen als beispielsweise in andere europäische Länder, die USA oder Kanada, obwohl Deutschland diese Arbeitskräfte brauche und auch genügend Ausländer den Wunsch haben, in Deutschland zu arbeiten. Die osteuropäischen (hochqualifizierten) Migranten bewerteten Deutschland hinsichtlich als Arbeitsland interessanter als beispielsweise England oder Frankreich – weil die Leute hier offener seien, weil keine Aus- oder Abgrenzung aufgrund der Herkunft erfahren wurde, weil hier die Leistung, unabhängig von der nationalen Herkunft, im Vordergrund stehe, was auch eine absolute Gleichbehandlung in der Arbeitswelt nach sich ziehen würde usw. Das wurde von befragten Migranten der anderen Gruppen bestätigt. Auf dem hochqualifizierten Arbeitsmarkt bestehe ein eigentlich kein Integrationsproblem für Migranten. Deutschland ist aber, oder war das bisher, in erster Linie ein Asylland. Immigration nach Deutschland gelingt bzw. gelang den Migranten verstärkt über den Asylzugang. Die politische Praxis der Aufenthaltsgenehmigungen und auch die Abschiebepolitik sind darauf fokussiert. Der Großteil derjenigen, die nach Deutschland wollen und/oder kommen, sind aber keine politisch Verfolgten. ? Das politische Denken zur Migrationsfrage sei in Deutschland davon grundlegend geprägt. Der Staat gebe zwar „riesige Summen für soziale Leistungen“ aus, ohne jedoch dadurch Integrationskompetenz herzustellen. Asylbewerber erhalten so zwar eine Aufenthaltsgenehmigung, ohne jedoch eine wirkliche Integrationschance zu besitzen. Der

hohe finanzielle Leistungstransfer verwehre letztlich die Annäherung an die deutsche Gesellschaft und vor allem die effektive Möglichkeit, für den eigenen Unterhalt selbst sorgen zu können. Nur auf diesem Wege würde aber eine wirkliche Integrationsvoraussetzung geschaffen. Eine misslingende Integration, Abhängigkeit und geringe Möglichkeiten zur Selbstverantwortung seien die Folgen.

Alle Befragten thematisieren zwei zentrale Integrationsmodi, die für eine gelingende Integration von Relevanz sind. Erster Modus ist Erwerbsarbeit, also der Zugang zum Arbeitsmarkt, ohne den Integration nicht gelingen kann. Daran schließt sich bei allen Befragten – unterschiedlich gewichtet – die Forderung an, Migrationspolitik auf diesen Fokus auszurichten: Zuwanderungspolitik unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten (Erleichterung für leistungsbereite Migranten) und Integrationspolitik verstärkt über Arbeitsgenehmigungen statt über Aufenthaltsgenehmigungen zu betreiben sowie verstärkt Pflichten einzufordern, die zu Erwerbsarbeit führen. Der zweite Modus ist der der kulturellen Anerkennung. Konsens bestand bei den Befragten darin, dass es einen Kanon gemeinsam geteilter Werte geben müsse – Toleranz, Chancengleichheit, Gleichberechtigung, Menschenwürde, Gleichstellung etc. Dies dürfe aber nicht dazu führen, dass die eigene Kultur aufgegeben werden sollte (Assimilation), sondern zu einer gegenseitigen Anerkennung der kulturellen Differenzen, zu Austausch und Toleranz. Das Modell der „deutschen Leitkultur“ wird ebenso wie eine Abschottung gegenüber der deutschen Kultur (Stichwort „Parallelwelt“) abgelehnt. Beide Modelle werden als zu eng interpretiert.

Als ein zweites gesellschaftsrelevantes Thema wurde der Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen benannt. Zentraler Aufhänger ist hier Bildung/Ausbildung. Die Befragten mit *gelingenem* Integrationsstatus (s. Raster oben, Gruppe 2) thematisierten hier vor allem die Möglichkeit, über Aus- und Weiterbildung Zugangschancen zum Arbeitsmarkt zu erhalten und über das integrative Moment der Erwerbsarbeit Selbstbestimmung, Selbstverantwortung und Würde zu erlangen. Die Befragten mit sicherem Integrationsstatus (s. Raster

oben, Gruppe 3), thematisierten dahingegen in erster Linie Chancengleichheit als Konfliktlinie. Pisa habe gezeigt, dass das Bildungssystem in Deutschland ungerecht sei. Der Zugang zu Bildung ist in Deutschland eine Klassenfrage. das zentrale Thema für soziale Gerechtigkeit sei Chancengleichheit. Soziale Gerechtigkeit als ausschließlich soziale Absicherung (finanzielle Absicherung) würde in Deutschland überbewertet.

Innerhalb der deutschen Gesellschaft gehe es momentan generell um eine Neuverteilung vorhandener Ressourcen. Obwohl die soziale Absicherung hinreichend sei („Armut auf hohem Niveau“), wird über Verteilung und Zugang diskutiert. Als Konfliktlinien werden „arm vs. reich“ und „Arbeit vs. Arbeitslosigkeit“ sowie „Chancengleichheit“ von den befragten Migrantengruppen benannt.

Zu konstatieren ist, dass die Orientierung aller befragten Migranten auf Leistung (Leistungsmöglichkeit sowie -bereitschaft) liegt und dies, vermittelt durch Bildung/Ausbildung und Erwerbsarbeit, ein wichtiger Integrationsmodus ist. Daher bedarf es der Ermöglichung zur und der Forderung nach Leistungsbereitschaft.

Ein weiteres wichtiges gesellschaftspolitisches Thema sind Kriegseinsätze. Krieg wird als Mittel abgelehnt, aber zur Verhinderung „humanitärer Katastrophen“ akzeptiert, sofern militärische Einsätze unter UN-Mandat stehen. Es sei aber auch nötig (hochqualifizierte Migranten, Gruppe 3), europäische Interessen zu vertreten, wobei es eher unrealistisch sei, demokratische Verhältnisse in Afghanistan zu etablieren. Alle befragten Migranten teilen die Auffassung, dass man die Lage aber nicht wirklich einschätzen könne.

Politische Praxen incl. ‚Politisierungskarrieren‘

Aktives politisches und/oder soziales Engagement ist ausschließlich in der Gruppe „Ausländerbeirat“ auszumachen, die alleamt Mitglieder des Ausländerbeirats einer ostdeutschen Großstadt sind. Es handelt sich um Immigranten, bei denen die Integration als mehr oder weniger gelungen angesehen werden kann und die sich keine Austrittsoption offen halten. Sie engagieren sich allgemein für eine Verbesse-

rung der Migrationspolitik und -bedingungen sowie konkret für die lokalen Lebensbedingungen von Migranten, den interkulturellen Austausch mit der deutschen Mehrheitsbevölkerung vor Ort sowie für nicht oder nur bedingt integrierte Migranten. Zentrale Grundlage für ein politisches Aktivwerden von Migranten ist ein vorheriges Engagement in ethnisch-kulturellen Organisationen vor Ort, über die im Anschluss Vernetzungen zu Vereinigungen anderer Ethnien entstehen.

Verhältnis zur linken Bewegung

Linke Politik wird in den einzelnen Migrantengruppen unterschiedlich interpretiert: Es ist eine Politik für die sozial Schwachen; es ist eine Politik, die sich auf den Arbeitskampf konzentriert, also Gewerkschaftskampf; linke Politik stellt die Frage nach der Umverteilung; sie nimmt dem einzelnen die Verantwortung ab; sie nimmt zu wenig Rekurs auf die Pflichten der Bürger; linke Politik ist Ideologie. Andererseits wird die gesamte deutsche Gesellschaft als eher links eingeschätzt. Linke Themen, wie die Frage der Gleichberechtigung, werden heute selbst von der CDU vertreten und durchgesetzt – Beispiel Elterngeld.

Bedürfnisse/ Erwartungen an politische Bildung

Als meistgenutzte Medien, die die Migranten nutzen, wurden Zeitungen, Radio und Internet benannt. Bei den hoch qualifizierten Akademikern dominiert das Internet. Es dient vor allem der schnellen Suche nach speziellen Themen. Zeitungen werden ebenfalls per Internet gelesen – oft selektiv und nach Schwerpunkten gewichtet, vorrangig in Arbeitspausen. Als ein Vorteil gegenüber klassischen Nachrichtensendungen der Fernsender wird hier (vor allem von Gruppe 3) einerseits Zeitersparnis (weil sich nur mit einem Thema beschäftigt werden kann) und andererseits thematische Tiefe (weil genauer zu einem Thema recherchiert werden kann) angebracht. Politische Bildung sollte verstärkt auf Medien wie DVDs und Internet zurückgreifen.

4.1.9 Sozial Engagierte

In der Gruppe „sozial Engagierte“ sind (mit den Untersuchungsgruppen „Familienar-

beit“ und „Netzwerk Jugend“) Personen erfasst, die ehrenamtlich in sozialen und kulturellen Projekten bzw. Vereinen tätig sind, die dezidiert keine im engeren Sinne politische Arbeit machen und eine allenfalls diffuse Bindung ans linke Spektrum haben, bei denen aber eine zumindest vage Affinität zu linken bzw. linksliberalen politischen Orientierungen zu erwarten ist.

Milieuverortung / Kapitalienausstattung

Die Untersuchten sind in der vertikalen Dimension des Vester-Milieu-Schemas im Bereich der respektablen mittleren Volksmilieus (teils auch in den oberen bürgerlichen Milieus) anzusiedeln und in der horizontalen (kulturellen bzw. Lebensführungs-) Dimension – verortet anhand des zentralen Indikators „Einstellungen zur Autorität“ – in der Kategorie „Eigenverantwortung“ (vs. „Hierarchiegebundenheit“). Sozial Engagierte verfügen fast ausschließlich über eine gute berufliche Situation oder sind über einen vollzeiterwerbstätigen Ehepartner (masculinum!) materiell abgesichert. Viele sind selbst in im weitesten Sinne „sozialen“ Berufen tätig. Zum Teil ist die Trennung zwischen „ehrenamtlicher“ und „nebenberuflicher“- bzw. „Teilzeiterwerbs“- Tätigkeit in Projekten bzw. Vereinsstrukturen auch fließend, oder eine eigene freiberufliche Erwerbstätigkeit steht in Verbindung mit ehrenamtlichen Aktivitäten. Das kulturelle Kapital bzw. das Bildungskapital sozial Engagierter ist überwiegend hoch.

Praktische Verankerung in nahweltlichen Milieus / Gruppen

Die Projekt- bzw. Vereinsarbeit umfasst überwiegend Basis-Arbeit in dem Sinne, dass konkrete Aktivitäten mit Personen vor Ort – häufig mit sozial Benachteiligten – durchgeführt werden. Dementsprechend reicht der persönliche Kontakt häufig bis in die Lebenswelt dieser Zielgruppen hinein. (Hier ist zu unterscheiden in Engagierte, die selbst Teil einer solchen Lebenswelt sind (meist in subkulturell basierten Projekten), und solche, die eine soziale Distanz zu den „Zielgruppen“ ihres sozialen Engagements wahren und ein davon separiertes eigenes Privatleben führen.)

Generell sind sozial Engagierte lokal gut bis sehr gut sozial vernetzt. Es handelt sich nicht selten um „multiple Ehrenamtler“, die durch ihr Mehrfachengagement

zugleich zu einer lokalen Vernetzung verschiedener sozialer und kultureller Projekte und deren Umfeld beitragen. Diese bilden überwiegend keine „Gegenkultur“ zu lokalpolitisch und -kulturell etablierten Strukturen, sondern stellen ergänzende Strukturen dar, die im Sinne eines „bürgerschaftlichen“ Engagements auch von offizieller lokalpolitischer Seite politisch erwünscht sind. (Das wird auch daran deutlich, dass viele der Vereine bzw. Projekte eine öffentliche Förderung erhalten.) Persönliche Vernetzung besteht zum Teil auch zu Personen in etablierten Strukturen. Von eigener Aktivität in lokalpolitischen Strukturen nehmen sozial Engagierte aber ganz überwiegend Abstand.

Gesellschaftliche Grundorientierungen

Die Distanz zu etablierten lokalpolitischen Strukturen ist motiviert durch deren Wahrnehmung als administrativ-bürokratischer Apparat, der nur wenig konkrete Arbeit vor Ort leisten und letztlich nur Rahmenbedingungen schaffen kann. Sozial Engagierten ist eine ausgeprägt zivilgesellschaftliche Orientierung eigen, die dem konkreten Handeln der Einzelnen einen hohen Stellenwert einräumt, während staatlichen Instanzen und Großinstitutionen mit Skepsis begegnet wird.

Damit ist aber keine grundlegende Kritik an der Struktur des politischen Systems verbunden, das im Gegenteil in seiner Grundordnung ganz überwiegend akzeptiert wird. Es handelt sich vielmehr um eine grundlegende Skepsis gegenüber der Gestaltungsfähigkeit staatlicher Instanzen. „Kritik“ – die gekoppelt wird mit eigenem, beruflich verankerten sozialen Handeln – bezieht sich vielmehr auf Defizite „im Detail“. In ihrer politischen generellen Orientierung sind sozial Engagierte (ohne aber politisch aktiv zu sein) als links-liberal bis links zu verorten, da die Unterstützung gesellschaftlich benachteiligter Gruppen allenfalls von Linkspartei, Grünen und SPD erwartet wird (ggf. ist hier auch eine eher apolitische, kirchlich-bürgerliche Tugenden des Mitleids konservierende Einstellung leitend, die dann jenseits des linken Spektrums anzusiedeln wäre).

Das (harmonistische) Gesellschaftsbild der sozial Engagierten ist mittelschichtzentriert und basiert zentral auf der Annahme, dass eine für Alle ‚gute Gesellschaft‘ erreichbar ist, wenn Alle sich entsprechend ihrer

Möglichkeiten für das Gemeinwohl einsetzen. Grundlage dafür ist eine Orientierung am Modell der „Subsidiarität“ (und nicht der Solidarität). In der Teilung zwischen „Etablierten“, die sich selbst helfen können, einerseits und andererseits „Schwachen“ bzw. „Benachteiligten“, die der Unterstützung bedürftig sind, wird eine zentrale gesellschaftliche Trennlinie verortet. Diese ist allerdings keine „Konfliktlinie“ im engeren Sinne, da die Trennung nicht als unauflösbar definiert wird, sondern durch die individuelle ‚Befähigung‘ der Benachteiligten als auflösbar angesehen wird. Der singuläre Fokus auf „Benachteiligte“ blendet zugleich eine Auseinandersetzung mit Konfliktlinien innerhalb der „Etablierten“ weitgehend aus.

Politische Praxen incl. ‚Politisierungskarrieren‘

Das eigene soziale Engagement wird in klarer Abgrenzung von „politischem“ Handeln definiert. Zugleich sind sozial Engagierte aufgrund der Abhängigkeit von Zugängen zu lokaler Infrastruktur und finanzieller Förderung der eigenen Aktivitäten aber auf den Austausch mit Politik und Administration angewiesen. In diesem Kontext ist „subpolitisches“ Handeln zumindest im lokalen Kontext erforderlich und wird auch praktiziert. Potenziale für eine „Politisierung“ im engeren Sinne dürften sich allenfalls aus der individuell gewonnenen Einsicht ergeben, dass auch „zivilgesellschaftliche“ Handlungsoptionen letztlich auf diese ermöglichende politische Strukturen und Entscheidungen angewiesen sind.

Verhältnis zur linken Bewegung

Grundlegend für sozial Engagierte ist eine diffuse Affinität zum linksliberalen bis linken Parteienspektrum bei gleichzeitiger Abstinenz von eigenem politischen Engagement. Eine thematische Verknüpfung besteht am ehesten durch die ausgeprägte Orientierung sozial Engagierter auf eine „soziale“ Gesellschaft, in der „die Schwachen“ umfassend Unterstützung finden. Anknüpfungspunkte bestehen am ehesten auf lokaler Ebene durch Einbeziehung sozialer Projekte bzw. Vereinen in übergreifenden Bündnissen mit einem politischen Gestaltungshorizont.

Bedürfnisse/ Erwartungen an politische Bildung

Bedarf besteht überwiegend an ‚technischen‘ Angeboten, die die lokale Handlungsfähigkeit der eigenen Projekte bzw. Vereine verbessern – etwa Bildungsangebote zur professionellen Öffentlichkeitsarbeit. Dass dadurch im weiteren Sinne eine Aktivierung für politisches Handeln erreicht werden kann, ist für diese Untersuchungsgruppe eher unwahrscheinlich.

4.2 Systematisierungen des Samples

Ging es in Abschnitt 4.1 darum, die einzelnen, auf der Grundlage der Einzelfälle gebildeten Untersuchungsgruppen hinsichtlich ihrer jeweiligen Spezifik auszu-leuchten, sollen nun übergreifende Charakteristika herausgearbeitet werden. Folgende Fragen stehen hierbei im Vordergrund:

- Welche Gesellschaftsbilder und politischen Wertorientierungen werden erkennbar?
- In welchem Maße sind politische Praxen an institutionelle Strukturen gebunden?
- Welche Handlungsressourcen sind relevant für politische Aktivität?
- Welche Intensitätsgrade politischen Handelns sind unterscheidbar?
- Wie sind politische Praxen lebensweltlich verankert?
- Welche Genderspezifika politischer Aktivität lassen sich identifizieren?
- Welche typischen Politisierungskarrieren sind unterscheidbar?
- Wodurch verstetigen sich politische Aktivitäten?

4.2.1 Gesellschaftsbilder und politische Wertorientierungen

In der *Wahrnehmung der Gesellschaftsordnung* überwiegen innerhalb des untersuchten Samples die positiven Bezüge auf die gültige Demokratienorm und ihre Umsetzung im gesellschaftlichen Leben. Das kann angesichts der durch ihren Bildungsstand im Hinblick auf die eigene Zukunft relativ abgesicherten Jugendlichen („Politische Praktikanten“ und „Jugendliche...Bildungssystem“) ebenso wenig verwundern wie bei den gut situierten „so-

zial Engagierten“ und „integrierten Migranten“. Von den Migranten werden zwar die restriktive Zuwanderungspolitik und sozialen Problemlagen kritisch betrachtet, aber aufgrund der eigenen Zugehörigkeit zu den eher abgesicherten Milieus überwiegt offensichtlich die positive Wahrnehmung der Gesellschaft als ganze. Etwas überraschender ist dies bei den „latent politischen Akademikern“, die trotz des sie selbst betreffenden Problems möglicher Arbeitslosigkeit die politischen Institutionen nicht in Frage stellen, auch wenn sie kritische Perspektiven einnehmen. Auch das kapitalistische Wirtschaftssystem wird von den genannten Gruppen akzeptiert, wenngleich zum Teil (Gruppe „latent politische Akademiker“) systemimmanent kritisiert.

Bei allen Fallgruppen wurde die Bedeutung der Erwerbsarbeit für die Integration der Menschen in die Gesellschaft thematisiert. Insofern ist es naheliegend, hierin ein zentrales Leitbild bei der Wahrnehmung und Einschätzung der Gesellschaft zu vermuten. Hinsichtlich des *Leitbildes der gesellschaftlichen Integration durch Erwerbsarbeit* zeigt sich, dass sich die sozial Engagierten und die integrierten Migranten im Sollbereich der eigenen Orientierung bewegen: Sie haben eine relativ gefestigte berufliche Position auf dem Arbeitsmarkt. Die „latent politischen Akademiker“ beziehen sich dagegen weniger eindeutig auf die monokausal erscheinende Integrationsperspektive durch Erwerbsarbeit, sondern reklamieren auch andere, postmaterielle Lebensbereiche. Insoweit relativiert sich die Bedeutung der als vorübergehend oder jedenfalls nicht dauerhaft antizipierten Arbeitslosigkeit. Daraus lässt sich aber nicht schlussfolgern, dass andere Integrationsperspektiven virulent wären, die zu der der Erwerbsarbeit in Konkurrenz treten können. Arbeitslosigkeit – wenn sie denn eintritt – wird in der eigenen Erwerbsbiographie als temporäre Phase erlebt, die aufgrund der qualifizierten Ausbildung immer wieder verlassen werden kann bzw. könnte. Desintegrationsmechanismen erscheinen hier am Horizont, werden aber nicht selbst erfahren. Für die noch im Bildungssystem verweilenden Jugendlichen sind hierzu natürlich noch keine gesicherten Aussagen möglich. Alle Gruppen, die Jugendlichen einge-

schlossen, nehmen angesichts der tatsächlichen bzw. der erwarteten individuellen Erfolge eine Position der Akzeptanz ein, die noch am stärksten von den latentpolitischen Akademikern in eine kritisch Reformorientierung gelenkt wird.

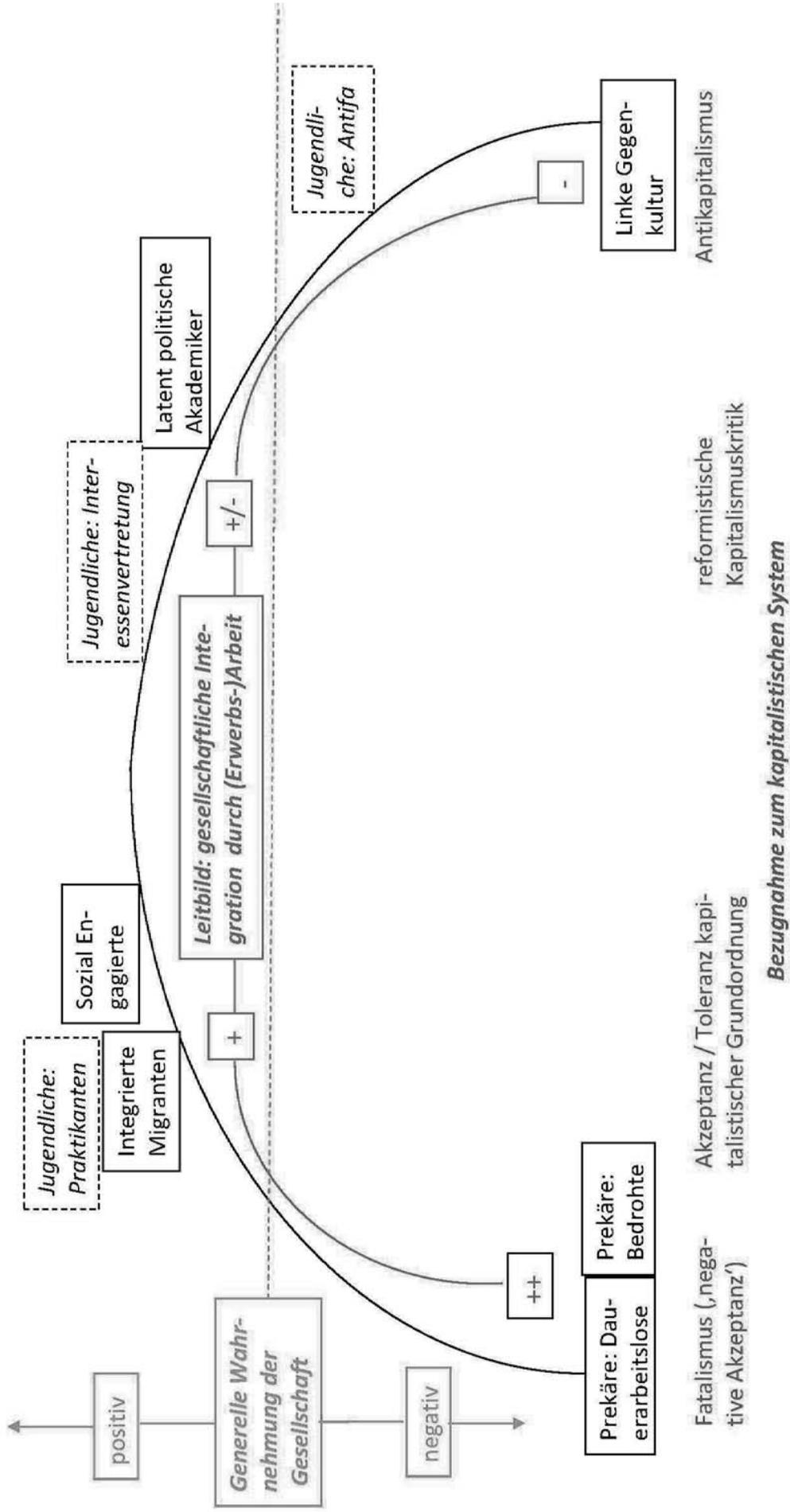
Im Hinblick auf die Wahrnehmung der Gesellschaftsordnung befinden sich auf der negativen Seite zum einen die „Prekären Dauerarbeitslosen“ bzw. die „von Arbeitslosigkeit Bedrohten“. Sie orientieren sich in sehr hohem Maße an dem *Leitbild der Integration in die Gesellschaft durch Erwerbsarbeit*. Durch die faktische oder drohende Prekarisierung wird dieses Leitbild zwar nicht brüchig, erzeugt aber eine Verunsicherung im Hinblick auf die Gesellschaftsordnung, die aufgrund der fundamentalen Ausgrenzung Arbeitsloser insgesamt negativ bewertet wird. Gegenüber dem kapitalistischen System haben die Dauerarbeitslosen einen ausgeprägten Fatalismus entwickelt. Während dieser Gruppe jede Gegenwehr abhanden gekommen ist; erscheint den akut von Arbeitslosigkeit Bedrohten immerhin noch politische Aktivität in Form von scheinbaren Verzweiflungstaten möglich, die, wie im Fall einer untersuchten Gruppe, entgegen den gängigen Erwartungen zum Erfolg führte. Zu fragen bleibt an dieser Stelle, ob es neuer Formen des Arbeitskampfes bedarf, die, wie im genannten Fall, einen emanzipatorischen Anspruch auf Erwerbsarbeit erheben.

Erwartungsgemäß beschreibt die „linke Gegenkultur“ (und mit Abstrichen auch die Gruppe „Jugend: Antifa“) die bestehende Gesellschaftsordnung sehr kritisch. Seien es die fehlenden Möglichkeiten für individuelle wie gesellschaftliche Alternativen oder die verharmlosende Reaktion der Gesellschaft und der Politik auf neonazistische Umtriebe: die Gesellschaft wird als statische und letztens Endes nicht im wirklichen Sinne demokratische Entität eingeschätzt. Dem gesellschaftlichen Leitbild der Integration durch Erwerbsarbeit können die Vertreter der „linken Gegenkultur“ wenig abgewinnen – es zählt nicht zu dem für die eigene Person gewählten Lebensentwurf. Es wird eine strikt antikapitalistische, auf Systemüberwindung orientierte Grundhaltung eingenommen, die mit der Solidarität mit den Ausgebeuteten ei-

nen indirekten Bezug auf Erwerbsarbeit nimmt. Für die eigene Person wird dagegen eher die Alternative in der Systemüberwindung gesehen, und es wird versucht, alternative Bezugnahmen auf das Erwerbssystem zu entwickeln.

Zusammenfassend lassen sich die eben dargestellten allgemeinen Befunde zu den drei Dimensionen Wahrnehmung der Gesellschaft, Bezugnahme zum Leitbild „gesellschaftliche Integration durch (Erwerbs-)Arbeit“ und Bezugnahme zum kapitalistischen System in Relation zu den Untersuchungsgruppen in folgendem Schema integrieren (wobei die Jugendlichen aufgrund ihrer biographischen Situation nur ‚vorläufig‘ verortbar scheinen):

„Regenbogenmodell“ von Einstellungen und Aktionsmustern linksaffiner Gruppen



Bezugnahme zum kapitalistischen System

Mit der Clusterung der Gruppen korrespondieren auch unterschiedliche grundlegende Auffassungen über den Staat respektive staatliches Handeln. Diese Auf-

fassungen reichen vom Etatismus bis hin Überzeugung, dass eine Veränderung des kapitalistischen Systems und seiner staatlichen Strukturen notwendig sei.

Leitprinzip	Charakterisierung	Gruppe
Etatismus	diffuse Orientierung auf eine paternalistische Gesellschaft, in der der Staat alles zum Guten regelt. Hier sind aber neue Formen von Eigeninitiative zu beobachten	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Prekäre: Dauerarbeitslose ▪ Prekäre: von Arbeitslosigkeit Bedrohte
Subsidiarität	Akzeptanz der bestehenden Gesellschaftsordnung, deren gesellschaftliche Defizite durch Eigeninitiative der Gesellschaftsmitglieder kompensiert werden müssen	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Soziale Engagierte ▪ Integrierte Migranten
Reform	zivilgesellschaftliche Suchbewegungen nach strukturellen Verbesserungen des Gesellschaftssystems auf Basis der bestehenden Grundordnung	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Latent politische Akademiker ▪ <i>Jugendliche: politische Praktikanten</i> ▪ <i>Jugendliche: Interessenvertretung ... Bildungssystem</i>
Systemveränderung	Abschaffung des Kapitalismus als Grundlage für eine „befreite“ Gesellschaft	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Linke Gegenkultur ▪ <i>Jugendliche: Antifa</i>

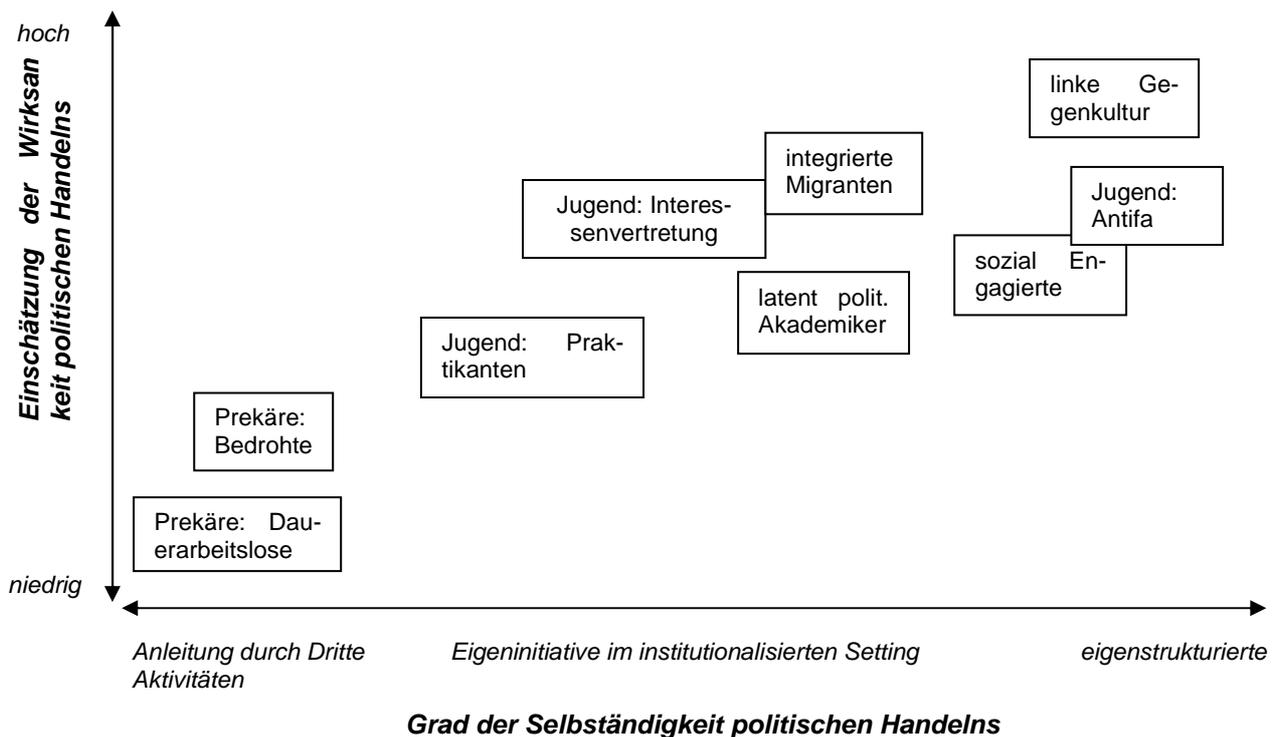
4.2.2 Politische Praxen: Selbstständigkeit politischen Handelns vor dem Hintergrund individueller Handlungsressourcen

Die neun unter 4.1 analysierten Gruppen unterscheiden sich deutlich im Hinblick auf die Art und Weise ihrer politischen Aktivität. Im Folgenden wird anhand charakteristischer Dimensionen ein systematischer Überblick über die Vielfältigkeit der politischen Praxen gegeben.

Die politischen Praxen der Gruppen weisen unterschiedliche Grade des selbständigen Handelns der Akteure auf. Während die beiden Gruppen „Prekäre“ (Dauerarbeitslose wie akut von Arbeitslosigkeit Bedrohte) die Verantwortlichkeit weitgehend auf staatliche bzw. öffentliche Instanzen delegieren und in ihrem Handeln letztlich

immer auf Anleitungen Dritter bezogen bleiben, setzen die Gruppen „linke Gegenkultur“, „Jugend: Antifa“ und „sozial Engagierte“ auf Eigeninitiative jenseits etablierter Strukturen bzw. schaffen eigene. Dazwischen stehen die Gruppen „Jugend: Interessenvertretung“, „Jugend: Praktikanten“, „latent politische Akademiker“ und „integrierte Migranten“, die im Rahmen von oder in Auseinandersetzung mit vorhandenen institutionellen Strukturen selbstständig handeln.

Analysiert man die Zusammenhänge zwischen der Dimension *Grad der Selbstständigkeit politischen Handelns* mit den beiden Polen *eigenstrukturierte politische Aktivitäten* und *Anleitung durch Dritte* einerseits und der *Einschätzung der Wirksamkeit des eigenen politischen Handelns* andererseits, so ergibt sich folgendes Bild:



Dass die etatistisch orientierten Gruppen, Prekäre Dauerarbeitslose und von Arbeitslosigkeit Bedrohte die Wirksamkeit ihres Handelns gering einschätzen, überrascht auf den ersten Blick nicht. Gleichwohl ist beachtenswert, dass eine Fallgruppe der akut von Arbeitslosigkeit Bedrohten – vor allem unterstützt durch gewerkschaftliche Akteure – der drohenden Entlassung bzw. Werkschließung Widerstand in Form einer Werksbesetzung entgegensetzten, obwohl wenig Aussicht auf Erfolg bestand. In diesem Fall handelt es sich aber keineswegs um einen für etatistisch Orientierte insgesamt generalisierbaren Befund. Entscheidend ist die sich bietende „Gelegenheitsstruktur“, angeleitet von gewerkschaftlichen Unterstützerguppen aktiv zu werden. Bei Prekären Dauerarbeitslosen dagegen dürfte die dauerhafte Integration in die Parallelwelt der Arbeitslosen eine Einschätzung allgemeiner Handlungs-ohnmacht bewirken.

Die Überzeugung, mit dem eigenen politischen Handeln tatsächlich etwas bewirken zu können, findet man vor allem in jenen Gruppen, die einen internen dauerhaften solidarischen Handlungszusammenhang bilden und ein hohes Maß an kollektiver Integration aufweisen. Insbesondere bei postmaterialistisch eingestellten Akteuren der „Linken Gegenkultur“ korreliert die

positive Selbsteinschätzung offensichtlich mit der subjektiven Abwertung von Erwerbsarbeit als zentrale Lebenssphäre zugunsten einer auf Gruppensolidarität beruhenden eigenständigen politischen und alltagskulturellen Praxis. Die selbst geschaffenen Strukturen erweisen sich als produktiv in Hinblick auf gemeinsame Strategiebildung und –umsetzung.

Bei jenen Gruppen, die sich eigenaktiv in institutionalisierten Settings bewegen wird die Wirksamkeit des eigenen politischen Handelns mittelhoch eingeschätzt. Ohne Erfolgsgewissheit vorauszusetzen, engagiert man sich in den institutionalisierten Zusammenhängen unter Anerkennung der dort herrschenden Spielregeln. Die hier zu verortenden Gruppen – angefangen von den Jugendlichen Praktikanten bis hin zu den integrierten Migranten – insistieren nicht auf der Veränderung dieser Strukturen. Insbesondere im Falle der Jugendlichen ist das institutionell stark eingebundene Wirken vor allem ein Sozialisationsprozess: es werden professionalisierte politische Praxen eingeübt und inkorporiert. Anders formuliert: die Gestaltungswirkung des politischen Handelns ist nicht von primärer Bedeutung. Das kontrastiert zur Gruppe der Sozial Engagierten, die genau aus diesem Grund für erforderlich erachtete eigene Strukturen schaffen. Gleichwohl

bleibt ihr Handeln letztlich aber komplementär auf institutionalisierte Strukturen bezogen.

Der Grad der Selbständigkeit politischen Handelns ist abhängig von den *Handlungsressourcen*, die potenziellen politischen Akteuren zur Verfügung stehen, insbesondere die kulturelle und soziale Kapitalausstattung.

Im Hinblick auf das kulturelle Kapital scheint zunächst höhere Bildung als zentrale befähigende Voraussetzung zu fungieren. Das höhere Bildungssystem wirkt nicht nur unmittelbar befähigend in dem Sinne, dass hier Kompetenzen zum eigenständigen Handeln ausgebildet werden, sondern es vermittelt damit korrespondierend auch individuelles Selbstbewusstsein, in öffentlichen Situationen seine Meinung zu äußern, gestaltend auf seine Umwelt einzuwirken und gesellschaftliche Zusammenhänge kritisch zu reflektieren. Darüber hinaus hat formalisiertes Bildungskapital (unmittelbar über den formalen Bildungsabschluss wie vermittelt über den auf dieser Grundlage gewählten Beruf) auch eine symbolische Dimension: Gebildeten wird Handlungskompetenz gesellschaftlich zugeschrieben. Auf dieser Grundlage werden beispielsweise beruflich integrierte Migranten von lokalen politischen Akteuren als Partner anerkannt, mit denen man (stellvertretend für alle Migranten) in Austausch über Belange der Personen mit Migrationshintergrund in der Gemeinde treten kann.

Darüber hinaus sind auch *spezifische* Formen kulturellen Kapitals von Bedeutung, d.h. auf gesellschaftliche Teilsegmente bezogene Wissensbestände (die meist selbsttätig jenseits des Bildungssystems in entsprechenden Milieus, Subkulturen oder gesellschaftlichen Teilsegmenten erworben werden) und darauf basierende Kompetenzen, die sich nicht unbedingt in Allgemeines, d.h. gesamtgesellschaftlich anerkanntes Kapital transformieren lassen. So verfügen die Angehörigen der „Linken Gegenkultur“ über ‚Spezialwissen‘, das sich auf die Subkulturen bezieht, in denen sie sich bewegen (etwa Wissen über dort dominante politische Teildiskurse jenseits des Mainstreams; eigenen szenespezifische

Verhaltenskodizes bis hin zu szene-eigener „Sprache“). Die Migranten verfügen über Sonderwissen nicht nur über ihre eigene Herkunftskultur, sondern beispielsweise auch über Spezifika anderer Migrantenkulturen, über konkrete Bedingungen der Lebenssituation von Migranten in Deutschland. Dies befähigt sie, innerhalb ihrer Gruppen kompetent zu agieren und versetzt sie in die Lage, die eigene Gruppe stellvertretend ‚nach außen‘ zu repräsentieren. Selbst bei inhaltlicher Ablehnung von ihnen vertretenen Positionen wird Trägern eines elaborierten spezifischen Kulturkapitals formale politische Kompetenz zugeschrieben.

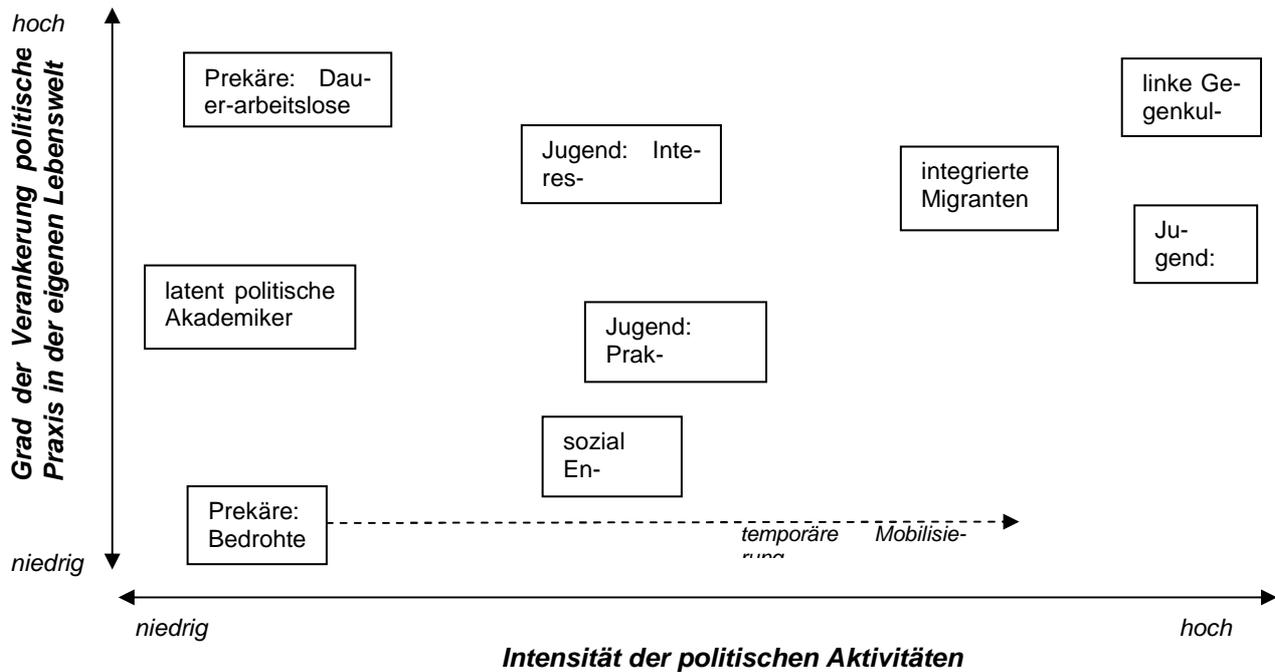
Im Hinblick auf das soziale Kapital – allgemein definiert als Kontakt mit bzw. Zugang zu Personen bzw. Sozialzusammenhängen, die zur Zielerreichung im Sinne handlungsbefähigender Ressourcen mobilisiert werden können – ist zu unterscheiden zwischen aufgrund der sozialen Zugehörigkeit (vermittelt vor allem über Beruf und sozialer Herkunft) innerhalb der Klassenstruktur ‚natürlich‘ vorhandenen Zugängen (lagespezifisches soziales Kapital) einerseits und dem Grad der Vernetztheit (Partizipation in unterschiedlichen „sozialen Kreisen“, Vereinigungen etc. – aktivitätsspezifisches soziales Kapital) andererseits. Insbesondere die eigenstrukturiert (in selbst geschaffenen Kontexten) und die in hohem Maße eigeninitiativ (in institutionalisierten Settings) politisch Aktiven verfügen über einen hohen sozialen Vernetzungsgrad (sei es lokal oder überregional). Insgesamt scheint soziale Vernetzung (sei es über Subkulturen oder Vereine) eine wichtige Bedingung für die politische Handlungsfähigkeit gerade auch in nicht institutionalisierten Settings zu sein. (Bei Jugendlichen sind proto-politische und politische Aktivitäten eine wichtige Grundlage dafür, solches aktivitätsspezifisches soziales Kapital auszubilden.)

Über das kulturelle und soziale Kapital hinaus spielt aber auch gesellschaftlicher Status *ex negativo* eine wichtige Rolle für die Handlungsbefähigung, wie man prototypisch an der Gruppe der Prekären Dauerarbeitslosen erkennen kann: Diese sind vermittelt über ihren negativen Erwerbsstatus gesellschaftlich insoweit marginalisiert, dass ihnen eine gleichberechtigte

Teilhabe an etablierten politischen Strukturen nicht mehr möglich scheint, weil sie soziale Ablehnung erfahren.

4.2.3 Politische Praxen: Intensität der politischen Aktivität und lebensweltliche Verankerung

Bei der Analyse der politischen Praxen ist weiterhin nach der Intensität der entsprechenden Aktivitäten zu fragen. Zugleich unterscheiden sich die Untersuchungsgruppen danach, wie stark diese Aktivitäten jeweils in der eigenen Lebenswelt verankert sind, d.h. welche Zentralität sie für die eigene alltägliche Lebensführung der Gruppenmitglieder besitzen. Insgesamt ergibt sich folgendes Bild:



Bei den Gruppen „linke Gegenkultur“ und „Jugend: Antifa“ bilden soziale Aktivitäten ein zentrales Strukturmoment, das umfassend im lebensweltlichen Kontext eingebettet ist. Diametral entgegengesetzt lassen sich die „Prekären: von Arbeitslosigkeit Bedrohten“ einordnen. Allerdings erfolgt hier eine temporäre, unmittelbar auf die Situation der Bedrohung des eigenen Arbeitsplatzes bezogene, politische Mobilisierung, aus der (von Dritten angeleitetes) eigenes politisches Protesthandeln erwächst, das einen (vorübergehenden) sozialen Zusammenhang in der unmittelbaren Aktion entstehen lässt. Diese vorübergehende Politisierung der unmittelbaren Lebenswelt ebbt aber mit Ende der Aktionen wieder ab. Bei Prekären Dauer-arbeitslosen ist die Verankerung in der eigenen Lebenswelt dagegen hoch, die Aktivitäten bleiben aber letztlich primär ‚selbstbezüglich‘ auf die Bewältigung der eigenen Situation bezogen; insofern ist die

Intensität des *politischen*, auf Andere bzw. auf gesellschaftliche Strukturen gerichteten Handelns als gering einzustufen. Bei latent politischen Akademikern ist der Lebensweltbezug der Auseinandersetzung mit politischen Themen hoch, mündet aber nicht in dezidiert politischem Handeln.

Wie für die Gruppen „linke Gegenkultur“ und „Jugend: Antifa“ lässt sich bei den „integrierten Migrant*innen“ eine Verankerung von politischer Praxis in der eigenen Lebenswelt ausmachen. Allerdings ist die Motivlage der Akteure eine ganz andere. Engagierte Migrant*innen setzen sich fast ausschließlich dafür ein, einen Zugang mit gleichen Rechten und Pflichten zur bestehenden Gesellschaft herzustellen. Zentrales Motiv ist also nicht das Streben nach gesellschaftlicher Veränderung, sondern nach Durchsetzung gleicher Lebenschancen für die eigene ethnische Gruppe vor dem Erfahrungshintergrund direkter oder indirekter Benachteiligung und Ausgren-

zung. In dieser Ausrichtung unterscheiden sich die „integrierten Migranten“ von den „Sozial Engagierten“, deren Motivation aus einer Haltung des „Eintretens für Benachteiligte“ gespeist wird.

4.2.4 Politische Praxen: Genderspezifika politischer Aktivität

Dass Frauen andere Vorstellungen von Politik als Männer haben, ist ein vielfach kolportiertes Klischee: häufig sind demnach politische Aktivitäten geschlechtsspezifisch konnotiert, haben Frauen ein anderes Verständnis von Politik hinsichtlich der Reichweite politischen Handelns, dem Führungsanspruch oder sind eher gemeinschaftlich denn konfrontativ orientiert etc. Hinter solchen Beschreibungen verbergen sich oft Zuschreibungsmuster, die abseits der strukturellen Analyse der auf Männer zugeschnittenen Bedingungen politischen Handelns Form und Ausmaß politischer/ sozialer Aktivitäten personalisieren. Die Geschlechterdimension wird so auf ein „Andersein“ reduziert.

In den meisten untersuchten Realgruppen sind Frauen insgesamt eher unterrepräsentiert. Dies ist lediglich in den Gruppen der Dauerarbeitslosen Prekären und der Sozial Engagierten anders. Hier sind Frauen in der Überzahl und übernehmen zum Teil auch die Wortführerschaft. Insofern ließe sich von einer relativ klassischen Verteilung sozialer bzw. politischer Aktivität ausgehen, nach dem Frauen auf der Grundlage sozialisatorisch erworbener Orientierungen vor allem in caritativer Absicht aktiv werden und einigen Wenigen hier auch den Sprung in leitende Funktionen gelingt. Zentrale Perspektive wäre dann die der Reparatur von sozialen Missständen: Frauen engagieren sich für andere und stellen die eigene Person zurück (Motiv der Aufopferung). Ähnlich agierten auch Frauen unter den Prekären Dauerarbeitslosen, die ihre Erfahrungen im Umgang mit Anträgen etc. an andere Betroffene weitergeben, ohne zu einer dezidiert politischen Aktivität zu finden.

Nun lässt sich schon allein aus der in den Gruppen der sozial Engagierten bestehenden Führungsposition die Allgemeingültigkeit der konservativ anmutenden

subsidiär verankerten Perspektive geschlechtsdeterminierter sozialer/politischer Aktivität bezweifeln: Die Inanspruchnahme auch von Führungspositionen weist darauf hin, dass von aufopfernder Unterwürfigkeit keine Rede sein kann. Und auch die im Zuge einer verstärkten Institutionalisierung zu beobachtende Besetzung von Funktionsstellen durch Frauen spricht gegen das Bild: unmittelbare Unterstützung sei ausschließlich eine Domäne des weiblichen Geschlechts.

Noch deutlicher wird die Unhaltbarkeit dieser Perspektive aber dadurch, dass die Frauen der linken Gegenkultur ein völlig anderes Politikverständnis wie auch grundsätzlich anders geartete Aktivitäten leben: Hier besteht ein explizit auf die eigene Person wie auf die Gesellschaft gerichteter Politikbegriff, der auf die eigene Positionierung im Rahmen gesellschaftlicher Transformation setzt, an der man sich selbstverständlich beteiligt. Frauen definieren sich damit als politische Personen und leiten daraus eine gleichberechtigte Partizipation ab. Das beinhaltet die Perspektive auf sich selbst als Individuum, schließt aber auch über die zu transformierenden gesellschaftlichen Gruppen, häufig die eigene Genusgruppe ein.

Jugendliche mit hoher Bildungsaffinität scheinen relativ immun gegenüber benachteiligenden Strukturen zu sein: in allen Gruppen sind Frauen selbstverständlicher Teil des politischen Zusammenhangs, auch wenn an dieser Stelle keine genaueren Aussagen darüber möglich sind, ob sich Gleichstellung in den jeweiligen Bereichen strukturell durchgesetzt hat. Ähnliches gilt für die akademischen Gruppen – hier hat sich der Gedanke der Gleichberechtigung auch in politischer Arbeit vermutlich am weitesten durchgesetzt. Die in den migrantischen Untersuchungsgruppen angetroffene Perspektive auf Gleichberechtigung ähnelt der der akademischen Genusgruppen: Frauen werden ernst genommen, besetzen auch Führungspositionen, wenn auch die relative Ferne zur nicht migrantenbezogenen Politik keinen umfassenden Aufschluss über geschlechteregalitäre Zugänge zum politischen Handeln bietet.

4.2.5 Zur Entstehung politischer Aktivität

Die Angaben der Befragten innerhalb des Samples zur Motivation ihres Engagements weisen eine große Bandbreite auf: für „eine gerechtere Gesellschaft“; für „eine vom Kapitalismus befreite Gesellschaft“; für eine ökologisch intakte und sozial gerechte Welt; um sozial Benachteiligten zu helfen; um Erfahrungen zu sammeln; um sich auf dem Arbeitsmarkt orientieren zu können und für diesen fit zu machen; um seine Freizeit sinnvoll zu gestalten; um noch nützlich sein zu können; oder um aus der Isolation der Arbeitslosigkeit heraus zu kommen. Zusammenfassend lässt sich hier ein Spektrum politischer Handlungsmotivationen aufzeigen, das von der Ambition einer Gesellschaftsveränderung über politische Gesellschaftsgestaltung und eine soziale Orientierung des „Helfens“ bis hin zu individuell nutzenmaximierenden Zielen reicht.

Innerhalb dieser Bandbreite können zwei Typen der Genese von politischem Engagement ausgewiesen werden. Einerseits wird die eigene Aktivität mit einer über die Eltern vermittelten Erfahrung des Engagements begründet, zum anderen über die Kritik an gesellschaftlichen bzw. politischen Verhältnissen. Dies korrespondiert mit zwei Grundperspektiven der Partizipationsforschung: Die ‚Sozialisationshypothese‘ geht von der grundlegenden Prägung politischer Einstellungen und Verhaltensweisen in der Primärsozialisation aus; die ‚Situationshypothese‘ fokussiert auf die Ausbildung bzw. die Veränderung grundlegender politischer Orientierungen durch situative Einflüsse.

Werden die Eintrittsmodi der Befragten zu politischem bzw. sozialem Engagement genauer betrachtet, lassen sich analytisch fünf Typen des Zugangs unterscheiden: thematisch, moralisch, vererbt, gemeinschaftlich, nutzenorientiert.

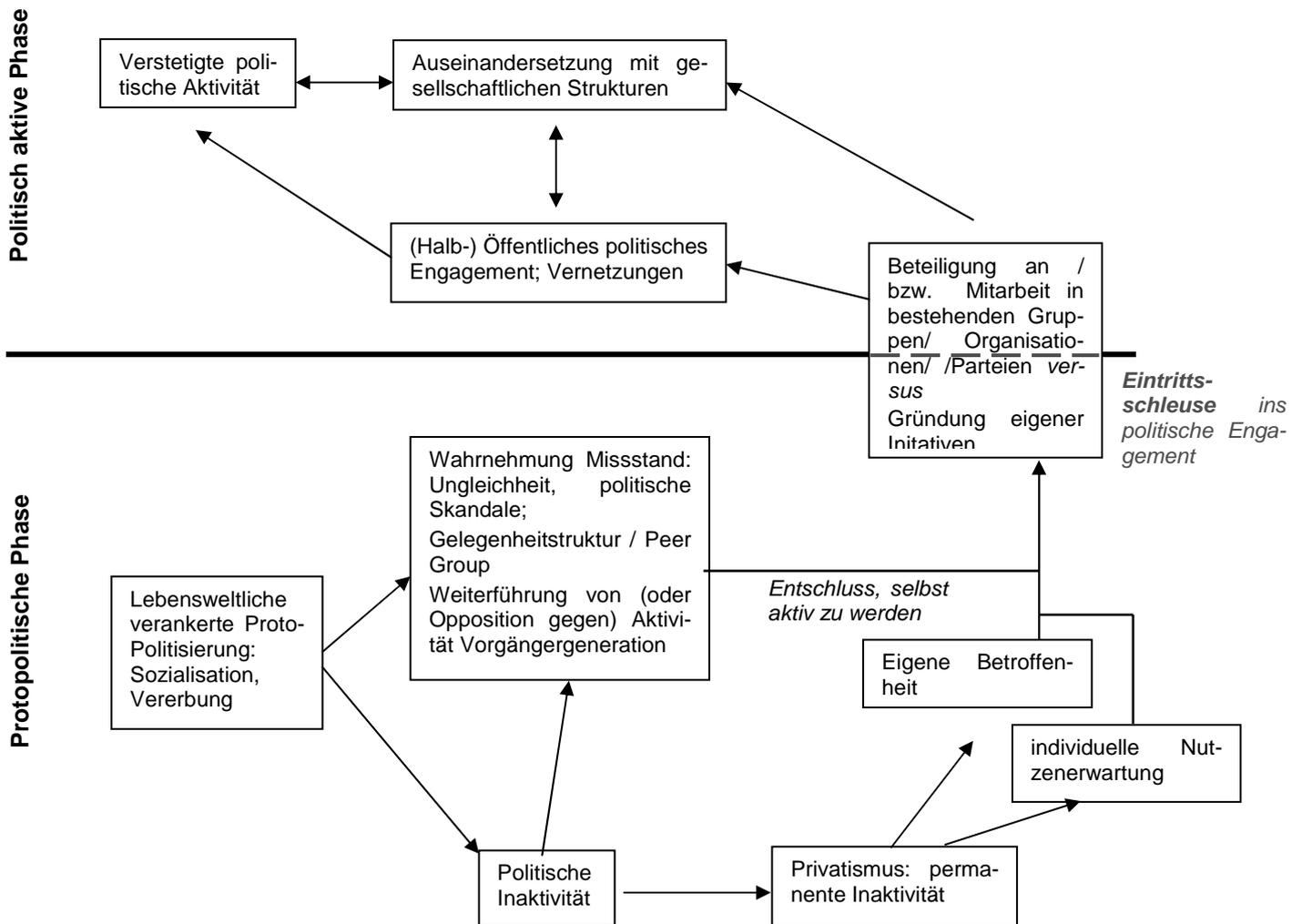
- 1) Im Typus „thematischer Zugang“ ist der Ausgangspunkt für politische Aktivität die (zunächst kognitive) Auseinandersetzung mit einem als relevant erachteten Thema. Die Aktivität wird auf ein konkretes Ziel hin orientiert.

- 2) Im Typus „moralischer Zugang“ ist der Ausgangspunkt, direkt oder indirekt Formen der sozialer Ungerechtigkeit oder Ausgrenzung wahrzunehmen und als veränderungswürdig zu interpretieren (sei es als selbst davon Betroffener oder als nicht Betroffener). Unmittelbarer Auslöser des thematisch begründeten Engagements ist moralische Empörung.
- 3) Im Typus „vererbter Zugang“ ist sozialisatorische „Engagementvererbung“ der Ausgangspunkt für eigene Aktivitäten. Das Eintrittstor zu politischer Aktivität ist die positive Bewertung von Engagement. Die sozialisatorische Aktivierung ist hier der thematischen vorgelagert.
- 4) Im Typus „gemeinschaftlicher Zugang“ ist entweder die gemeinsame Alltagspraxis in einer Peer-Group die Grundlage für (gemeinsame) politische Aktivität, die anschließend in Auseinandersetzung mit meist lebensweltlich unmittelbar relevanten Themen entsteht, oder die Gesellung zu einer Gruppe bereits Aktiver mit der primären Motivation, sich der Gruppe anschließen zu wollen. Im Unterschied zum ersten Typus ist das Thema des Engagements im vierten Typus nicht schon Voraussetzung und Anlass des Engagements.
- 5) Im Typus „individuelles Nutzenkalkül“ ist die politische Aktivität Mittel zum Zweck. Das latent vorhandene politische Interesse führt zum Engagement, wenn sich daraus ein Vorteil für die eigene soziale Position ergibt bzw. wenn dadurch eine lebensbiografische „Leerstelle“ überbrückt werden kann.

Auch in den Typen 1, 2 und 4 ist eine in der Primärsozialisation vermittelte Sensibilität für politische Fragen eine wichtige Grundlage für den Entschluss zu politischer Aktivität.

Der konkrete Eintritt in das politische Engagement kann durch Beteiligung in institutionalisierten Strukturen, durch Zugehörigkeit zu einer politisierten Subkultur oder durch Assoziation mit Anderen erfolgen.

Schematisch ergibt sich folgendes allgemeines Prozessmodell der Politisierung:

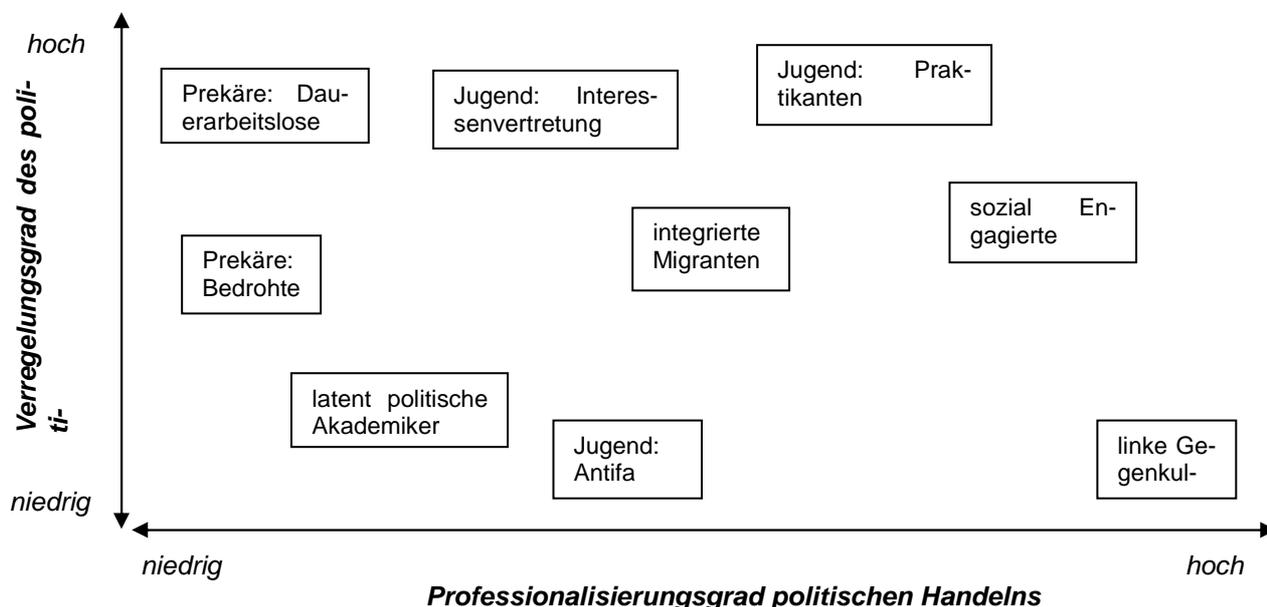


4.2.6 Professionalisierung politischen Handelns in differenz strukturierten Handlungsfeldern

Politisches Handeln findet unter je spezifischen Bedingungen des konkreten Handlungsfeldes statt. Hier etablieren sich Netzwerke, Routinen, Machtpositionen bis hin zu institutionalisierten Strukturen, die die Möglichkeiten des Handelns beeinflus-

sen. Mit den jeweiligen Gegebenheiten umzugehen, ist unter anderem ein Aspekt von Professionalisierung im Sinne einer Verstetigung politischen Handelns, des Ausbildens geeigneter Handlungsformen und damit der Etablierung als Experte in einem politischen Handlungsfeld jenseits rein kognitiver Wissensbestände. Erst dadurch erhält Politische Praxis eine wirkliche gesellschaftliche Relevanz.

Die Verortung der Untersuchungsgruppen nach Professionalisierungsgrad des politischen Handelns und Verregelungsgrad des politischen Handlungsfeldes ergibt folgendes Bild:



In Bezug auf die untersuchten Gruppen weisen die Prekären einen niedrigen Professionalisierungsgrad auf: Prekäre Arbeitslose bedürfen eines organisatorischen Daches, um stetige Arbeit leisten zu können; sich selbst diese Struktur zu geben, übersteigt die eigenen Handlungsressourcen. Die Aktivitäten sind fremdinitiiert und entsprechend werden Strukturen der initiiierenden Institution wirkmächtig: es sind nur bestimmte Handlungen zu bestimmten Zeiten denkbar. Ähnlich verhält es sich bei den akut von Arbeitslosigkeit bedrohten Prekären, die zunächst innerhalb der betrieblichen Herrschaftsstrukturen auf etablierte gewerkschaftliche Vertretung setzen, bevor sie sich zur Durchsetzung ihrer Interessen temporär zu eigenem politischem Engagement entschließen. Die hohe Bedeutung der Delegation von politischer Handlungsmacht scheint als Rückseite der Medaille zu einer relativen Entpolitisierung zu führen.

Die latent politischen Akademiker bewegen sich in eher festen und bekannten Bahnen im mittleren Bereich von verregelten und freien Strukturen. Die diskursive Aushandlung ist orientierender Bezugspunkt, der – unter Beachtung bestehender Strukturen – auch politische Lösungen

jenseits formalisierter Wege zulässt. Ein zu hoher Grad der Professionalisierung wird vermieden, da darin eine unerwünschte Festlegung gesehen wird.

Jugendliche in Bildungseinrichtungen wie auch jugendliche Politische Praktikanten bewegen sich in vorgezeichneten und etablierten Strukturen, im Falle der Schüler in klar hierarchisch organisierten Institutionen. In der Auseinandersetzung mit unmittelbaren Problemen erreichen sie relativ schnell – nicht zuletzt vor dem Hintergrund des eigenen Bildungs- und Sozialkapitals – einen mittleren Professionalisierungsgrad, allerdings sind weitere Schritte im gegebenen Handlungskontext kaum möglich. Demgegenüber haben die Politischen Praktikanten den Vorteil, als formale Mitglieder politischer Organisationen an strukturellen Entscheidungen besser beteiligt zu werden. Auf diese Weise stellen sich Erfolgserlebnisse ein, die ein stetiges Engagement befördern, worunter auch ‚Politik als Profession‘ zu verstehen ist.

Hinsichtlich des Professionalisierungsgrades ist für die Jugendlichen Antifas kennzeichnend, dass sie sich in bundesweit vernetzten, aber regional etablierten Eigenstrukturen bewegen, die ein erhebli-

ches dynamisches Potenzial besitzen. Insbesondere im Umfeld spezifischer Jugendprogramme kommt es zu temporären Kooperationen mit Akteuren aus anderen politischen Zusammenhängen, die aber partikular bleiben. Antifaschistisches Engagement ist ein ausgewiesenes Einfallstor für Politisierung; die befragten Gruppen beharren dabei aber auf einen eigenen Weg innerhalb der selbst gewählten Strukturen, um sich nicht vereinnahmen zu lassen bzw. die eigene Identität zu verlieren.

Integrierte Migranten nutzen vorhandene Strukturen, um die eigenen Gruppeninteressen zu artikulieren und durchzusetzen. Institutionalisierte Strukturen werden ebenso in Anspruch genommen wie versucht wird, eigene Strukturen zu schaffen, wo andere fehlen oder für die Interessendurchsetzung nicht hinreichend sind. Sie sind an professionalisierten Strukturen insofern interessiert, als diese zur Kanalisierung von Interessenkonflikten beitragen und die eigenen Ziele dauerhaft verankern. Über die auf Konfliktvermeidung ausgerichtete Interessenauseinandersetzung erreichen die Migranten teilweise einen hohen Professionalisierungsgrad.

Sozial Engagierte sind bereit, auch innerhalb bestehender Strukturen zu wirken und deren Rationalitäten anzuerkennen. Sie nehmen sich hier zurück, um Ziele für

4.3 Bezüge zur Sekundärliteratur

Nachfolgend werden zur Kontextuierung der Ergebnisse der qualitativen Erhebung aktuelle Befunde aus der Sekundärliteratur, zum Teil ergänzt durch Umfragedaten des ALLBUS (Allgemeine Bevölkerungsumfrage Sozialwissenschaften), zu den Themenbereichen gesellschaftliche bzw. politische Orientierungen (4.3.2.1) und politische Partizipation und Praxis (4.3.2.2) referiert.

4.3.1 Gesellschaftsbezogene Grundorientierungen

In Abschnitt 4.2.1 wurden unterschiedliche gesellschaftsbezogene Leitbilder der im Sample befindlichen Gruppen herausgearbeitet. Solche Leitbilder basieren auf Grundüberzeugungen (Wertorientierungen), die relativ stabil, aber im Zuge ge-

andere zu erreichen, bauen aber unter Umständen parallel dazu eigene, professionalisierte Strukturen (z.B. Vereine, Stiftungen) auf, um die eigene Bewegungsfreiheit wie auch die inhaltliche Ausrichtung stärker bestimmen zu können. Dieses Ziel verwirklicht die Gruppe Linke Gegenkultur soweit möglich durch die Distanzierung insbesondere von staatlichen bzw. öffentlich-rechtlichen Instanzen, auf die allenfalls als Finanzierungsquelle für Eigenaktivitäten zurückgegriffen wird. In diesen Aktivitäten entwickeln sie mit der Zeit eine hohe Professionalität, der es letztlich darum geht, sich ein selbstbestimmtes und politisches Leben zu ermöglichen und auf dieser Grundlage Gesellschaft zu transformieren.

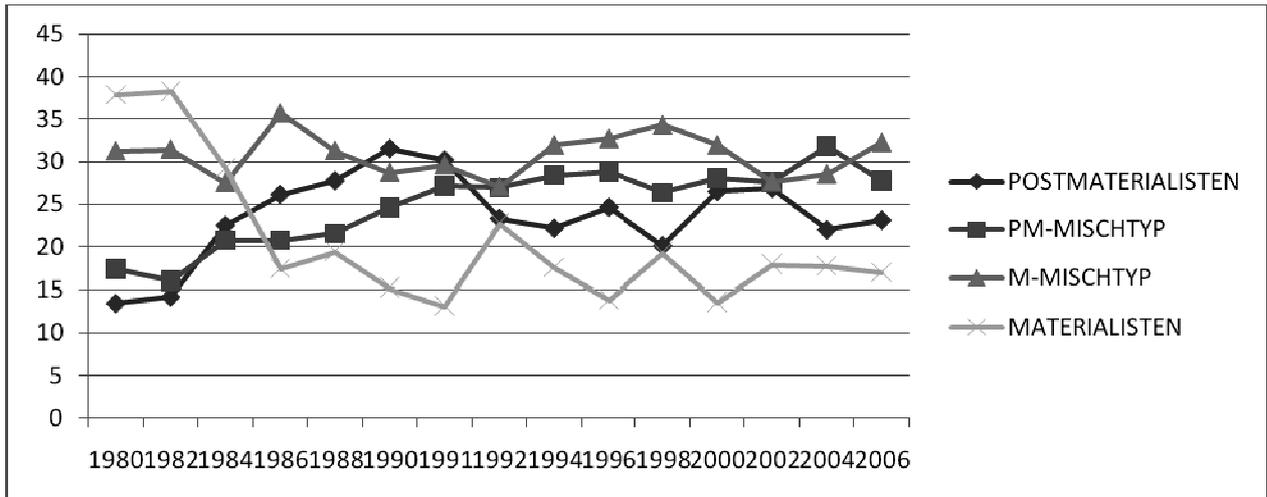
Außerhalb etablierter politischer Strukturen scheint Professionalisierung geradezu eine *conditio sine qua non* politischer Handlungsfähigkeit zu sein. Etablierte Strukturen selbst können dann unterstützend im Hinblick auf den Aufbau eigener politischer Kompetenz und Professionalität sein, sie können aber ebenso hemmenden Einfluss haben. Sich Letzterem zu entziehen und auf eigene politische Interessen und Kompetenz zu bauen, scheint gleichermaßen abhängig vom Bildungs- wie vom Sozialkapital zu sein.

gesellschaftlicher Veränderungen – etwa Binnendifferenzierungen der Milieustruktur bzw. Prozesse der Prekarisierung – durchaus wandelbar sind. In der politischen Umfrageforschung werden solche Wertorientierungen mit Konstrukten wie der Materialismus/ Postmaterialismus-Skala erfasst.

In Anschluss an Inglehart wird vielfach in den letzten 30 Jahren ein Wertewandel von materialistischen Disziplin- und Akzeptanzwerten hin zu postmaterialistischen Selbstverwirklichungs- und Selbstentfaltungswerten behauptet. Gerade jüngere Untersuchungen deuten allerdings auf einen „Wandel des Wertewandels“ (Hradil 2002) hin. Die in den letzten Dekaden eher sinkenden materialistischen Wertorientierungen haben sich in den letzten Jahren auf einem Niveau über 15 % in der westdeutschen Bevölkerung stabilisiert, postmaterialistische Werte sind nach ihrer kontinuierlichen Zunahme bis 1990 insgesamt

eher gesunken, liegen aber immer noch ca. zehn Prozentpunkte über den reinen materialistischen Orientierungen. Erst der Blick auf die Mischtypen zeigt, wie differenziert und teilweise diffus die Wertausprägung der Bevölkerung tatsächlich ist. Innerhalb der westdeutschen Bevölkerung gewinnt der M-Mischtyp (materialistische Grundorientierung mit postmaterialistischen Anteilen) an Bedeutung hinzu; während der PM-Mischtyp (postmaterialisti-

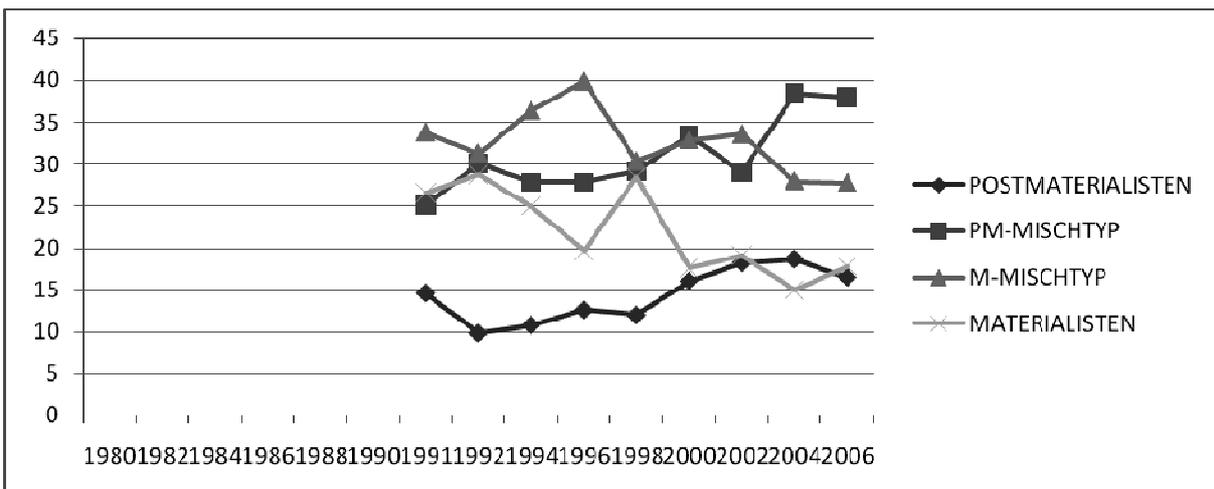
sche Grundorientierung mit materialistischen Anteilen) deutliche Einbußen erfährt. Somit kann weder eine Orientierung auf die „Extrem“-Positionen belegt werden, noch zeigt sich eine durchschlagende Orientierung an den mittleren Typen (siehe Grafik)



Wertorientierungen der westdeutschen Bevölkerung (Quelle: Allbus akkumuliert 1980-2006, eigene Berechnungen)

Nach wie vor anders gelagert ist die Werteorientierung in Ostdeutschland:

Wertorientierungen der ostdeutschen Bevölkerung (Quelle: Allbus akkumuliert 1980-2006, eigene Berechnungen)



Zu erkennen ist aktuell eine Abnahme postmaterialistischer Werte, eine (nach zuvor gegenläufiger Entwicklung) relative Stabilität der beiden Mischformen auf dem Niveau von 2004 sowie ein Anstieg der

Materialisten. An dieser Stelle ist von einer Verschiebung von M-Mischtyp zum PM-Mischtyp auszugehen. Materialisten können als einzige Wertegruppe einen Zuwachs verzeichnen, allerdings können die

Bedeutungsverluste der vorhergehenden Jahre noch nicht kompensiert werden. Insofern reproduziert sich in Ostdeutschland, lässt man die Verschiebung vom M zum PM-Mischtypus einmal außer Acht, die Situation Anfang des Millenniums.

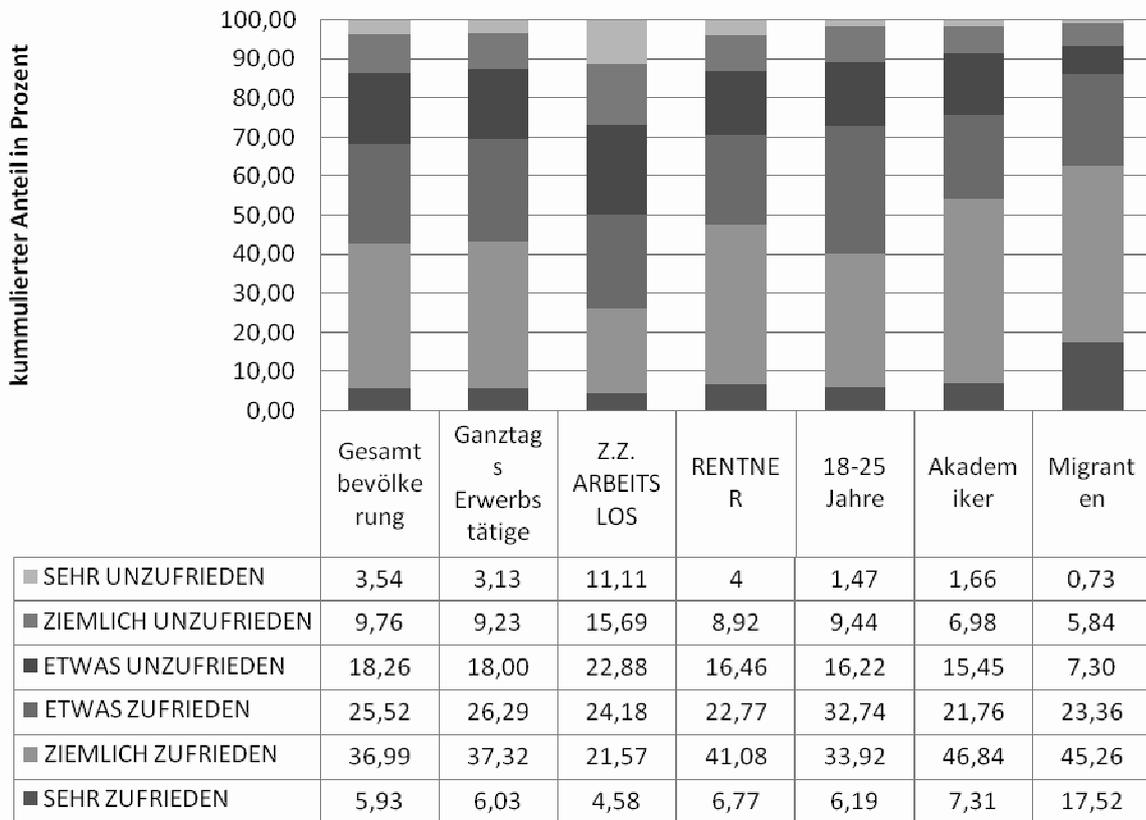
Ein „Wandel des Wertewandels“ ist bei der als Seismograph gesellschaftlicher Veränderungen besonders interessierenden Jugendgeneration erkennbar. Laut Gensicke (2006) sind hier traditionelle Werte (wieder) hoch angesehen, d.h. Freundschaft, Partnerschaft, Familie und das Streben nach Selbstkontrolle, Sicherheit und Fleiß stehen neben Wünschen nach Selbstentfaltung, Unabhängigkeit, Ausleben eigener Gefühle und Kreativität. Auch das freiwillige gesellschaftliche Engagement ist für Jugendliche eine biografisch wichtige Option. Ostdeutsche Jugendliche sind weithin glaubens- und religionsfern, und auch über 70% der westdeutschen Jugendlichen erkennen im Glauben an einen persönlichen Gott keine relevante Sinnorientierung.

Als Fazit in Hinblick auf den Wertewandel ist zu konstatieren, dass die Blütezeit post-materialistischer Werte der 1980er Jahre in Westdeutschland vorbei ist. Im Rahmen der vorliegenden Studie stehen allerdings Trendaussagen zu einem allgemeinen Wertewandel weniger im Vordergrund. Vielmehr interessiert, welche entsprechenden empirischen Befunde es in bezug auf die Wahrnehmung und Bewertung von gesellschafts-politischen Problemen und

Themen gibt. Im Folgenden werden daher zentrale Ergebnisse zu politischen Werthaltungen dargestellt.

Ein wichtiger Indikator, an dem sich die politischen Werthaltungen in der Bevölkerung messen lassen, ist die *Zufriedenheit mit der Demokratie*. Grundsätzlich wird Demokratie sowohl in Ost als auch in West positiv bewertet. Das Ausmaß der Unterstützung fällt allerdings im Osten deutlich geringer aus und ist seit der Vereinigung tendenziell eher rückläufig (s. Völkl, 2005: 279 ff.). Die Einstellungen der Bürger in bezug auf das gültige Demokratiemodell haben sich zwischen 1994 und 2002 in Ostdeutschland als instabil herausgestellt. In den Neuen Bundesländern ist die Unterstützung für ein demokratisches Herrschaftsmodell stärker leistungsorientiert. In den alten Bundesländern wird die Demokratie an und für sich eher unterstützt. Der praktizierten Form der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland stehen die Ostdeutschen kritischer gegenüber als die Westdeutschen. Hinsichtlich der allgemeinen Einstellung gegenüber der Demokratienorm existieren neben dem Ost-West-Unterschied noch weitere Scheidungslinien. Im Hinblick auf den der vorliegenden Studie zugrundeliegenden Milieufokus interessiert natürlich die Zufriedenheitsausprägung anhand der sozialstrukturellen Position der Befragten. Einen Überblick gibt die folgende Darstellung:

Zufriedenheit mit Demokratie



(Quelle: Allbus 2002, eigene Berechnungen)

Ganz offensichtlich sinkt mit prekärer sozialer Lage der Befragten die Zustimmung zur Demokratie. D.h. die demokratische Grundeinstellung ist von der Position im System der Erwerbsarbeit abhängig: Arbeitslose und Rentner sind unzufriedener als Erwerbstätige. In diesem empirischen Befund spiegelt sich die nach wie vor hohe Bedeutung, die der Erwerbsarbeit als Modus der gesellschaftlichen Integration hat.

Akademiker wiederum sind zufriedener als der Durchschnitt der Erwerbstätigen, was auf eine bessere ökonomische und soziale Systemintegration der Hochgebildeten verweist. In die gleiche Richtung lassen sich empirische Erhebungen zu Jugendlichen interpretieren. Wie Pfaff (2006) zeigt, korreliert die Demokratiezufriedenheit klar mit der individuellen sozialen Lage: Arbeitslose und ländliche Jugendliche sind überproportional unzufrieden, Jugendliche mit positiven Zukunftserwartungen (insbesondere hinsichtlich der allgemeinen und beruflichen Bildung) überdurchschnittlich zufrieden.

Unsere eigenen Befunde im Rahmen der qualitativen Erhebung bestätigen die vergleichsweise nur gering ausgeprägte Zufriedenheit mit Demokratie bei den Arbeitslosen (s.o. 4.2.1) und können diese Auffälligkeit sogar präzisieren: Die relative Demokratieskepsis ist die Kehrseite der bei dieser Gruppe feststellbaren Affinität zu einem paternalistischen Gesellschaftsmodell. Weiter zu untersuchen wäre in diesem Zusammenhang, ob die eher gering ausgeprägte Demokratiezufriedenheit Ausdruck einer generell negativen Sicht dieser benachteiligten sozialen Gruppe auf die Gesellschaft ist, die als zentral für diese Gruppe herausgearbeitet wurde.

Neben der Einstellung zur Demokratie gibt auch die politische Selbstverortung innerhalb des Links-Rechts-Schemas Aufschluss über das politische Klima in der Gesellschaft. Wie die folgende Übersicht zeigt, ist im Erhebungszeitraum 1990 bis 2006 die Zuordnung zu (eher) linken Positionen (1-3) in der Bevölkerung stärker als zu den (eher) rechten. Zu Beginn der Regierungszeit von Rot-Grün 2000 bzw. 2002 betrug der Anteil sogar 20,9 bzw. 21,9%, bevor 2004 – offensichtlich aus

Enttäuschung über die Regierungspolitik – ein Rückgang auf 17,4% einsetzte. 2006

stieg die Attraktivität linker Positionen auf 19,8% an.

Selbstverortung Links-Rechts-Schema 1990–2006 (Allbus akkumuliert 1980-2006, eig. Berechnungen)

	1990	1991	1992	1994	1996	1998	2000	2002	2004	2006
Links	1,9%	2,2%	2,6%	2,2%	2,2%	1,5%	2,1%	3,3%	1,4%	2,1%
2	3,1%	4,5%	3,8%	4,0%	4,1%	3,7%	4,5%	4,8%	3,3%	4,0%
3	12,9%	12,8%	12,6%	11,6%	11,3%	12,3%	14,3%	13,8%	12,7%	13,7%
4	13,4%	13,2%	12,2%	14,1%	12,1%	17,2%	14,5%	13,6%	12,9%	12,7%
5	19,0%	25,9%	24,5%	33,6%	28,6%	31,3%	30,7%	27,5%	28,0%	27,7%
6	24,1%	21,4%	22,6%	19,7%	22,7%	17,6%	15,7%	17,5%	21,8%	20,0%
7	11,4%	8,8%	10,4%	7,0%	9,6%	9,3%	9,8%	10,8%	10,7%	9,9%
8	8,4%	6,6%	6,4%	5,5%	5,9%	4,7%	6,0%	5,4%	6,6%	6,9%
9	3,3%	2,3%	2,8%	1,2%	1,7%	1,7%	1,1%	2,0%	1,1%	1,8%
Rechts	2,5%	2,5%	2,1%	1,2%	1,9%	0,8%	1,2%	1,3%	1,5%	1,2%

(Quelle: Allbus 2006; eigene Berechnungen)

Die Tatsache, dass sich in den letzten Jahren (bis auf die erwähnten Ausnahmen) relativ konstant ein Fünftel der Befragten im Spektrum „links bis eher links“ verortet, lässt darauf schließen, dass es in der Bevölkerung eine relativ hohe Zustimmungsbereitschaft für linke Ideen gibt.

Diese Einschätzung findet ihre Bestätigung in den Befragungen zum Item: „Der Sozialismus ist im Grunde eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde“. Dem stimmt seit 1990 jeweils eine Mehrheit von ca. 55% zu, wobei die explizit Zustimmen-

Wir haben hier einen Maßstab, der von links nach rechts verläuft. Wenn Sie an ihre eigenen politischen Ansichten denken, wo würden Sie diese Ansichten auf dieser Skala einstufen?				Statement: Der Sozialismus ist im Grunde eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde.			
	gesamt	West	Ost		gesamt	West	Ost
(Eher) links	19,8	17,6	24,3	Stimme voll zu	22,9	18,4	40,6
Links von Mitte	39,0	37,2	46,6	Stimme eher zu	29,6	28,7	33,3
Rechts von Mitte	31,3	33,0	24,0	Stimme eher nicht zu	24,9	26,7	17,6
(Eher) rechts	11,0	12,3	5,2	Stimme überhaupt nicht zu	22,6	26,2	8,5

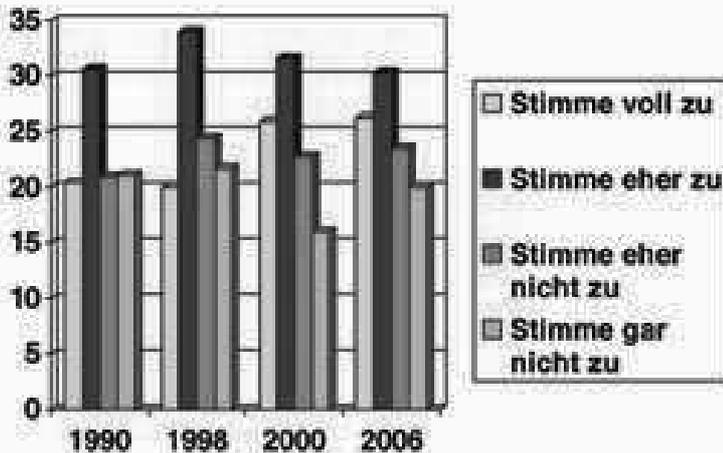
den noch zunehmen.

Werden die Befragungsergebnisse zu beiden Items von 2006 verglichen, wird noch einmal das links-affine Potential in

den, welchen Stellenwert die als typisch links geltenden Wertorientierungen für die Befragten überhaupt haben. Die Orientierung an *abstrakten* Grundwerten scheint an Relevanz zu verlieren. Bei den befragten Gruppen wurde die jeweils vertretene politische Position überwiegend nicht explizit und vorzugsweise an den „großen Wertideen“ festgemacht. Vielmehr wurden solche gesellschaftlichen Probleme benannt, die oft im eigenen lebensweltlichen Kontext rück- und eingebunden sind. Dies weist darauf hin, dass die Bezugnahme auf Gesellschaft als abstraktes Ganzes insgesamt geringer und konkret-kontextbezogene Zugänge wichtiger werden.

Dass (auch im Bevölkerungsmaßstab) der Blick auf die als gesellschaftlich relevant erachteten Handlungsbedarf durch die Brille der eigenen alltagsweltlichen Probleme erfolgt, wird anhand von Daten aus der Shell-Jugendstudie 2006 ersichtlich:

Der Sozialismus ist im Prinzip eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde

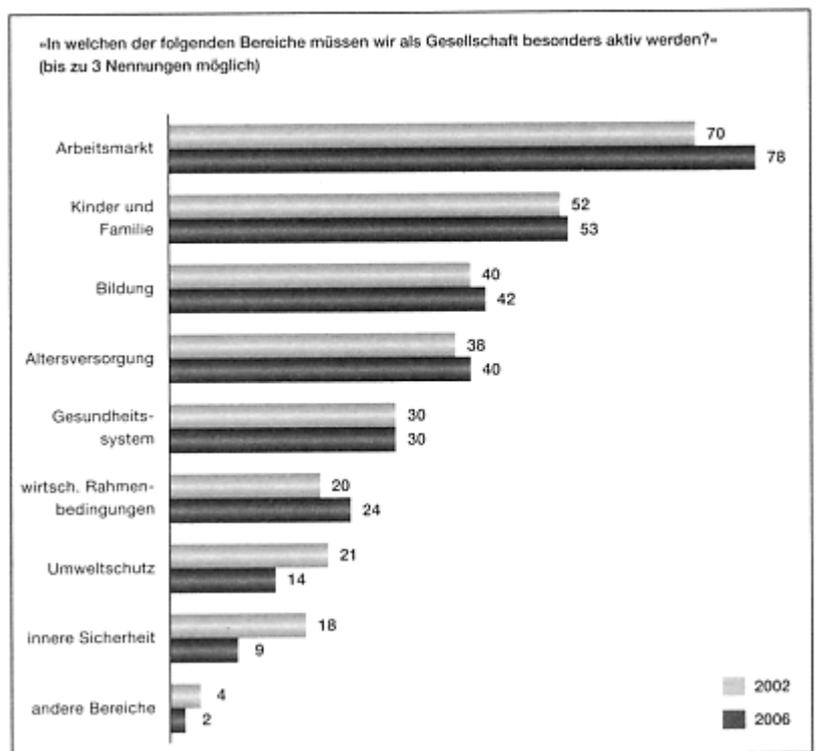


der Bevölkerung offensichtlich:

Allerdings geht aus diesen repräsentativen Befragungen nicht hervor, mit welchen Bedeutungen die linke politische Verortung sowie die Präferenz für „Sozialismus“ von den Befragten tatsächlich belegt werden und welche Relevanz sie diesen Bedeutungen beimessen. Ausgehend von den Überlegungen von Brie und Spehr (2006: 3) zur linken Bewegung lässt sich annehmen, dass es „verschiedene Positionen [gibt], die man mehr oder minder als links bezeichnen kann. Diese Positionen reichen von „sozialer Gestaltung, Demokratisierung und Offenheit“ (ebd.) über Wertvorstellungen wie „Soziale Gerechtigkeit“, „Freiheit von sozialer Not“ und „Gerechtigkeit“ bis hin zu der auf Karl Marx zurückgehenden Überzeugung, dass der gesellschaftliche Status Quo verändert werden kann, insbesondere die kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnisse.

Angesichts der Vielzahl und Vielfältigkeit der existierenden Deutungsmöglichkeiten war es uns bei der qualitativen Erhebung wichtig zu ergrün-

Abb. 3.12 Gewünschte gesellschaftspolitische Handlungsfelder Jugendliche im Alter von 15 bis 25 Jahren (in %)



Shell Jugendstudie 2006 – TNS Infratest Sozialforschung

(Quelle: Schneekloth 2006: 167)

Der Arbeitsmarkt ist für Jugendliche der Bereich mit der höchsten Priorität, wenn es um Handlungsfelder gesellschaftspolitischer Aktivität geht, weit danach gefolgt von Kinder/Familie, Bildung, Altersversorgung. Deutlich geringer fallen die Gesundheitsreform, Verbesserungen wirtschaftlicher Rahmenbedingungen etc. ins Gewicht. Postmaterialistisch konnotierte Handlungsfelder wie Umweltschutz sind ebenso wenig von Interesse wie die innere Sicherheit. Bezüglich der Europäisierung von Politik und der allgegenwärtigen Globalisierung zeigen die Jugendlichen nüchterne bis skeptische Auffassungen, auch wenn sie nicht direkt Betroffene sind.

Hinsichtlich politischer Grundorientierungen lässt sich insgesamt ein Bild virulenter politischer Konjunkturen zeichnen, in denen manifeste Orientierungen auf tagespolitische Aktualität treffen und die politischen Einschätzungen der Menschen vor dem Hintergrund ihrer eigenen gesellschaftlichen Lage zu Tage fördern. Dabei sind die politisch mündigen Bürger skeptisch gegenüber dem Versprechen auf Chancen und taxieren die Risiken für ihre soziale Lage genau. Sie sind durchaus in eigenem Interesse, aber in gemeinschaftlicher Orientierung zur Gesellschaft zu stellen, entspricht dem politischen Verständnis von der Teilhabe am demokratischen Prozess als Organisation der Gesellschaft. Dazu gehört auch ganz selbstverständlich die Freiheit, sich nicht zu betätigen.

4.3.2 Politische Praxen: Formen der politischen Einflussnahme

Politische Partizipation meint jene Verhaltensweisen, „die sie [die Bürger] alleine oder mit anderen freiwillig mit dem Ziel unternehmen, Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen“ (Kaase 1992: 339). Die ‚empirische‘ oder ‚realistische Demokratie‘ (Schumpeter 1946) vertritt ein instrumentelles Partizipationsverständnis, für das die Repräsentation und eine demokratische Elitenherrschaft zentral sind. Um sachverständige Lösungen herbeizuführen, bedürfte es einer Professionalisierung der Repräsentanten. Bürger und Politiker stehen zueinander in einem arbeitsteiligen Verhältnis. Bürger werden in diesem Modell als rationale, eigenen Nutzen verfolgende Individuen

gesehen. Die ‚partizipatorische Demokratietheorie‘, die ein normatives Partizipationsverständnis eigen ist, geht dagegen davon aus, dass die Legitimation von Demokratie in der Maximierung von Selbstentwicklungschancen besteht. Die Teilnahme an politischen Entscheidungen stelle dabei den entscheidenden Schlüssel dar. Fokussiert wird weniger das „richtige“ Funktionieren der Institutionen, sondern vielmehr die Entscheidungsbildung durch die Bevölkerung, die ihre Interessen und Bedürfnisse einbringt.

Soziale Partizipation umfasst alle Tätigkeiten, „die Bürger freiwillig mit dem Ziel unternehmen, Entscheidungen innerhalb von Organisationen zu beeinflussen“ (van Deth, 2004: 296). Der Ort sozialer Partizipation sind die Familie, Freundeskreise, Vereine und Verbände. Soziale Partizipation wird also am freiwilligen Engagement in Vereinen und Verbänden gemessen. Insofern spielt sie auch eine wichtige Rolle in der Zivilgesellschaft. Nach Ergebnissen des European Social Survey 2002-2003 ist soziale Partizipation trotz struktureller Ähnlichkeiten in Westdeutschland weiter verbreitet als in Ostdeutschland (s. van Deth 2004: 295 ff.). Strukturell betrifft dies nicht nur die Verhältnisse zwischen Mitgliedern und Aktivisten, sondern auch die Merkmale der ostdeutschen Aktivisten. Das geringere Niveau sozialer Beteiligung im Osten sei nicht einfach auf das Verschwinden von DDR-Organisationen zurück zu führen, sondern viel eher auf die etwas andere Bedeutung und Qualität sozialer Beteiligung.

Politische Partizipation wird zunehmend durch eine soziale Partizipation ergänzt, die in einem erweiterten Sinn als politisch bezeichnet werden kann. Engagementforscher beobachten ein zunehmendes Interesse, sich für öffentliche Angelegenheiten und andere Menschen zu engagieren und beschreiben dieses als „öffentliche“ Partizipation (Gensicke/ Geis, 2006: 308 ff.) Das öffentlich politische Interesse ist im europäischen Vergleich mit 72% in Deutschland hoch (Frankreich 52%, Großbritannien 48%, Polen 44%, Italien 42 %.; Quelle: CAPI-Befragung, ebd.).

Die sinkende Wahlbeteiligung, abnehmende Parteienidentifikation, anhaltender Mitgliederschwund der Parteien und gro-

ßen Organisationen sind gern zitierte Indikatoren für die These einer negativen Entwicklung konventioneller Formen politischer Partizipation. Im Sinne einer *Krisen- these* wird das als Ausdruck der Unzufriedenheit mit oder Kritik an dem politischen System gewertet. Die *Normalisierungsthe- se* ist demgegenüber weniger skeptisch und geht davon aus, dass eine Rückläufigkeit bei gleichzeitigem Vertrauen in das politische System und Zufriedenheit mit seiner Funktionsweise keine Konsequenzen für die Stabilität der Demokratie habe. Zudem ist eine zunehmende Tendenz unkonventioneller Formen der Partizipation bzw. des freiwilligen Engagements zu verzeichnen, die in den letzten Jahrzehnten einen ausdifferenzierten und regen Zuspruch erhalten. Den unkonventionellen Partizipationsformen wird „als Instrument der politischen Einflussnahme ... viel zukunftstaugliches Potential“ (Roth, 2004: 15) bescheinigt. Es ergänze Wahlen, ohne aber diese Basisform der politischen Partizipation ersetzen zu können.

Bürger, die unkonventionellen Politikformen gegenüber offen sind, gehen häufiger als der Durchschnitt zur Wahl, was mit Beobachtungen über ehrenamtlich bzw. bürgerschaftlich Engagierte korrespondiert, die eine überdurchschnittliche Bereitschaft zur Wahlbeteiligung aufweisen.

Generell wird auf eine deutliche Ausweitung des Partizipationsrepertoires der Individuen verwiesen. Vor allem bei jüngeren Kohorten ist parallel zu sinkenden Mitgliederzahlen etwa in Kirchen und Gewerkschaften ein Trendwechsel in den Beteiligungsmentalitäten weg von der formalen Großorganisation hin zur informellen, thematisch begrenzten und selbst organisierten Kleingruppe zu beobachten.

Für die vorliegende Studie ist neben diesen formalen Konnotationen von konventi-

oneller und unkonventioneller politischer Partizipation vor allem die lebensweltlich gerahmte Chance auf Wahrnehmung partizipativer Rechte zentral. Dafür ist in erster Linie die individuelle Ressourcenausstattung (Schulbildung, Beruf, Einkommen) entscheidend. Dass konventionelles politisches Engagement positiv von den jeweiligen Ressourcen beeinflusst wird, belegen bereits Verba und Nie (1972): der formale Bildungsgrad und das Geschlecht haben den größten Einfluss. (Vgl. Vetter/Maier, 2005: 85)

Für weibliche Jugendliche stellt Brauer (2006) fest, dass geschlechtsspezifische Sozialisation zu einer Unterschätzung der eigenen politischen Handlungsfähigkeit führe, mit dem Ergebnis, dass über eine gefühlte geringere Kompetenz Distanz zum politischen Bereich aufgebaut wird. Das politische Interesse weiblicher Jugendlicher ist gegenüber dem der männlichen weniger stark ausgeprägt.



(Quelle: Böhm-Kasper 2006: 64)

Bis auf die Teilnahme an Unterschriftenaktionen ist auch die politische Partizipation in allen Teilhabebereichen schwächer. Solche Konnotationen werden laut Brauer durch eine geschlechtsspezifische Medienberichterstattung über PolitikerInnen noch verstärkt – mit der Folge eines permanent schwächeren Interesses und geringerer Präsenz in politischen Handlungsfeldern.

Formal niedrig Gebildete haben ein geringeres Maß an politischem Interesse, politischen Kenntnissen und Kompetenzen. Daraus ergibt sich, so Vetter und Maier (2005), eine Wissenskluft, die dazu führe, dass besser Gebildete sich Vorteile hinsichtlich politischer Einflussmöglichkeiten verschaffen können. Während die weniger gut Gebildeten vom politischen Geschehen abgehängt würden.

Laut Forschungsgruppe Wahlen schränken u.a. auch ganz alltägliche Grenzen (wie z.B. Zeitbudgets) eine engagierte und sachverständige politische Mitwirkung ein. Die damit einher gehende politische Ungleichheit für Menschen mit niedrigem sozioökonomischem Status kann nur durch „angemessene institutionelle Arrangements“ kompensiert werden (Kaase, 2003). Das gilt u.a. für unverfasste bzw. unkonventionelle Partizipationsformen, die mit gesellschaftlichen Wandlungsprozessen wie der relativen Vereinheitlichung der Lebensverhältnisse, verbesserter Bildung und Ausbildung, hoher sozialer und geographischer Mobilität und der Massenkommunikation generell zunehmen. Daraus erwachsen auf der anderen Seite Kosten-Nutzen-orientierte individuelle Entscheidungen. Dies findet seine Entsprechung in einem kurzfristigen und situationsbezogenem Engagement. Darüber hinaus existieren neue Entwicklungen, wie etwa Lobbys für öffentliche Angelegenheiten (z.B. Umweltschutz) bzw. Selbsthilfegruppen. Alles in allem ergeben sich damit – teilweise parallel, teilweise quer zu alten Solidaritätsstrukturen – neue Verbindungen und modifizierte Handlungsformen.

Parteienmitgliedschaft als politische Partizipationsform

Wie in den anderen etablierten Demokratien der EU⁵ ist auch in Deutschland – abgesehen von einer kurzen Phase nach der Vereinigung – der Trend zu rückläufigen Mitgliederzahlen in den Parteien zu beobachten. Waren 1983 noch ca. 1,95 Mio. Menschen in den Bundestagsparteien organisiert, sind es gegenwärtig 1,5 Mio. –

⁵ In Großbritannien und Italien ist die Parteienmitgliedschaft seit 1980 um 50 %, in Frankreich sogar um 60% zurückgegangen (Mair/Biezen 2001: 12).

mit sinkender Tendenz (vgl. Wiesendahl 2006: 34 f.).

Der Frauenanteil der Parteimitglieder wuchs von 1991 bis 2005 zwar an, bleibt aber in den C-Parteien wie in der FDP unterhalb von 25 Prozent. In der SPD ist weniger als ein Drittel der Mitglieder weiblich, bei den Grünen etwas mehr als ein Drittel (vgl. Looman 2007). Allein in der Linkspartei machen Frauen mit einem Anteil von 46% nahezu die Hälfte aller Parteimitglieder aus. Quotierungsprogramme haben demnach in der Politik zu unterschiedlichen Erfolgen geführt, machen aber insgesamt Parteien für Frauen interessanter.

Der Anteil Ostdeutscher an der Gesamtmitgliedschaft der Parteien sank von 22,7 Prozent von 1990 bis 2004 auf 9,4 Prozent (Wiesendahl 2006: 42 f.) und ist damit deutlich unterrepräsentiert. Pickel (in Roller et. al 2006) erklärt die in Ostdeutschland höher ausgeprägte Politikverdrossenheit mit einer höheren relativen Deprivation der Ostdeutschen; ein konkurrierender Erklärungsansatz (Hofmann 2004: 148) führt diese Entwicklung auf eine posttotalitäre Engagementschwäche zurück. Ähnliche Befunde gibt es auch für die Bereiche gewerkschaftlicher Interessenvertretung und andere Formen des organisierten Gemeinschaftslebens.

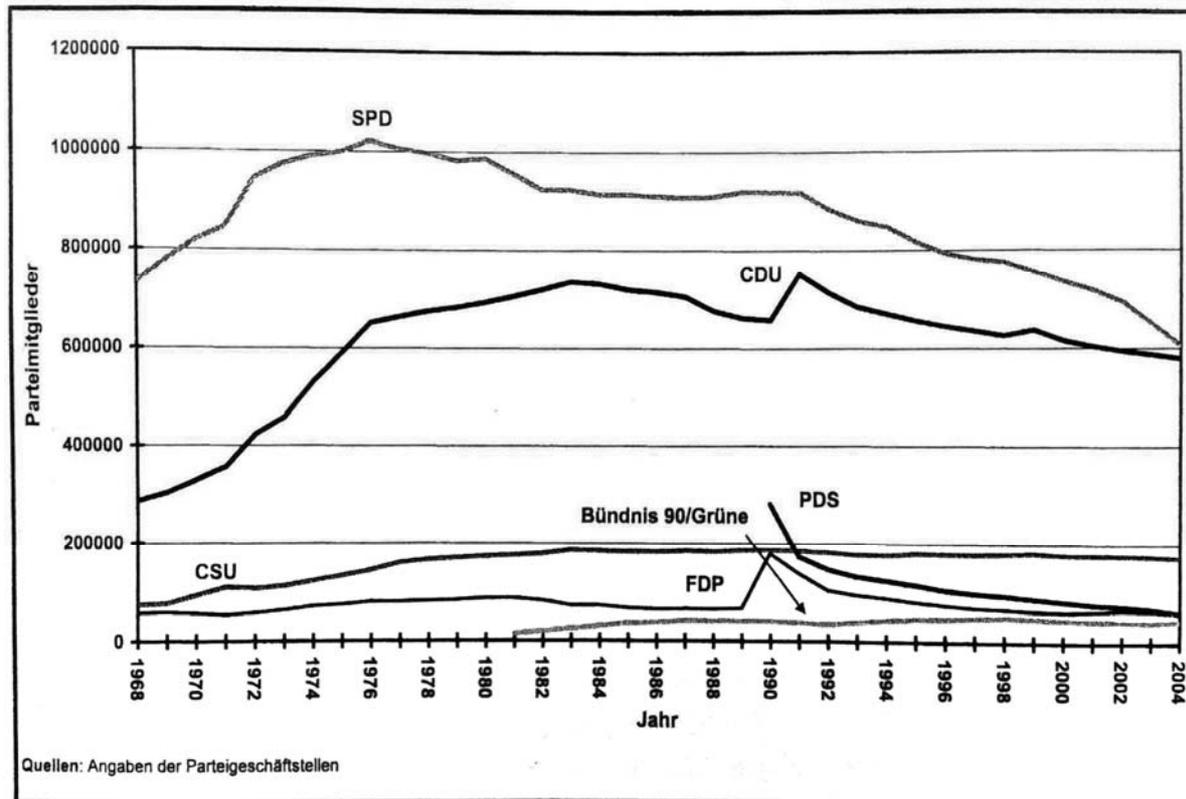
Der zu beobachtende absolute Mitglieder-rückgang wird ambivalent bewertet. Einerseits wird, darin der „realistischen Demokratie-theorie“ (Schumpeter 1946) folgend, argumentiert, die Parteien hätten einen abnehmenden Bedarf an Leistungen, die durch die Mitglieder erbracht werden (z.B. Parteienfinanzierung; Multiplikatorfunktion), und eine zu hohe Partizipationsrate befördere politische Instabilität. Demnach erscheint Befürwortern einer „schlanken“ Volkspartei die Elitenherrschaft „nicht mehr, wie etwa bei Robert Michels, als Krisenphänomen der Parteiendemokratie ..., sondern als notwendiger Bestandteil einer stabilen, effizienten und funktionsfähigen Demokratie“ (Detterbeck 2005: 64). Geringe Mitgliedschaften würden von Parteiführungen geradezu angestrebt mit dem Ziel, erhöhte politische Bewegungsfreiheit und Durchsetzungsmacht zu erhalten. Andere Positionen deuten den Mitgliederschwund als Schwäche von Parteien: die-

se hätten ungewollt die Fähigkeit verloren, Bürger zur organisationellen Einbindung und Mitarbeit zu motivieren (Scarrow 2000).

Die folgende Abbildung verdeutlicht, dass der Mitgliederschwund alle im Parlament vertretenen Parteien betrifft, insbesondere die SPD. Im Gegensatz zur Sozialdemokratie profitieren die CDU und die FDP zur

Zeit der deutschen Wiedervereinigung freilich von der „Einverleibung“ ehemaliger DDR-Blockparteien und neu entstandener ostdeutscher Bürgerbewegungen. Ohne diesen plötzlichen personellen Zuwachs wäre der Mitgliederschwund ebenso drastisch.

Abbildung: Mitgliederentwicklung der deutschen Bundestagsparteien 1968 – 2004)



(Quelle: Wiesendahl 2006: 31)

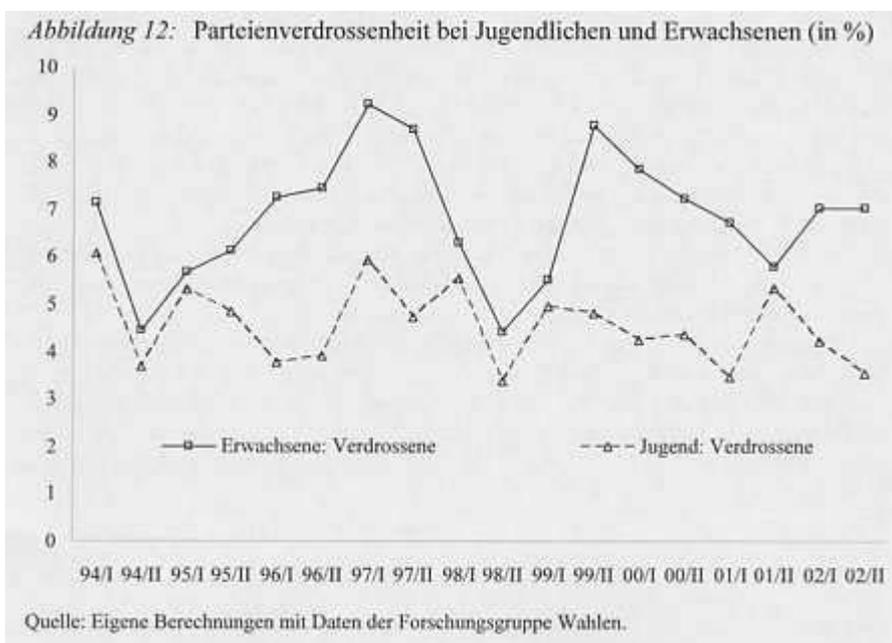
Die sinkenden Mitgliedschaften führen ein unterschwelliges Problem mit sich: in personeller Hinsicht altern die Parteien. Sie haben für die nachwachsenden Generationen an Anziehungskraft verloren und entwickeln sich tendenziell zu ‚jugendfreien‘ Organisationen (Wiesendahl 2006: 54). Es besteht die Gefahr einer Desintegrationspirale: Erfahrungshorizonte, Deutungsmuster und Werthaltungen der Altmitglieder werden perpetuiert, die Parteien könnten gewandelten Realitäten und Lebensverhältnissen wie auch aktuellen gesellschaftlichen Problemlagen und Konflikten nicht mehr Rechnung tragen und geraten möglicherweise langfristig ins gesellschaftliche Hintertreffen. Dies würde den

schon bestehenden Effekt verstärken, Parteienverdrossenheit befördern und die Kohortenverengung auf ältere Mitglieder verstetigen (Wiesendahl 2003: 33 f.). Bis auf die FDP, deren Mitgliederanteil der bis 29jährigen zwischen 1996 und 2004 von 7,8 auf 11,4 % anstieg (ebd.) sowie der Linkspartei [PDS], die zwischen 2000 und 2006 einen leichten Zuwachs bei den unter 30jährigen verzeichnete, sind alle Parteien des Bundestages von dieser Entwicklung betroffen. Allerdings ist der Alterungsprozess auch hier gravierend: Laut FAZ vom 2.10.2003 war zu diesem Zeitpunkt jedes zweite PDS-Mitglied bereits über 70 Jahre.

Insbesondere der Bedarf Jüngerer und besser Ausgebildeter an politischen Partizipationsformen, die sich aus postmateria-

listischen Wertorientierungen speisen, kann von den klassischen Angeboten der etablierten Mitgliederparteien nicht gedeckt werden. Niedermayer (2006) führt aus, dass die subjektive politische Kompetenz ein wichtiger Prädiktor für konventionelle politische Partizipation sei. Wie die Shell-Jugendstudie (2006: 105) belegt, ist das politische Interesse von Jugendlichen im Alter von 15 bis 24 Jahren sogar etwas angestiegen. 39 % bezeichnen sich als politisch interessiert, vier Jahre zuvor waren es 34 %. Gleichwohl muss angemerkt werden, dass trotz des leicht gestiegenen Interesses eine weitere Zunahme der politikkritischen bis distanzierten Jugendlichen einhergeht. „Die Distanz der Jugendlichen

zum ‚politischen Establishment‘ bleibt demnach bestehen“ (ebd. 117). Sowohl 2002 als auch 2006 sind lediglich 2 % der bis 25 Jährigen in einer Partei aktiv (ebd. 126). Allerdings ist diese Partizipationsrate nicht weit vom bundesdeutschen Durchschnitt entfernt. Von allen wahlberechtigten Bürgern sind nämlich 2,5% Parteimitglieder. So kann Parteiskepsis als generationenübergreifendes Phänomen bilanziert werden, das mittlerweile für ca. 40 Prozent der Bevölkerung Realität ist (Niedermayer 2006: 287). Die Parteienverdrossenheit Erwachsener ist dabei Anfang des Milleniums sogar ausgeprägter als bei Jugendlichen.



(Quelle: Niedermayer 2006: 286)

Auf Grund der ihnen zugeschriebenen Selbstbezogenheit und lebensweltlichen Ferne gelingt es Parteien immer weniger, Anreize für eine organisationelle Einbindung von politisch Interessierten zu schaffen (Scarrow 2000: 83; Klein 2006). Politisches Engagement ist in Parteien seit längerem rückläufig und hat sich zu ihren Ungunsten verschoben. Banden 1999 die politischen Parteien noch 63 % dieses Engagements, so waren es 2004 nur noch 52%. Im gleichen Zeitraum stieg das politische Engagement in Vereinen und Verbänden von 20 % auf 23 % und in öffentlichen Einrichtungen von 6% auf 14% an. Initiativen banden zu beiden Zeitpunkten

politisches Engagement zu je 10 % laut Freiwilligensurvey 1999 und 2004.

Die landläufige These eines langanhaltenden Trends der Entpolitisierung Jugendlicher und der zunehmenden Abnahme des Vertrauens in Parteien ist in seinem ersten Teil nur bedingt zuzustimmen. Zwar werden nicht mehr die Werte vorgängiger Generationen erreicht, allerdings ist eine Trendumkehr zu beobachten. Parteibezogenes Engagement ist deutlich unattraktiver als politisches Engagement in sozialen Bereichen (Umwelt/ Natur, sozialer Nahraum). Gefragt ist projektförmiges Engagement statt dauerhafte Zugehörigkeit. Lockere Bindungen sind attraktiver als

betonierte Strukturen. Laut Freiwilligen-survey (2004) besteht ein ansteigendes Potenzial an Volunteers (Shell 2002: 221 ff.), wobei Schule, Kirche und Jugendarbeit Favoriten für ein Engagement sind. Angestrebt wird eine Symbiose von klassischen Organisationsformen und individuell gestaltbaren Engagement. Partizipation

nimmt einen wichtigen Stellenwert ein und sollte deshalb schon früh (in der Grundschule) beginnen. Die in der folgenden Tabelle aufgeführten Gruppen vermögen dies zwar besonders gut, können damit aber auch nur partiell Rekrutierungserfolge bei Jugendlichen verbuchen:

Tabelle 5.9: Einstellungen zu und Aktivitäten in informellen Gruppierungen (NSB) (Zeilenprozent) – 12- bis 15-Jährige

	finde gut und mache mit	finde gut, mache nicht mit	finde weder gut noch schlecht	lehne ab	kenne nicht
Informelle Gruppierungen*					
Umweltschutzgruppen	5	73	15	3	5
Friedensgruppen	3	66	18	2	11
Dritte-Welt-Gruppen	3	41	18	7	32
Menschenrechtsgruppen	1	46	18	4	31
Stadtteil-/Nachbarschafts-/ regionale Gruppen	3	28	30	5	34
Tierschutzgruppen	6	77	11	2	4
Globalisierungskritiker (z.B. Attac)	0	6	15	7	72
aktiv in mind. einer Gruppe	14				
aktiv in mind. einer NSB-Gruppe (ohne Tierschutzgruppen)	12				

Quelle: DJI-Jugendsurvey 2003

* Die Frage lautete: "In unserer Gesellschaft gibt es neben Vereinen und Verbänden auch weniger fest organisierte Gruppen, die man gut finden und in denen man auch mitarbeiten kann. Sage mir zu jeder Gruppe... ob du diese gut findest und du dort mitmachst oder ob du diese ablehnst."

(Quelle: Gaiser/Rijke 2006: 236)

Interesse an Partizipation wird als Wille zur Integration in die Gesellschaft verstanden. Die IG-Metall-Jugendstudie aus dem Jahr 2002 (Bibouche/Held 2002) verweist auf die erhöhte Unmittelbarkeitsfixierung bei Jugendlichen, insbesondere vor dem Hintergrund mangelnder Übersetzungskompetenz heterogener Erfahrungen aus unterschiedlichen Lebensbereichen. Zum Aufbau einer demokratischen Prinzipien entsprechenden Übersetzungskompetenz sei eine pragmatische, an der Zielsetzung der Vermittlung orientierte politische Bildungsarbeit zu leisten. Dabei sei ein die Bereiche Freizeit, Arbeit und Gewerkschaft übergreifender, integrativer Ansatz zu präferieren. Erst in einem solchen Spannungsfeld sei gesellschaftliche Partizipation sinnvoll zu erlernen. Organisationen müssten aktuelle Anforderungen und Bedürfnisse von Jugendlichen aufgreifen, um für jugendliches Engagement interessant zu bleiben. Um authentische Atmosphären

zu schaffen, sollte dies vor dem Hintergrund einer regional spezifischen Ausdifferenzierung von Angeboten geschehen.

Bei unserer qualitativen Studie fungierten die eben anhand der Sekundärliteratur kurz erläuterten typischen politischen Partizipationsformen als kategoriales Hintergrundraster, um gezielt nach den eigentlichen sozialen Praxen politischen Handelns in den ausgewählten sozialen Gruppen zu fragen. Hierbei ging es nicht um eine bloße Hypothesenüberprüfung der zentralen Lageeinschätzungen und Trendaussagen der politischen Partizipationsforschung in den Gruppen. Vielmehr interessierte, ob sich und in welcher konkreten Ausprägungsform hier für die politische Kultur der Gegenwartsgesellschaft typische Entwicklungen manifestieren.

In der Regel wurde von den interviewten Gruppenmitgliedern selbst das Problem der in der Literatur häufig angesprochenen

Alltagsferne politischer Großorganisationen angesprochen. Nicht nur bei den Jüngeren gilt das Parteienmodell als unpopulär und out. Aufgrund ihrer Selbstbezogenheit und lebensweltlichen Ferne gelinge es Parteien immer weniger – so der einmütige Tenor –, Anreize für eine organisationelle Einbindung von politisch Interessierten zu schaffen.

Verständlicherweise ist im links-radikalen Spektrum (Gruppe der „linken Gegenkultur“) die Abgrenzung zur etablierten Parteienpolitik am stärksten ausgeprägt. Zieldefinition der eigenen politischen Arbeit ist nicht das direkte Einwirken auf das politische System. Vielmehr verweisen die Befragten darauf, dass man sich in Kapitalismus- und herrschaftskritischer Absicht gegen das bestehende System wende und durch Kritik an seinen Strukturen zu einer (in ihrer Zielrichtung allerdings diffus bleibenden) Systemveränderung beitragen wolle. Auf der Basis dieser kritischen Perspektive ist es evident, dass sich die Akteure dieses Milieus nicht ernsthaft mit den etablierten Trägern des politischen Systems auseinandersetzen. Die Wahlbeteiligung wird teilweise als nicht relevant erachtet und im wahrsten Sinne des Wortes „verschlafen“. Parteiendistanz bedeutet bei den Vertretern der linksradikalen Szene nicht, dass es keine persönlichen Kontakte zu (Lokal-)Politikern gäbe. Im Gegenteil: im Rahmen von Aktionsbündnissen geht man aufeinander zu.

Ein Großteil der befragten Jugendlichen verfolgt ein ausgeprägtes Erlebnis und Spaß orientiertes Lebensführungskonzept. Da Politik und Spass sich größtenteils ausschließen, ist die politische Partizipation in etablierten Parteien bzw. den entsprechenden Jugendorganisationen kaum attraktiv. Gerade für die Anfangsphase der Politisierung (zwischen 14 und 16 Jahren) gilt: Bedeutsam ist der stark lebensweltliche Bezug und die Betonung des Spaß-, Coolness- und Action-Faktors sowie der persönlichen Nähe unter den Gleichgesinnten. Diese Jugendlichen sind eigentlich auf der Suche nach einer politisch ausgerichteten Peer-Group und demzufolge (noch) nicht interessiert an einer Mitgliedschaft in einer Partei bzw. deren Jugendorganisation.

Bei den von uns befragten, sich als „Linke“ verstehenden Jugendlichen steht parteipolitisches Engagement häufig unter Verdacht einer „Vorteilsnahme“. Zuweilen wird unterstellt, dahinter stünde die Suche nach einem Ersatz für „normale soziale Beziehungen“. In diesem Sinne werden etwa Gleichaltrige, die in einer Partei aktiv sind, stigmatisiert: „das sind alles Loser, die keine Freunde haben“.

Selbst in einer Kontrastgruppe unseres Samples, den ostdeutschen Langzeitarbeitslosen, die im Wählerspektrum der LINKSPARTEI verankert sind und sich bürgerschaftlich engagieren, herrscht ein großes Maß an Resignation und Misstrauen gegenüber dem politischen System. Beklagt werden mangelnde „Ehrlichkeit“ der Politiker und Desinteresse am zu vertretenden Volk. Politik werde, so die Auffassung, einzig im Interesse der Unternehmen gemacht, es gebe persönliche Bereicherung durch Politiker und eine fehlende Glaubwürdigkeit der Parteien. Dem Parteiensystem wird die moralische Legitimation abgesprochen und es wird als „korrupt“ wahrgenommen. Der Horizont des eigenen politischen Handelns wird folgerichtig jenseits der parteipolitischen Partizipation aufgespannt. Es geht den Akteuren darum, durch das eigene bürgerschaftliche Engagement „auf die Gesellschaft im Kleinen einzuwirken“.

Der in der Forschungsliteratur immer wieder erwähnte Wandel der Beteiligungsmentalitäten, weg von der formalen Großorganisation hin zur informellen, thematisch begrenzten und selbst organisierten Kleingruppe, spiegelt sich in unserer Erhebung klar wieder und konnte durch das Aufzeigen der Wechselwirkungen zwischen den milieuspezifischen Gelegenheitsstrukturen (politisierte Peer-Groups, Gremien der Selbstverwaltung etc.) einerseits und den Politisierungskarrieren andererseits weiter ausgeleuchtet werden. Selbst politisch aktiv zu werden ist – so die positive Wendung dieses Trends – für die Befragten ein probates Mittel für politische Partizipation.

5. Resümee und Ausblick

Die vorliegende Untersuchung fokussiert auf politische (und proto-politische) Praxen und Orientierungen unterschiedlicher Gruppen in linksaffinen Milieus. Die Untersuchungsperspektive richtet sich auf die (milieuspezifische) lebensweltliche Verankerung der Akteure, vor deren Hintergrund politische Praxen im weitesten Sinne generiert werden.

Empirisch untersucht wurden auf der methodischen Grundlage von Gruppendiskussionen 21 nach theoretischen Gesichtspunkten ausgewählte Fallgruppen in fünf Samplingkategorien (Schüler / Studenten, Prekäre Akademiker, Prekär Beschäftigte, Migranten und sozial Engagierte) mit insgesamt 96 Befragten. Auf Grund der faktischen Kontakte ist der vorliegenden Studie ein empirischer Gender-Bias eigen, der im gegebenen Rahmen nur theoretisch aufgefangen werden konnte. Insofern bleiben Aspekte geschlechterspezifischer politischer Praxis am Rande und könnten erst in einer Folgestudie genauer analysiert werden. Die Interviews wurden einzeln und vergleichend nach den Leitlinien der Dokumentarischen Methode ausgewertet. Der systematische Vergleich führte zu einer Regruppierung der Einzelfälle zu neun Aggregatgruppen, die – bei aller Divergenz im Detail der befragten Gruppen und Personen – jeweils kohärente gemeinsame Merkmale im Hinblick auf Lebenslage, Alltagspraxis, politische Aktivitäten, Milieuverankerung, soziale Vernetzung sowie gesellschaftliche und politische Orientierungen aufwiesen. In Ablösung von den unmittelbaren empirischen Einzelfällen konnten auf dem Wege der empirisch begründeten Theoriebildung verallgemeinernde (in 4.1 ausführlich dargestellte) Aussagen über die Aggregatgruppen gewonnen werden. Anschließend konnten (in 4.2) durch den Vergleich der neun Aggregatgruppen in einem weiteren Generalisierungsschritt einzelne Dimensionen politischer Praxen, Orientierungen und Wahrnehmungen sowie Handlungsressourcen und Entwicklungsprozesse politischen Handelns identifiziert werden. Bei diesen Auswertungsdimensionen han-

delt es sich um: Gesellschaftsbilder und politische Wertorientierungen; Ressourcen und Gelegenheitsstrukturen für politisches Handeln; lebensweltliche Verankerung politischer Praxis, Genese von politischem Engagement und Professionalisierung politischen Handelns; Genderspezifika politischen Handelns. Mit Hilfe dieser Kategorien konnten jeweils unterschiedliche typische Muster identifiziert und auf spezifische Merkmale der Aggregatgruppen zurückgeführt werden. Einige zentrale Befunde dazu seien hier noch einmal kurz resümiert.

- *Heterogenität linker Orientierungen:* Deutlich wird, dass im weitesten Sinne „linksaffine“ Milieugruppierungen sehr heterogen in Bezug auf ihre Gesellschaftsbilder und Politikvorstellungen sind: paternalistische Erwartungen an eine umfassende staatliche Fürsorgepolitik sind ebenso vorhanden wie zivilgesellschaftliche Reformorientierungen und auf Gesellschaftstransformation orientierte libertäre Kapitalismuskritik (die aber letztlich kein positives Gesellschaftsmodell ‚diesseits‘ der Utopie formuliert und insoweit partikularistisch bleibt). Insofern werden unterschiedliche Facetten eines möglichen gemeinsamen Leitbilds des demokratischen Sozialismus als Staats- und Gesellschaftsformation thematisiert; gleichzeitig wird eine *gemeinsame* Suchbewegung hin zu einem kohärenten linken Leitbild nicht erkennbar.
- *Lebensweltliche Verankerung und soziale Vernetzung als Handlungsressource:* Ein weiterer Befund betrifft die für eigenständiges politisches Handeln erforderlichen Ressourcen. Wenig überraschend erscheint das Untersuchungsergebnis, dass formale Bildung befähigend wirkt. Deutlich wurde darüber hinaus, dass jenseits dieses und weiterer sozialstruktureller Merkmale auch die *spezifische* lebensweltliche Verankerung der Subjekte eine wichtige Rolle spielt: Insbesondere die Zugehörigkeit zu Subkulturen, Szenen

oder Sondergruppen stellt eine Ressource für politisches Handeln dar. In entsprechenden Vergemeinschaftungsformen findet eine Akkumulation ‚partikularen‘ kulturellen Kapitals statt, das individuelle Handlungsfähigkeit im milieu- bzw. subkulturspezifischen Kontext gewährleistet und eine wichtige Grundlage für politische Aktivität innerhalb des eigenen Bezugskreises bildet. Insofern weisen lebensweltlich verankerte soziale Zusammenschlüsse ein hohes zivilgesellschaftliches Potential auf und ermöglichen eine weitergehende politische Sozialisation außerhalb institutionalisierter Kontexte. In diesem Zusammenhang zeigt sich überdies, dass soziales Kapital nicht nur als Zugehörigkeit zu bestimmten „sozialen Kreisen“ eine wichtige Rolle spielt, sondern auch im Sinne der *Intensität* der sozialen Vernetztheit der Subjekte.

- *Politische Professionalisierung innerhalb und jenseits etablierter Strukturen:*

Mit fortgesetzter politischer Aktivität entwickeln die Akteure auch jenseits spezifischen Sachwissens politisches Expertenwissen und individuelle Handlungskompetenzen. Diese Art der politischen ‚Professionalisierung‘ mag wenig überraschend sein. Interessant ist aber in diesem Zusammenhang der Befund, dass eine individuelle Professionalisierung außerhalb etablierter Strukturen des politischen Systems (Parteien und feste Organisationen) sowie der politischen Bildungsarbeit (politische Stiftungen etc.) in freien Assoziationen oft umfassender und ‚effizienter‘ geschieht. Bei der Betrachtung der Genese individueller politischer Handlungsfähigkeit muss demzufolge systematisch unterschieden werden zwischen ‚institutionalisierter‘ und ‚assoziativer‘ Politisierung.

- *Pluralität der Motive für gesellschaftliches Engagement:*

Die Analyse der biographischen Entstehungsgründe für das im weitesten Sinne politische Aktivsein zeigt, dass „rationalistische“ Vorstellungen über Handlungsmotivationen zu kurz greifen, die entweder die eigene Betroffenheit des Akteurs (bzw. seine „Interessen“),

oder die reflektierte Auseinandersetzung mit politischen Themen in den Vordergrund rücken. Gesellschaftliches Engagement kann nämlich auch als *generelle* Disposition bereits sozialisatorisch vermittelt worden sein oder aus der gemeinsamen Alltagspraxis von Peer-Groups erwachsen. In diesen Zugangsformen entwickelt sich die thematische Aktivierung gewissermaßen in ‚nachgelagerter‘ Form aus lebensweltlichen Bezügen heraus.

- *Parteienskepsis und -distanz als verstetigte Grundhaltung*

Die in der Literatur umfassend diskutierte Parteienskepsis trat auch in den Untersuchungsfällen deutlich zu Tage. Die Distanz der Interviewten bezieht sich zum einen auf die als bürokratisch wahrgenommene *Form* parteipolitischer Arbeit in den etablierten Parteien. Angesichts der hierarchisch-zentralistischen Verbandsstruktur und der ideologisch-programmatischen Ausrichtung der Parteiarbeit erscheint ihnen eine Parteienmitgliedschaft schlicht als nicht attraktiv. Mit der Selbstbezogenheit der Parteien gehe – so die Kritik – eine lebensweltliche Ferne einher. Parteien gelinge es zu wenig, die Leute dort abzuholen, wo sie gerade sind.

Einschränkend ist festzuhalten, dass die eigene qualitative Erhebung trotz der typologischen Verallgemeinerbarkeit von Teilbefunden das gesamte Untersuchungsfeld linksaffiner Milieus nicht flächendeckend erfasst und dass auf qualitativer Grundlage auch keine Quantifizierung der unterschiedlichen vorgefundenen Typen möglich ist. Andererseits liefert die quantitativ vorgehende politische Umfrageforschung keine kohärenten Analysen der konkreten Praxis von politisch Aktiven in ihrem komplexen lebensweltlichen Zusammenhang. Sinnvoll wäre daher die Kombination von ‚repräsentativem‘ Erhebungsverfahren und vertiefter Erfassung von lebensweltlich verankerten politischen Praxen und Orientierungen. Wie eine solche Kombination prinzipiell möglich ist, dokumentiert beispielhaft die quantitative Erhebung zu sozialen Alltagsmilieus von Vester et al. (2001).

Die vorliegende Untersuchung kann als qualitative Vorstudie für ein entsprechendes Projekt dienen. Eine systematische Ableitung von allgemeinen Indikatoren, mit denen politische Praxen repräsentativ erfassbar sind, konnte freilich im Rahmen der vorliegenden Arbeit nicht geleistet werden. Hierzu bedarf es weiterer konzeptioneller Überlegungen. Einige zentrale Themenfelder, die auf der Grundlage der vorliegenden Studie zentral erscheinen und die weiterer empirischer Untersuchungen bedürfen, sollen abschließend gleichwohl benannt werden.

- *Eintrittsschleusen ins Politische und Verstetigung politischer Karrieren:*

In einem engen Zusammenhang mit den Ergebnissen zur *politischen Professionalisierung innerhalb und jenseits etablierter Strukturen* (siehe oben) steht der Befund, dass es zwei kontrastive "Eintrittsschleusen" gibt, durch die Menschen aus der vorgelagerten protopolitischen in die eigentlich politische Phase gelangen. Solche Übergänge werden einerseits durch selbstorganisierte Gruppen und soziale Netzwerke (Subkulturelle Jugendszene oder Antifa-Bewegung) und andererseits durch institutionell vorgegebene Strukturen (etwa mittelfristige Ausbildungs- bzw. Praktikumsangebote von Trägern politischer Bildung, aber auch Erwerbstätigkeit oder Ehrenamt in zivilgesellschaftlichen Organisationen) bereitgestellt. Hier wäre es lohnenswert, systematischer die typischen ‚Eintrittsschleusen‘ zu untersuchen, die „Opportunity Structures“ im Sinne von Tarrow (1994) bilden. Ebenso ist es in Hinblick auf die Erforschung politischer Partizipation instruktiv, die entsprechenden Sozialisationsverläufe der politisierten Akteure (mittels retrospektiver Fragen) zu rekonstruieren. So könnte gefragt werden, ob und wie sich die politischen Aktivitäten verstetigen und warum möglicherweise Politisierungskarrieren abgebrochen werden.

- *Aktivierung und Deaktivierung politischen Engagements:*

Die intensive qualitative Auswertung der Gruppen konnte zeigen, dass es Fälle gibt, in denen Menschen – ohne

dass dies im Vorfeld prognostizierbar wäre – plötzlich stark politisiert werden (bspw. der „aus der eigenen Not geborene“ kollektive Entschluss einer Betriebsbesetzung). Aus einer linken gesellschaftskritischen Perspektive betrachtet, wäre eine genaue Analyse lohnenswert, inwiefern hier unkonventionelle und neuartige Arrangements (etwa in Bezug zur kapitalistischen Marktlogik alternative Wirtschaftsformen) und damit verbundene gesellschaftsrelevante Zielorientierungen aufscheinen. Aus demokratietheoretischer Sicht nicht weniger interessant dürften jene erhobenen Fälle sein, die genau das Gegenteil einer politischen Aktivierung markieren. Gemeint ist eine strukturell angelegte Verunmöglichung politischen Handelns bei latent politischen Akademikern, die in einem prekären Arbeitsverhältnis und gleichzeitig in einem extremen Konkurrenzkampf innerhalb der Scientific Community stehen. Aufgrund des als existentiell erfahrenen psychischen Drucks und des permanenten Zeitmangels ist für sie politisches Engagement im Grunde nicht realisierbar. Insbesondere bei jenen, die politisch hoch interessiert und motiviert sind, liegt demzufolge ein nicht zu unterschätzendes politisches Handlungspotential brach und aufgeklärte Gesellschaftskritik verstummt.

- *Parteienskepsis und -distanz als Bremse und Katalysator für eigenes Engagement*

Angesichts der oben erläuterten stark ausgeprägten skeptisch bis distanzierter Haltung gegenüber etablierten politischen Volksparteien wäre im Weiteren zu fragen, welche Folgen sich daraus für die demokratische Verfasstheit der Gesellschaft ergeben. Führt sie etwa zur vielfach beklagten „Parteienverdrossenheit“; zum weiteren „Nachwuchsmangel“, „Mitglieder- und Stammwählerschwund“ und gar zu einer gesellschaftlichen Entpolitisierung? Oder ist das Gegenteil der Fall? Bekommen zivilgesellschaftliche Bewegungen einen personellen Zulauf und neue Impulse von politisch interessierten Akteuren, die sich enttäuscht vom

etablierten politischen System abwenden? Entstehen neuartige Vernetzungs-, Aktions- und Organisationsformen kollektiven politischen Handelns jenseits klassischer Verbandsstrukturen?

- *Zukunft des Leitbilds der gesellschaftlichen Integration durch Erwerbsarbeit:* Ein weiteres Themenfeld betrifft den Modus bzw. die Modi gesellschaftlicher Integration. Das für kapitalistisch verfasste Industriegesellschaften zentrale Leitbild der Integration der Gesellschaftsmitglieder durch Erwerbsarbeit ist seit einigen Jahrzehnten brüchig geworden. Genauer zu untersuchen wären in diesem Zusammenhang lebensweltlich verankerte Vorstellungen über Sozialstaatsmodelle, die in Richtung gesellschaftliches Grundeinkommen gehen. Diese Vorstellungen stehen in enger Verbindung mit einer lebensweltlich verankerten (und jeweils milieuspezifischen) „moralischen Ökonomie“ (Thompson 1980), auf deren Grundlage gesellschaftliche Verhältnisse in ‚vortheoretischer‘ Weise bewertet und kritisiert werden. Diese moralökonomischen Maßstäbe, die theoretisch fundiertes politisches Denken begründen, wären ebenfalls einer genaueren Untersuchung zu unterziehen. In diesem Zusammenhang wären schließlich auch die politischen Wahrnehmungen des Leitbildes der Wirtschaftsdemokratie als Alternative zum sozialstaatlich abgefederten Kapitalismus einer genaueren Prüfung zu unterziehen, da dieses einen möglichen Fluchtpunkt der Integration unterschiedlicher Vorstellungen über den gesellschaftlichen Stellenwert von Erwerbsarbeit bietet.

Hinsichtlich gesellschaftlicher Konfliktfelder fördert die vorliegende Studie vor dem Hintergrund der sehr offenen Fragestellungen nach der Wahrnehmung von gesellschaftlichen Konfliktfeldern die Erkenntnis zu Tage, dass diese auf dem hohem Abstraktionsniveau (z.B. ‚soziale Gerechtigkeit‘; ‚Krieg-Frieden‘; ‚Umweltgefährdung‘) eine nur geringe lebensweltliche Relevanz aufweisen. Erst in ihrer zumeist auf die eigenen Handlungsmöglichkeiten bezogenen Reformulierungen (z.B. Gerechtigkeit *in* der Gruppe; Demokratie als Basisdemokratie *in* Arbeitszusammenhängen) werden sie – abseits diskursiver Kampagnen in den Medien – zum Thema. Zwar sind gesellschaftliche Konflikte den Befragten durchaus bewusst und es werden dazu auch politische Positionen eingenommen, sie sind jedoch für die alltägliche politische Praxis nicht direkt handlungsleitend. Das Verhältnis zwischen der Orientierung der eigenen politischen Praxis und grundsätzlicher Einstellungen ist allerdings weniger als ein Gegenüber zu verstehen. Vielmehr scheint die Komplementarität unterschiedlicher Ebenen politischen Denkens und Handelns im Vordergrund zu stehen. Dabei geht es nicht um ein rationales und logisch konsistentes politisches Weltbild, sondern eher um eine ungefähre Stimmigkeit, die durchaus auch Brüche mit sonstigen politischen Positionierungen aufweisen kann. Dem Verhältnis von gesellschaftlichen Konflikten und lebensweltnahem politischen Engagement wäre in weiteren Studien mit einem stärker stimulierenden Input erneut nachzugehen.

6. Literaturverzeichnis

- Betzelt, Sigird (2006): Flexible Wissensarbeit. AlleindienstleisterInnen zwischen Privileg und Prekarität. (ZeS-Arbeitspapier Nr. 3/2006) Bremen: Zentrum für Sozialpolitik der Universität Bremen (<http://doku.iab.de/externe/2007/k070208f02.pdf>)
- Bibouche, Seddik / Josef Held (2002): Die IG Metall Jugendstudie, Lebenseinstellungen juger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer -neue Orientierungen und Engagementformen. Marburg: Schüren Verlag
- Böhm-Kasper, Oliver (2006): Politische Partizipation von Jugendlichen. Der Einfluss von Gleichaltrigen, Familie und Schule auf die politische Teilhabe Heranwachsender. In: Helsper, Werner et al. (Hg.), Unpolitische Jugend. Eine Studie zum Verhältnis von Schule, Anerkennung und Politik. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 53-74
- Bohnsack, Ralf (1999): Rekonstruktive Sozialforschung. Einführung in Methodologie und Praxis qualitativer Forschung, 3. Auflage. Opladen: Leske + Budrich
- Bosch, Gerhard / Weinkopf, Claudia (Hg.) (2007): Arbeiten für wenig Geld: Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland. Frankfurt a.M. / New York: Campus
- Bourdieu, Pierre (1982 [1979]). Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- Brauer, Kai (2006): Integration durch Differenz? Zur zivilgesellschaftlichen Aneignungen von Sozialräumen durch Engagement. In: Rehberg, Karl-Siegbert (Hg.): Soziale Ungleichheit – Kulturelle Unterschiede. Verhandlungen des 32. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in München 2004. Frankfurt am Main: Campus
- Brie, Michael / Spehr, Christoph (2006): Was ist heute links? (= kontrovers. Beiträge zur politischen Bildung. Hg. Von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und WISSENTTransfer Heft 01/2006) (http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/kontrovers0601.pdf)
- Brinkmann, Ulrich / Dörre, Klaus / Röbenack, Silke / Kraemer, Klaus / Speidel, Frederic (2006): Prekäre Arbeit. Ursachen, Ausmaß, soziale Folgen und subjektive Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung (<http://library.fes.de/pdf-files/asfo/03514.pdf>)
- Carstensen, Tanja (2005): Das Internet im frauenpolitischen Alltag. In: Schachtner / Winker (Hg.), S. 71-90
- Castel, Robert (2000): Die Metamorphosen der sozialen Frage. Konstanz: UVK
- Chrapa, Michael (2001): Politisches Handeln. Empirische Fakten und theoretische Überlegungen zu Handlungspotenzialen in Ost und West (= Manuskripte der RLS, Heft 15). Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung (http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/manuskripte15.pdf)
- Chrapa, Michael / Wittich, Dietmar (2004): Bürgermeinung ´03. Problemwahrnehmung, Zukunftsbilder und Meinungen über politische Akteure. Soziologisch-empirische Studie. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung
- Deth, Jan W. van (2004): Soziale Partizipation. In: Ders. (Hg.), Deutschland in Europa. Ergebnisse des European Social Survey 2002-2003. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 295-315
- Detterbeck, Klaus (2005): Die strategische Bedeutung von Mitgliedern für moderne Parteien. In Josef Schmid/Udo Zolleis (Hrg.), Zwischen Anarchie und Strategie. Der Erfolg von Parteiorganisationen. 63-76. Wiesbaden: VS-Verlag

- Dörre, Klaus (2006): Prekäre Arbeit Unsichere Beschäftigungsverhältnisse und ihre sozialen Folgen. In: Arbeit. Zeitschrift für Arbeitsforschung, Arbeitsgestaltung und Arbeitspolitik, Jg. 15, H. 3, S. 181-193
- Dörre, Klaus (2007a): Die Wiederkehr der Prekarität. Subjektive Verarbeitungen, soziale Folgen und politische Konsequenzen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse. In: Lorenz, Frank / Schneider, Günter (Hg.), Ende der Normalarbeit? Mehr Solidarität statt weniger Sicherheit. Hamburg VSA, S. 15-31
- Dörre, Klaus (2007b): Entsteht eine neue Unterschicht? Anmerkungen zur Rückkehr der sozialen Frage in die Politik. In: soFid Industrie- und Betriebssoziologie 2007/1, S. 11-27 (http://www.gesis.org/information/sofid/pdf/Industrie_2007-1.pdf)
- Dörre, Klaus / Kraemer, Klaus / Speidel, Frederic (2004): Prekäre Arbeit. Ursachen, soziale Auswirkungen und subjektive Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse. In: Das Argument 256, S. 378-397
- Fuchs, Tatjana (2006): Arbeit & Prekarität. Ausmaß und Problemlagen atypischer Beschäftigungsverhältnisse. Abschlussbericht: Stadtbergen: inifes (http://www.boeckler.de/pdf_fof/S-2005-722-3-2.pdf)
- Gabriel, Oscar W. / Falter, Jürgen W. / Rattinger, Hans (Hg.) (2005): Wächst zusammen, was zusammengehört? Stabilität und Wandel politischer Einstellungen im wiedervereinigten Deutschland. Baden-Baden: Nomos
- Gaiser, Wolfgang / Rijke, Johann de (2006): Gesellschaftliche und politische Beteiligung. In: Gille, Martina / Sardei-Biermann, Sabine / Gaiser, Wolfgang / de Rijke, Johann: Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland. Lebensverhältnisse, Werte und gesellschaftliche Beteiligung 12- bis 29-Jähriger. Schriften des Deutschen Jugendinstituts: Jugendsurvey 3. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften., S. 213-275
- Gensicke, Thomas (2006): Zeitgeist und Wertorientierungen. In: Shell Holding Deutschland (Hg.), S. 169-202
- Gensicke, Thomas/ Geiss, Sabine (2006): Bürgerschaftliches Engagement: Das politisch-soziale Beteiligungsmodell der Zukunft? In: Hoecker, Beate (Hg.): Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest, Opladen: Verlag Barbara Budrich, S. 308-328
- Glaser, Barney / Strauss, Anselm (1998 [1967]): Grounded Theory. Strategien Qualitativer Forschung, Bern: Huber
- Hofmann, Bernd. (2004): Annäherung an die Volkspartei. Eine typologische und parteiensoziologische Studie. Wiesbaden: VS-Verlag
- Hradil, Stephan (2002): Vom Wandel des Wertewandels. Die Individualisierung und eine ihrer Gegenbewegungen, in: Glatzer, Wolfgang / Habich, Roland / Mayer, Karl Ulrich (Hg.): Sozialer Wandel und gesellschaftliche Dauerbeobachtung. Opladen: Leske + Budrich 2002, S. 31-48
- Inglehart, Ronald (1979 [1977]). Die stille Revolution. Frankfurt a.M., New York: Campus.
- Kaase, Max (1992): Politische Beteiligung. In: Schmidt, Manfred G. (Hg.): Die westlichen Länder (Lexikon der Politik Bd. 3), München: Verlag C. H. Beck, S. 339-346
- Kaase, Max (2003): Politische Beteiligung/Politische Partizipation. In Andersen, Uwe / Woyke, Wichard (Hg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, 5. Auflage, Opladen: Leske + Budrich, S. 495-500
- Kalina, Thorsten / Weinkopf, Claudia (2008): Weitere Zunahme der Niedriglohnbeschäftigung: 2006 bereits rund 6,5 Millionen Beschäftigte betroffen. IAQ-Report 2008-01. Essen: Institut Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg-Essen (<http://www.iaq.uni-due.de/iaq-report/2008/report2008-01.pdf>)

- Kelle, Udo (1994): Empirisch begründete Theoriebildung. Zur Logik und Methodologie interpretativer Sozialforschung. Weinheim: Deutscher Studien Verlag
- Keller, Berndt / Seifert, Hartmut (2006): Atypische Beschäftigungsverhältnisse. Flexibilität, soziale Sicherheit und Prekarität. In: WSI-Mitteilungen, Jg. 56, H. 5, S. 235-240 (http://www.boeckler.de/pdf/wsimit_2006_05_Keller.pdf)
- Keller, Berndt / Seifert, Hartmut (Hg.) (2007): Atypische Beschäftigung. Flexibilisierung und soziale Risiken. Berlin: Edition sigma
- Klages, Helmut. (1984). Wertorientierung im Wandel. Rückblick, Gegenwartsanalyse, Prognosen. Frankfurt a.M., New York: Campus.
- Klages, Helmut / Hippler, Hans Jürgen / Herbert, Willi (Hg.). (1992). Werte und Wandel - Ergebnisse und Methoden einer Forschungstradition. Frankfurt a.M., New York: Campus.
- Klages, Helmut & Kmiecik, Peter (Hg.). (1979). Wertewandel und gesellschaftlicher Wandel. Frankfurt a.M., New York: Campus.
- Klein, Markus (2006): Jugend und politischer Protest. Eine Analyse im Kontext aller Partizipationsformen. In: Roller et al. (Hg.), S. 291-316
- Kraemer, Klaus (2006): Prekäre Erwerbsarbeit - Ursache gesellschaftlicher Desintegration?. In: Rehberg, Karl-Siegbert (Hg.), Soziale Ungleichheit, Kulturelle Unterschiede. Verhandlungen des 32. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in München 2004. Teil 1, Frankfurt a.M. / New York: Campus, S. 661-676
- Kraemer, Klaus / Speidel, Frederic (2005): Prekarisierung von Erwerbsarbeit. Zur Transformation eines arbeitsweltlichen Integrationsmodus. In: Heitmeyer, Wilhelm / Imbusch, Peter (Hg.), Integrationspotenziale einer modernen Gesellschaft. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 367-390
- Looman, Marijke (2007): Auf dem Gipfel der Macht? Partizipation von Frauen in Parteien, Parlamenten und Regierungen der Bundesrepublik Deutschland - Eine Bestandsaufnahme. In: Zeitschrift für Frauenforschung und Geschlechterstudien. Jg. 25, H. 1, S. 74 - 87
- Manske, Alexandra (2007): Prekarisierung auf hohem Niveau. Eine Feldstudie über Alleinunternehmer in der IT-Branche. München / Mering: Hampp
- Neugebauer, Gero (2007): Politische Milieus in Deutschland. Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn: Dietz
- Niedermayer, Oskar (2006): Jugend und Parteien. In: Roller et al. (Hg.), S. 269-290.
- Nohl, Arnd-Michael (2006): Interview und dokumentarische Methode: Anleitungen für die Forschungspraxis. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Oertzen, Peter von (2006): Klasse und Milieu als Bedingungen gesellschaftlich-politischen Handelns. In: Bremer, Helmut / Lange-Vester, Andrea (Hg.), Soziale Milieus und Wandel der Sozialstruktur. Die gesellschaftlichen Herausforderungen und die Strategien der sozialen Gruppen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften S.37 - 69
- Pfaff, Nicolle (2006): Jugendkultur und Politisierung. Eine multimethodische Studie zur Entwicklung politischer Orientierungen im Jugendalter- Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Pickel, Gert (2006): Die ostdeutsche Jugend - im deutschen Vergleich besonders verdrossen oder auf dem Weg in eine gemeinsame politische Kultur?. In: Roller et al. (Hg.), S. 99-132
- Roller, Edeltraud/Brettschneider, Frank/Deth, Jan W. van [Hg.] 2006: Jugend und Politik: 'Voll normal!'. Der Beitrag der politischen Soziologie zur Jugendforschung. Wiesba-

den: VS Verlag

- Roth, Dieter (2004): Politische Partizipation in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage, hg. v. d. Bertelsmann-Stiftung, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung
- Scarrow, Susan E. (2000). Parties without Members? Party Organization in a Changing Electoral Environment. In Russel J. Dalton/Martin P. Wattenberg (Hg.), Parties without Partisans. Political Change in Advanced Industrial Democracies.S. 79-101. Oxford: University Press
- Schachtner, Christina (2005): Netze verbinden, fangen auf und bilden Raum. Zur Erforschung virtueller Mädchen- und Frauenräume. In: Schacktner / Winker (Hg.), S. 127-144
- Schachtner, Christina / Winker, Gabriele (Hg.), Virtuelle Räume - neue Öffentlichkeiten. Frauennetze im Internet. Frankfurt am Main: Campus
- Schneekloth, Ulrich (2006): Die „großen Themen“. Demographischer Wandel, Europäische Union und Globalisierung. In: Shell Deutschland Holding (Hg.), S. 145-167
- Schulze, Gerhard (1992): Die Erlebnisgesellschaft: Kultursoziologie der Gegenwart. Frankfurt a.M./NewYork: Campus
- Schumpeter, Joseph A. (1946): Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. Bern
- Shell Deutschland Holding (Hg.) (2006): Jugend 2006. Eine pragmatische Generation unter Druck. Frankfurt a.M.: Fischer
- SINUS Sociovision (2007): Sinus-Studie: Die Milieus der Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland. Zentrale Ergebnisse einer qualitativen sozialwissenschaftlichen Untersuchung. Heidelberg: Sinus Sociovision (http://www.sinus-sociovision.de/Download/Zentrale_Ergebnisse_16102007.pdf)
- Sude, Kerstin (2005): Internet- Präsenz frauenpolitischer Netzwerke in Deutschland. In: Schachtner / Winker (Hg.), S. 51-70
- Tarrow, Sidney (1994): Power in Movement. Collective Action, Social Movements and Politics. Cambridge: University Press
- Thöle, Ulf (2006): das Altern der Gesellschaft und die politische Partizipation älterer Frauen. In: Zeitschrift für Frauenforschung und Geschlechterstudien, Jg. 24, H. 4, S. 131 – 141
- Thompson, Edward P. (1980): Plebejische Kultur und moralische Ökonomie. Frankfurt a.M.: Ullstein
- Verba, Sidney / Nie, Norman (1972): Participation in America: Political democracy and social equality. New York: Harper and Row
- Vester, Michael / Hofmann, Michael / Zierke, Irene (1994): Soziale Milieus in Ostdeutschland. Köln: Bund
- Vester, Michael / Oertzen, Peter von / Geiling, Heiko / Hermann, Thomas / Müller, Dagmar (2001 [1993]): Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung. 2., vollst. überarb., erw. u. aktualis. Aufl., Frankfurt a.M.: Suhrkamp (1. Aufl.: Köln, Bund-Verlag)
- Vester, Michael / Teiwes-Kügler, Christel / Lange-Vester, Andrea (2007): Die neuen Arbeitnehmer. Zunehmende Kompetenzen – wachsende Unsicherheit. Hamburg: VSA
- Vetter, Angelika / Maier, Jürgen (2005): Mittendrin statt nur dabei. Politisches Wissen, politisches Interesse und politisches Kompetenzgefühl in Deutschland 1994-2002. In: Gabriel u.a. (Hg.), S. 51-90

- Völkl, Kerstin (2005): Fest verankert oder ohne Halt. Die Unterstützung der Demokratie im vereinigten Deutschland. In: Gabriel u.a. (Hg.), S. 249-284
- Wiesendahl, Elmar. (2003): Parteiendemokratie in der Krise, oder: Das Ende der Mitgliederparteien. In Manuela Glaab [Hg.] (Hrsg.), Impulse für eine neue Parteiendemokratie. Analysen zur Krise und Reform. München. Universitätsverlag. S. 15-38
- Wiesendahl, Elmar. (2006) Mitgliederparteien am Ende. Eine Kritik der Niedergangsdiskussion. Wiesbaden: VS-Verlag

